

## Dagmar Langenhan

„Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)

<http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.835>

Reprint von:

Dagmar Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberger, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 119-165

Copyright der digitalen Neuausgabe (c) 2017 Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V. (ZZF) und Autor, alle Rechte vorbehalten. Dieses Werk wurde vom Autor für den Download vom Dokumentenserver des ZZF freigegeben und darf nur vervielfältigt und erneut veröffentlicht werden, wenn die Einwilligung der o.g. Rechteinhaber vorliegt. Bitte kontaktieren Sie: <[redaktion@zeitgeschichte-digital.de](mailto:redaktion@zeitgeschichte-digital.de)>



Zitationshinweis:

Dagmar Langenhan (1999), „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), Dokserver des Zentrums für Zeithistorische Forschung Potsdam, <http://dx.doi.org/10.14765/zzf.dok.1.835>

Ursprünglich erschienen als: Dagmar Langenhan, „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre), in: Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur. Studien zur Gesellschaftsgeschichte der DDR, herausgegeben von Thomas Lindenberger, Böhlau Köln, 1999 (Zeithistorische Studien. Herausgegeben vom Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam. Band 12), ISBN 3-412-13598-4, S. 119-165

# Inhalt

KONRAD H. JARAUSCH/CHRISTOPH KLEßMANN

Vorwort zu den Sammelbänden „Herrschaftsstrukturen und Erfahrungsdimensionen der DDR-Geschichte“ .....	11
--	----

THOMAS LINDENBERGER

Die Diktatur der Grenzen. Zur Einleitung .....	13
1. Die sogenannte DDR-Gesellschaft – Grundzüge einer Debatte .....	16
2. „Herrschaft und Eigen-Sinn“ – der konzeptionelle Rahmen .....	21
3. Die Grenzen der Gesellschaft – Zwischenbefunde .....	26
4. Was zusammengehört: Konjunkturen der DDR-Gesellschaft .....	36
5. Danksagungen .....	43

## Teil I: Betriebe und Arbeit

THOMAS REICHEL

„Jugoslawische Verhältnisse“? – Die „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ und die „Syndikalismus“-Affäre (1959–1962) .....	45
1. Einleitung: Kontext Ende der fünfziger Jahre .....	45
2. „Den Brigaden größere Rechte“ – Forderungen von SED- und FDGB-Funktionären .....	48

3. „Wir machen keine neuen Strukturveränderungen!“ – Die SED-Führung blockt ab .....	52
4. Die BdsA-Kampagne im Betriebsalltag .....	55
5. „Jugoslawische Verhältnisse“ in den Betrieben? .....	61
6. Die ersten ausgezeichneten „Brigaden der sozialistischen Arbeit“ .....	63
7. Fazit.....	72

## LEONORE ANSORG

„Irgendwie war da eben kein System ‘drin“. Strukturwandel und Frauenerwerbstätigkeit in der Ost-Prignitz (1968–1989).....	75
1. Die Durchsetzung des Strukturwandels – eine Region verändert sich .....	76
2. Die Folgen der zentralistischen Wirtschaftsplanung für den Obertrikotagenbetrieb.....	79
3. Die Arbeitssituation der Frauen im Betrieb.....	84
4. Das Problem der Qualitätserfüllung .....	88
5. Zur Rolle der Arbeitsbrigaden im Obertrikotagenbetrieb.....	90
6. „Aber da führte kein Weg ‘rein“ – der Arbeitsalltag von Frauen am Beispiel eines biographischen Lebensberichts .....	98
7. Arbeitssituation und Arbeitserfahrungen von Frauen in der Landwirtschaft.....	107
8. Auswirkungen des Strukturwandels auf die Lebensweise von Frauen.....	114

## Teil II: Ländliche Gesellschaft in den fünfziger Jahren

### DAGMAR LANGENHAN

„Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)...	119
1. Vorbemerkungen .....	119
2. Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet.....	122
3. Verlauf der Kollektivierung .....	127
a) „Halte Dich fern von den Kommunisten“ – Distanz als Konzept (1952 bis Ende 1956) .....	127

b) „In Richtung Kolchose“ – die Schwachen und die Starken (Ende 1956 bis Anfang 1959).....	139
c) „Man kann nicht immer gegen den Strom schwimmen“ – LPG-Beitritt aller Bauern (1959 bis Frühjahr 1960) .....	149
d) „Die schnelle Umgestaltung fordert ihren Tribut“ – LPG-Mitglied oder Genossenschaftsbauer? (Die frühen sechziger Jahre).....	158
4. Fazit.....	164

## THOMAS LINDENBERGER

Der ABV als Landwirt. Zur Mitwirkung der Deutschen Volkspolizei bei der Kollektivierung der Landwirtschaft.....	167
1. Fragestellung .....	167
2. 1952–53: Die ABV im verschärften Klassenkampf .....	169
3. 1953–55: „Den Klassenkampf auf dem Lande erkennen, lähmen und liquidieren“ .....	172
4. 1955–58: Die Einführung „neuer Arbeitsmethoden“ .....	174
5. 1958–60: Die DVP und die ökonomische Hauptaufgabe.....	176
a) Die ABV als „Landwirte hinsichtlich des Umpflügens des Bewußtseins der Menschen auf dem Lande“? .....	176
b) Keine LPG = latente Kriminalität.....	180
c) Ordnung und Sicherheit im vollgenossenschaftlichen Dorf .....	185
6. Das „Neue“ in der Arbeit der Volkspolizei .....	187
7. Zwischen Parteidisziplin und „Volkserlebnis“: Eine ABV-Lebensgeschichte.....	192
8. Der ABV als Landwirt?.....	201

### Teil III: Versorgungspolitik

BURGHARD CIESLA

Eine sich selbst versorgende Konsumgesellschaft? Industrieller Fischfang, Fischverarbeitung und Fischwarenkonsum in der DDR.....	205
1. Einführung.....	205
2. Industrielle Hochseefischerei und Ressourcenkrise .....	210
3. Industrielle Fischverarbeitung und Fischversorgung.....	216
a) Innovation im Nahrungsmittelkonsum: Tiefkühlkost im Westen und Osten Deutschlands .....	220
b) Eine Tiefkühlkost-Produktgeschichte : Die „Rostocker Fischstäbchen“ .....	222
4. Bemühungen um eine moderne Eßkultur: Das „Gastmahl des Meeres“ .....	227
5. Resümee .....	230

PATRICE G. POUTRUS

„...mit Politik kann ich keine Hühner aufziehen“. Das Kombinat Industrielle Mast und die Lebenserinnerungen der Frau Knut.....	235
1. Einleitung .....	235
2. Der Lange Weg des Goldbroilers oder von der Neuen Gesellschaft zu neuen Zuchtmethoden.....	238
3. Die Geflügelzüchterin Frau Knut .....	248

### Teil IV: Der Bürger und sein Staat

SYLVIA KLÖTZER

„Volldampf woraus?“ – Satire in der DDR. „Eulenspiegel“ und „Kabarett am Obelisk“ in den siebziger und achtziger Jahren.....	267
1. Einleitung: Das dunkle Treppenhaus und die leuchtende Zukunft.....	267
2. Heitere Selbstverständigung über das „noch“ nicht ganz so Perfekte: Erwartungen an das Kabarett „von denen da oben“ .....	273
3. Wie wir uns drehn und wenden: Kabarettistische Praxis (I).....	277

4. Betriebskabarett des VEB „Vorwärts“, Betriebsteil „Abwärts“: Kabarettistische Praxis (II) .....	286
5. Der kleine Moritz und die Presse: Kabarettbühne und „Eulenspiegel“-Heft.....	293
6. Berichte über Entwicklungsschwierigkeiten: Erwartungen an den „Eulenspiegel“ .....	294
7. (Ziemlich) offene Briefe: Zeitungssatire (I) .....	297
8. Druck-Sachen .....	301
9. Veröffentlichte Eingaben an den Genossen Minister: Zeitungssatire (II) .....	305
10. „Wenn wir schon an der Longe sind, dann muß es straff bleiben“: Satire in der DDR .....	310

## INGA MARKOVITS

### Der Handel mit der sozialistischen Gerechtigkeit.

Zum Verhältnis zwischen Bürger und Gericht in der DDR.....	315
1. Warum Prozeßraten sinken.....	319
2. Prozessieren wird persönlicher und „wärmer“ .....	328
3. Anpassung wird zur Gewohnheit .....	333
4. Das Recht verliert an Bedeutung.....	343

## ANHANG

Abkürzungsverzeichnis .....	349
Literaturverzeichnis .....	353
Autorenverzeichnis .....	369
Abbildungsverzeichnis .....	371

# „Halte Dich fern von den Kommunisten, die wollen nicht arbeiten!“ Kollektivierung der Landwirtschaft und bäuerlicher Eigen-Sinn am Beispiel Niederlausitzer Dörfer (1952 bis Mitte der sechziger Jahre)

## 1. Vorbemerkungen

Die von der SED-Führung unter Einfluß der sowjetischen Hegemonialmacht seit 1952 betriebene „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft der DDR“ läßt sich nicht auf die formale „Kollektivierung“ reduzieren, auch wenn deren Wirkungsmächtigkeit bis in die heutigen Transformationsprozesse hinein nachzuweisen ist. Tempo, Ausmaß und Folgen des Übergangs zur genossenschaftlichen Produktion finden weder in der historischen Entwicklung bis 1945 noch im (etwa zeitgleich einsetzenden) agrarstrukturellen Wandel in der Bundesrepublik eine Entsprechung. Das Genossenschaftsmodell war zwar bestimmendes Merkmal (Ausnahme: Polen) der jeweiligen Agrarstruktur in den Diktaturen sowjetischen Typs, aber die agrarprogrammatischen Vorstellungen griffen weiter. Sie umfaßten nicht nur Veränderungen der Organisation der Produktion, der Eigentums- und Besitzverhältnisse sowie der Sozialstruktur. Vor dem Hintergrund der Durchsetzung und Sicherung herrschaftspolitischer Interessen der SED und des anhaltenden Modernisierungsdrucks in der Landwirtschaft der DDR zielten sie auf die Konstruktion einer neuen ländlichen Gesellschaft, die bereits mit der Bodenreform 1945 eingeleitet worden war. Die gesamte Arbeits- und Lebensweise der dörflichen Bevölkerung sollte in der Perspektive auf „sozialistische Art umgestaltet“ werden.

Der folgende Beitrag untersucht, ob und wie die Bauern bereit waren, diesen agrar- und gesellschaftspolitischen Vorgaben zu folgen. Diese Bereitschaft setzte, unabhängig von dem ständig geführten informellen Diskurs um die Rechtmäßigkeit der SED-Herrschaft, die Anerkennung der Legitimität dieser Forderungen auf beiden Seiten voraus. Auch in einer so stark asymmetrischen Herrschaftsform wie der Diktatur ist ein Minimum an Legalitätsglauben unabdingbar, nach Weber *die* Grundbedingung, um aus Macht Herrschaft zu entwickeln.<sup>1</sup> Hinsichtlich der Einstellungen und Verhaltensweisen der Bauern ist daher zu

---

1 Max Weber, Schriften zur Soziologie, Wirtschaft und Gesellschaft, Stuttgart 1995, S. 211 ff.

fragen: Wie ließ sich ihre grundsätzliche Distanz zur SED mit den massiven und materiell durchaus substantiellen Erwartungshaltungen, die sie den Vertretern und Institutionen von Partei und Staat entgegenbrachten, vereinbaren? War es möglicherweise gerade die symbiotische Koexistenz dieser beiden Grundhaltungen, die – obwohl sie den „Durchherrschungs“-Bestrebungen der SED auf dem Lande immer wieder Grenzen setzte – zu einem maßgeblichen Faktor für die relative Stabilität der politischen und gesellschaftlichen Verhältnisse auch der „ländlichen“ DDR wurde?<sup>2</sup>

Um diesen Fragen nachzugehen, werden der Umgang mit Herrschaft im Alltag und die Interessenkonstellationen, mit denen die Bauern ihre wirtschaftliche Selbstbehauptung und ihre soziale Stellung in Konfrontation mit dem staatssozialistischen System zu sichern suchten, im Mittelpunkt des Beitrages stehen. Zu prüfen ist, ob die in der neueren Forschung als „machtpolitisch durchgesetzter sozialer Entdifferenzierungsprozeß“<sup>3</sup> beschriebene Entwicklung in der DDR – eine These, die auch der Innensicht der SED sehr nahekommt – zumindest für die ländliche Gesellschaft der fünfziger Jahre mit dem Begriff der „Umdifferenzierung“ nicht exakter zu fassen wäre. Dieser Beitrag geht davon aus, daß der Eigen-Sinn der bäuerlichen Bevölkerung und ihre Abhängigkeit vom Staat vielfach miteinander verwoben waren.<sup>4</sup> Analysiert werden die durch die Kollektivierung ausgelösten Konflikte sowohl innerhalb der ländlichen Gesellschaft als auch die Auseinandersetzungen mit den Institutionen und Vertretern des Partei- und Staatsapparates. Wo verliefen die „Grenzen“ der Herrschaft? Oder: Wo lagen die Grenzen des realisierbaren individuellen und kollektiven Selbstinteresses der Bauern, ihre Bereiche relativer Autonomie?

Die Untersuchung konzentriert sich vorrangig auf das mittelbäuerliche Milieu und dessen Rolle im Dorf in den fünfziger Jahren. In dieser Zeit wurde besonders in der hier vorgestellten Grenzregion zu Polen die als willkürlich erfahrene Gewalt der Kriegs- und Nachkriegsjahre durch staatlich sanktionierte Repression abgelöst. Zugleich schien diese Zeit den bäuerlichen Schichten differenzierte Freiräume zu eröffnen. Die Darstellung widmet sich zunächst den Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet im Sommer 1952 und konzentriert sich dann auf die informellen Beziehungsnetze, einschließlich der wirtschaftlichen Kollusionen,<sup>5</sup> die in den relativ verfestigten bäuerlichen Milieus die von der SED-Führung verfolgte Herrschaftsstrategie der „Homogenisierung mittels Differenzierung“ bis in die Mitte der sechziger Jahre blockierten oder zumindest abbremsten. Sie folgt dem tatsächlichen Verlauf der Kollektivierung in den untersuchten Dörfern: der weitgehenden Vergeblichkeit der Kollektivierungsbemühungen (1952–56), den vor allem aus Wirtschaftsschwäche und Arbeitskräftemangel der bäuerlichen Betriebe resultierenden ersten LPG-Gründungen (1957/58) und dem oktroyierten, ideologiekonformen und der vollständigen Einbindung der Agrarwirtschaft in das sozialistische (Planungs-)System dienenden formalen Abschluß der Kollektivierung (1959–Frühjahr 1960). Die Darstellung führt mit Blick auf den tatsächlichen Übergang zum genossenschaftlichen Arbeiten über den

- 
- 2 Vgl. Mary Fulbrook, *Anatomy of a Dictatorship. Inside the GDR 1949–1989*, Oxford 1995, S. 129ff. und Alf Lüdtke, *Die DDR als Geschichte. Zur Geschichtsschreibung der DDR*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 36/1998*, S. 3–16.
  - 3 Sigrid Meuschel, *Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR* (Edition Suhrkamp, Neue Folge, Bd. 688), Frankfurt a. M. 1992, S. 10.
  - 4 Vgl. Detlef Pollack, *Die konstitutive Widersprüchlichkeit der DDR. Oder: war die DDR-Gesellschaft homogen?*, in: *Geschichte und Gesellschaft 24(1998)*, H. 1, S. 110–131.
  - 5 Siehe bei Lindenberger, S. 171.

bisher meist als Zäsur geltenden formalen Abschluß der Kollektivierung im Frühjahr 1960 hinaus (1960–1963/64). Diese von den gängigen Zäsuren abweichende, dennoch vor allem an normativen Akten ausgerichtete Periodisierung des Beitrages betont die Brüche, ohne die unzweifelhaft in den fünfziger Jahren dominierenden Kontinuitäten der Werte, Milieus und lebensweltlichen Ordnungen der ländlichen Bevölkerung zu ignorieren.

Um die Strategien und Praxen von Herrschaft und bäuerlichem Eigen-Sinn in der ländlichen Gesellschaft der DDR zu verdeutlichen, werden Überlieferungen verschiedener Herrschafts- und Verwaltungsebenen genutzt. Von besonderer Relevanz für die Interaktionen vor Ort war die Kreisebene und damit der Bestand des Kreisarchivs bzw. der Gemeindearchive. Der mikrohistorische Forschungsansatz des Beitrages stützt sich darüber hinaus auf qualitative und narrative Interviews in Niederlausitzer Gemeinden. Insbesondere die Interviews mit Traugott Mettke und Friedhelm Gorisch<sup>6</sup> erlauben die Rekonstruktion bäuerlicher Erfahrung. Beide gehören der sogenannten HJ-Generation<sup>7</sup> an, die ihre Sozialisation im Nationalsozialismus erhielt und deren Biographien das Grunderlebnis der passiven, unmündigen Anteilnahme an Krieg, Flucht und Vertreibung gemeinsam ist. Beide kommen auch aus der gleichen sozialen Schicht: den wirtschaftsstarken, mittleren Altbauern in einer überwiegend klein- und mittelbäuerlich geprägten Region mit gleichzeitiger gutswirtschaftlicher Tradition. Ihre Familien standen seit Generationen mit an der Spitze der jeweiligen dörflichen Hierarchie und gehörten dadurch auch zu den lokalen Funktionsträgern. In ihrem Erfahrungshorizont war Wirtschaftskraft stets mit der Bereitschaft zu politischer Verantwortung auf kommunaler Ebene verbunden und stellte gleichzeitig die Voraussetzung zur Übernahme einer Entscheidungsfunktion, wie z. B. im Gemeinderat oder als Bürgermeister dar. Traugott Mettke und Friedhelm Gorisch haben beide eine jüngere Schwester; sie werden als potentielle Hoferben erzogen. Dieses Bewußtsein prägt ihre Berufs- und Lebensbiographien bis weit in die Mitte der fünfziger Jahre hinein und bindet sie über alle Wellen der Landflucht hinweg an das Dorf.

Auch die von ihnen entwickelten familiär beeinflussten Strategien im Umgang mit den Kollektivierungsbestrebungen der SED sind symptomatisch für die Bauern dieser Region. Erst mit dem formalen Abschluß dieses Prozesses, im Frühjahr 1960, trennen sich ihre Wege. Friedhelm Gorisch steht für diejenigen Bauern, die sich den Ansprüchen der Agrarpolitik durch strikte Ablehnung jeglichen Engagements verweigern, bis zu ihrem Ausscheiden aus dem Arbeitsleben als einfache LPG-Mitglieder tätig sind und ihre landwirtschaftlichen Anstrengungen auf den Ausbau der individuellen Hauswirtschaft konzentrieren. Dagegen versuchen Bauern wie Traugott Mettke ihre dominierende Stellung im Dorf zu behaupten, indem sie „in letzter Minute“ selbständig eine LPG gründen, durch gute genossenschaftliche Arbeit ihr bäuerliches Selbstverständnis bewahren und dafür auch Anpassungsleistungen erbringen wie beispielweise ein agrarwirtschaftliches Studium. Auf diese Weise tragen sie nicht nur zur Professionalisierung der Landarbeit bei, sondern festigen auch ihre persönliche Position.

Ausschnitte aus ihren Berichten werden herangezogen, um das Verwobensein von Herrschaft und Eigen-Sinn in der kleinräumigen ländlichen Lebenswelt transparent zu machen. Auch wenn ihre Perspektiven nicht als repräsentativ für alle Bauern gelten können, ermöglichen sie zusätzliche Einsichten in die Motive der Beteiligten und damit eines

---

6 Zitate aus den Interviews werden durchgängig *kursiv* gesetzt. Alle Personennamen und teilweise auch Ortsangaben sind aus datenschutzrechtlichen Gründen Pseudonyme.

7 Dazu auch Gabriele Rosenthal (Hg.), *Die Hitlerjugend-Generation*, Essen 1986.

zentralen Faktors des zu untersuchenden gesellschaftlichen Wandels, ohne „das gewaltige Potential politischer und sozialer Disziplinierung, das der SED zu Verfügung stand“, zu negieren.<sup>8</sup> So kann der Aufsatz einen Beitrag dazu leisten, „das sich wandelnde Wechselwirkungsverhältnis zwischen der diktatorischen Herrschaft und den vielfältigen Weisen zu erforschen, in denen die Menschen mit ihr umgingen“.<sup>9</sup>

## 2. Ausgangsbedingungen der Kollektivierung im Untersuchungsgebiet

Der von Durchreisenden auf Grund seiner natürlichen Bedingungen bisweilen als „Land der drei Meere: Waldmeer – Sandmeer – Nichts mehr“ bezeichnete Teil des ehemaligen Kreises Forst/Lausitz im Südosten des Landes Brandenburg ist aus mehreren Gründen für die Untersuchung der Interaktion von Herrschenden und Beherrschten in der ländlichen Gesellschaft interessant: Die Entwicklung der in zwei Verwaltungsgemeinden zusammengefaßten drei Altbauern- und vier Gutsdörfer wurde zum einen durch die dominierende Landwirtschaft und zum anderen durch ihre Lage im Niederlausitzer Industriegebiet bestimmt, eine für viele brandenburgische Dörfer typische Konstellation. Als regionale Besonderheiten kommen die jahrhundertelange Grenzlage<sup>10</sup> und die zumindest bis Ende des 19. Jahrhunderts nachweisbare sorbische Sozialisation großer Teile der Bevölkerung hinzu.<sup>11</sup>

Die ungünstigen naturräumlichen Gegebenheiten des Gebietes bestimmten nachhaltig die Agrarstruktur der Dörfer. Leichte Sandböden und geringe Niederschläge gestatteten keine ausgedehnte pflanzliche Marktproduktion, sondern zwangen vorrangig zum Aufbau von Veredelungsbetrieben bzw. zu großflächiger Waldwirtschaft. So hatten sich in der Region neben den Gutswirtschaften vorrangig klein- und mittelbäuerliche Betriebe entwickelt. Großbauern fehlten nahezu völlig (betrachtet man die Wirtschaftsgröße nur nach Acker- und Grünlandanteil).<sup>12</sup> Den „Reichtum“ der Bauern bildeten die ausgedehnten Forsten.

Die Mitte des 19. Jahrhunderts einsetzende Industrialisierung im Umfeld der Dörfer verschärfte die soziale Differenzierung:

- 
- 8 Vgl. Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 113. Dazu auch Ralph Jessen, Gesellschaft im Staatssozialismus. Probleme einer Sozialgeschichte der DDR, in: Geschichte und Gesellschaft 21 (1995), H. 1, S. 96–110.
  - 9 Vgl. Jürgen Kocka, Die Geschichte der DDR als Forschungsproblem. Einleitung, in: ders. (Hg.), Historische DDR-Forschung: Aufsätze und Studien (Zeithistorische Studien, Bd. 1), S. 8–20, hier S. 11.
  - 10 Unmittelbar am südlichen Rand der Dörfer verlief die Grenze zwischen Sachsen und Preußen, nach 1945 kam die Grenze zwischen der DDR und der VR Polen und heute zwischen Deutschland und Polen hinzu. Zur Problematik dieser östlichen Grenzregionen vgl. Helga Schultz/Alan Nothnagle (Hg.), Grenze der Hoffnung. Geschichte und Perspektiven der Grenzregion an der Oder (Frankfurter Studien zur Grenzregion, Bd. 1), Potsdam 1996.
  - 11 Zu dieser Problematik vgl. den Beitrag der Verfasserin „LPG – und nun?“ auf dem Forum „Politik und Geschichte“ an der Landeszentrale für politische Bildung Brandenburg, vom 28. Mai 1997.
  - 12 Vgl. Bodennutzungskartei der Gemeinden, Kreisarchiv Forst, Bestand Rat der Gemeinden (im folgenden zitiert als KA Forst, RdG), 1067.

- Unter den *Gutswirtschaften* konnten sich nur Familien mit einem entsprechenden biographischen und wirtschaftlichen Hintergrund, wie der Graf von Brühl, den Anforderungen einer intensiv betriebenen, modernen Landwirtschaft stellen, die langfristig erhöhte Investitionen und professionalisierte Wirtschaftsführung verlangten. Die traditionelle Oberschicht der Gutsbesitzer „verbürgerlichte“ durch Aufkäufe von Rechtsanwälten und Industriellen aus Berlin und dem Ruhrgebiet zusehends und splittete sich zudem in Pächter und Verwalter auf. Der daraus resultierende, oft über Generationen hinweg anhaltende soziale Absentismus der Gutseigentümer sollte sich 1945 als wichtiger Faktor für die relativ unkomplizierte Durchführung der Bodenreform erweisen.

- Nicht alle *Mittelbauern* verfügten über die wirtschaftlichen Potenzen, um ihre Betriebe zu modernisieren. Die Ertragslage gestattete jeweils drei bis vier Bauern im Dorf, ausschließlich von ihren Höfen zu existieren. Vielfach hatten sie erst durch Pachtland die Grundlage dafür gelegt. Aber auch diese Betriebe waren auf Zuverdienste angewiesen. Mit Fuhrleistungen, Holzrücken, Spreuharken und -verkauf, Beeren- und Pilz- bzw. Holzscheinen, mit einer Gaststättenlizenz oder als Gemeindevorsteher, versuchten sie den Unterhalt der Familien abzusichern. Die Vielfalt dieses Zuerwerbs macht deutlich, wie nachhaltig in diesem Milieu auch nach 1945 noch überkommene Wertvorstellungen an eine bestimmte Art von (körperlicher) „Arbeit“ gebunden sein mußten. Die Kargheit der Lebensverhältnisse zwang in der Regel alle Familienmitglieder zur Mitarbeit in der Wirtschaft. Mehr als maximal zwei abhängige Beschäftigte gab keine Wirtschaft her.

- Mit wachsendem Konkurrenzdruck waren viele *Kleinbauern* (Betriebsgrößen bis 5 ha LN) zunehmend gezwungen, eine ständige Lohnarbeit außerhalb der Landwirtschaft aufzunehmen.<sup>13</sup> Üblicherweise bewirtschafteten die Frauen die Höfe weiter. Die schnell steigende Zahl dieser Nebenerwerbsbauern führte dazu, daß einige Gutsdörfer von der sozialen Gruppe der „ländlichen Industriearbeiter“ dominiert wurden.

- Nachkommen ehemaliger Häusler- und Gärtnerfamilien, die sich als *Tagelöhner* auf den Gütern verdingen mußten, wandten sich im Zuge der Industrialisierung den Städten zu. Sie fanden in den Tuch- und Papierfabriken, in den Glashütten und Kohlegruben oder beim Eisenbahn- und Straßenbau eine besser bezahlte Arbeit.<sup>14</sup> Aufgrund der relativ geringen Entfernungen blieb ein Teil dieser *Industriearbeiter* in den Dörfern ansässig.

- Obwohl Familienangehörige aus nahezu allen Schichten auf den Gütern arbeiteten, war man dort bereits seit dem Ende des 19. Jahrhunderts gezwungen, *ausländische Wanderarbeiter* einzusetzen. Die Industrialisierung hatte einen Großteil der freien Arbeitskräfte in den Dörfern absorbiert. Nur eine kleine Schicht von *Landarbeitern* lebte auf Dauer in den Dörfern der Region.<sup>15</sup>

Aus diesem Profil allein des bäuerlichen Sozialgefüges ergaben sich nicht nur soziokulturelle und sozioökonomische, sondern zunehmend auch politisch determinierte Konfliktlinien in den Dörfern, die jedoch von den weitgehend apolitischen Einstellungen der dominierenden mittelbäuerlichen Schicht zum Teil überlagert wurden. Zugleich brachten die

---

13 Vgl. Jan Soltá, Die Bauern der Niederlausitz. Eine Untersuchung des Differenzierungsprozesses der Bauernschaft im Kapitalismus, Bautzen 1968, S. 133.

14 Vgl. Rudolf Lehmann, Geschichte der Niederlausitz (Veröffentlichungen der Berliner Historischen Kommission, Bd. 5), Berlin (W.) 1963, S. 666ff.

15 Diese Darstellung bezieht nur Schichten der ländlichen Gesellschaft ein, welche für den vorliegenden Beitrag relevant sind.

Industriearbeiter ein neues Selbstbewußtsein der klein- und unterbäuerlichen Schichten in die Dörfer.<sup>16</sup> Die Radikalisierung der politischen Auseinandersetzungen und der rasche Zustrom, den sowohl die KPD als auch die NSDAP im Kreis in den zwanziger Jahren verzeichneten, fanden in den Dörfern einen schwächeren Widerhall als in den Städten der Region. Bis 1933 rekrutierten beide Parteien ihre Mitglieder und Sympathisanten auf dem Land überwiegend aus dem unter- und nichtbäuerlichen Milieu. Erst mit der Machtübernahme durch die Nationalsozialisten änderte sich das. Nur wenige wirtschaftsstarke Bauern traten freiwillig der NSDAP bei, zunehmend wurden Vertreter der dörflichen Führungsschichten zum Eintritt gedrängt und übernahmen Funktionen in den Gliederungen.<sup>17</sup> Das überkommene soziale Milieu wurde in den untersuchten Dörfern jedoch nicht grundlegend aufgebrochen. Erstmals sah sich die ländliche Bevölkerung aber mit einem Element modernen sozialen Wandels konfrontiert, nämlich damit, daß sozialer Aufstieg im Ort durch politische Funktionen möglich und nicht mehr notwendig an bäuerliche Arbeit, Besitz oder Heirat gebunden war.

Weitaus nachhaltiger wirkte sich das Ende des Zweiten Weltkrieges auf die ländliche Sozialstruktur aus.<sup>18</sup> Alle Dörfer lagen in der Hauptkampfzone, dementsprechend groß waren die Zerstörungen. Der Kreis Forst gehörte mit 80 Prozent zerstörter Gebäude zu den am stärksten betroffenen Regionen in Brandenburg. Hinzu kamen die Verluste an Technik und Infrastruktur sowie die mit Schützengräben und Kriegsmaterial übersäten Wälder und Nutzflächen. Die Versuche der Bauern, nach Flucht und Requirierungen mit dem verbliebenen Vieh (nur ca. 20 Prozent des Vorkriegsbestandes) und Resten an Saat- und Pflanzgut die ausgefallene Frühjahrsbestellung nachzuholen, wurden durch Überfälle und Plünderungen wiederholt zunichte gemacht oder doch erschwert. Kompetenzprobleme zwischen den in den Dörfern einquartierten polnischen bzw. serbischen „Kommandanturen“ und der sowjetischen Militärverwaltung, willkürliche Beschlagnahme von Wirtschaftsgütern und Demontagen verschlechterten die Ernährungssituation und behinderten die für den wirtschaftlichen Wiederaufbau notwendige Versorgung der Industrie und Bauwirtschaft des Umlandes mit Rohstoffen. Die Wehrmacht hatte in ihrem erbitterten Widerstand gegen das Vorrücken der Roten Armee Neißedörfer gesprengt. Somit waren auch die traditionellen Verbindungen, vorrangig der Neißedörfer, zu dem Wirtschaftsraum Sorau-Sommerfeld weitgehend abgeschnitten.

Zu den nachhaltigsten Folgelasten des Krieges gehörten die Flüchtlings- und Vertriebenenströme – bis zum Herbst 1946 waren insgesamt zehn Millionen Deutsche davon betroffen –<sup>19</sup>, die zu großen Teilen durch die Lausitz in Richtung Westen zogen. Die Situation in den Dörfern des Untersuchungsgebietes unterschied sich partiell von der allgemeinen Lage. Aufgrund der immensen Zerstörungen zogen viele Flüchtlinge gleich weiter. Die

---

16 Vgl. Wilfried Scholze/Richard Ihlo, *Geschichte der Stadt Forst*, Teil II, Bautzen 1983, S. 24 ff.

17 Aus einer auf Befehl der SMAD vom 3.1.1946 von den Bürgermeistern angefertigten Aufstellung über Angehörige der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen geht hervor, daß nur zwei bis drei Prozent der gesamten dörflichen Bevölkerung Mitglied der Partei waren. Vgl. Schreiben des Landrates des Kreises Forst an die Bürgermeister der Gemeinden vom 3.1.1946, KA Forst, RdG, 1059.

18 Zu Kriegsfolgen und Bodenreform in der SBZ siehe grundlegend von Arnd Bauerkämper (Hg.), „Junkerland in Bauernhand“? Durchführung, Auswirkungen und Stellenwert der Bodenreform in der Sowjetischen Besatzungszone, Stuttgart 1996.

19 Vgl. Kurt Lungwitz, *Die Bevölkerungsbewegung in der DDR und in der BRD zwischen 1945 und 1970 – eine komparative Untersuchung*, in: *Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte* 15 (1974), H. 1, S. 63–96, hier S. 80.

Neißedörfer hatten unter den Kämpfen so gelitten, daß ein großer Teil der Einwohner nicht an einen möglichen Wiederaufbau glaubte und nach kurzzeitiger Rückkehr im Sommer 1945 das Dorf für immer verließ.<sup>20</sup> Die Spuren, verfallende Gebäude und unbebaute Gehöfte, prägen das Dorfbild bis in die Gegenwart. Der von den Alliierten festgelegte neue Verlauf der Ostgrenze Deutschlands entlang der Oder und der Lausitzer Neiße hatte nicht nur Städte geteilt, sondern auch die ländlichen Wirtschaftszusammenhänge getrennt. Bauern der westlichen Neißedörfer verloren ihr „über der Neiße“ gelegenes (gutes) Land, andererseits besaßen Bauern aus den nun polnischen östlichen Neißedörfern Land auf der Westseite.<sup>21</sup>

Vor allem aus diesen grenznahen Gebieten rekrutierten sich die in den Dörfern ausharrenden Flüchtlinge. Da sie in vielen Fällen über Land oder doch über verwandtschaftliche Beziehungen und Bekannte verfügten, verlief ihre Integration leichter als andernorts, wenn auch nicht reibungslos. Ein Teil nutzte die durch die Bodenreform und das Neubauernbauprogramm gegebenen Möglichkeiten zum Aufbau einer neuen Existenz.<sup>22</sup> Andere verweigerten gerade aus der Hoffnung auf Rückkehr heraus die Übernahme von Bodenreformland.

Die Zerstörungen sowie die Auswirkungen von Flucht und Vertreibung waren es, die der Bodenreform in den Gutsdörfern des Untersuchungsgebietes zu weitgehender Akzeptanz verhalfen. Auch der bereits erwähnte Absentismus der Gutseigentümer trug zur der geringen negativen Resonanz auf den Enteignungsbeschluß der Provinzialverwaltung bei. Jedenfalls sind keine größeren Protestaktionen überliefert.

Die Bauerndörfer waren aufgrund der klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur von den Enteignungen kaum betroffen. Die Bauern partizipierten jedoch an der Bodenreform, indem sie Land aus dem Fonds, zumindest auf Pachtbasis erhielten. Um die größten Kriegsschäden zu beheben, wurden sie, abweichend von den auf Landesebene getroffenen Festlegungen, aus den Kontingenten des Neubauernbauprogramms teilweise mitversorgt.<sup>23</sup>

Die Ländereien der enteigneten Güter gingen an relativ wenige, in der offiziellen Diktion aus machtpolitischen Gründen als „Umsiedler“ bezeichnete Flüchtlinge und Vertriebene, und zur Betriebsaufstockung vorrangig an landarme Bauern, Nebenerwerbsbauern und Landarbeiter. Ein ehemaliges Gut wurde mit ortsansässigen Landarbeitern und „Umsiedlern“ unter der Leitung des ehemaligen Gutsinspektors zunächst weiterbewirtschaftet. Nach der Aufteilung entstanden acht Neubauernsiedlungen im Vollerwerb mit Stallungen

---

20 Eine Entscheidung, die den verbliebenen Bauern eine Betriebsaufstockung über Pachtverträge bzw. „preisgünstige“ Futtermittelbeschaffung und damit auch so manche „Freie Spitze“ ermöglichte, KA Forst, RdG, 5665.

21 Die Ausweisung der bereits auf ihre Höfe zurückgekehrten Bauern aus den nun polnischen Gebieten im August 1945 bestimmte bis zum Ende der DDR entscheidend das Verhalten eines Großteils der bäuerlichen Bevölkerung der Region gegenüber „den Kommunisten“. Zu den Kriegsfolgen in dieser Grenzregion siehe insbesondere Nigel Swain, *Agriculture in Poland and the Former GDR: A Research Agenda for the Oder Region*, in: Helga Schultz/Alan Nothnagle (Hg.), *Grenze*, S. 147–160.

22 Ein Großteil der Vertriebenen bevorzugte die im Umfeld der neuen Kreisstadt angebotenen „Siedlungen“, etwa 1 000 qm große Parzellen aus kommunalem Besitz, die, ohne an den Aufbau eines landwirtschaftlichen Betriebes gebunden zu sein, auch als Vergünstigungen der Bodenreform gewährt wurden. Vgl. Informationsmaterial der Abteilungen Organisation und Landwirtschaft des Rat des Kreises Forst/L. zum 10. Tag der Bodenreform vom 27.8.1955, S. 1f., KA Forst, Bestand Rat des Kreises/Allgemeine Landwirtschaft (im folgenden zitiert als KA Forst, RdK/LW), 2519.

23 Schreiben des Rates der Gemeinde an den Rat des Kreises, Abt. Bodenrecht und Bodenordnung vom 19.11.1959 zu Pachtverträgen, KA Forst, RdG, 5653 I.

und Scheunen. Der Wald verblieb zum größten Teil im staatlichen Bodenfonds. In den nutzbaren Wohngebäuden brachte man die verbliebenen Flüchtlinge und vorerst auch einen Teil der Neubauern unter.<sup>24</sup>

Enteignungen aus politischen Gründen kamen in den Dörfern des Untersuchungsgebietes nicht vor.<sup>25</sup> Hier zeigte sich vor allem die Wirkungsmächtigkeit des überkommenen ländlichen Milieus. Zumeist verwiesen die von der SMAD eingesetzten Bürgermeister, die von der Kreisverwaltung um Auskunft zu politisch belasteten Personen ersucht wurden, auf die in den Kriegswirren verlorengegangenen Unterlagen der Gemeindebüros.<sup>26</sup> Dagegen nahmen Denunziationen unter der Dorfbevölkerung zu, insbesondere nach dem Erlass des SMAD-Befehls Nr. 160. Er war allen Bürgermeistern mit einem Landratsschreiben Ende Dezember 1945 übermittelt worden. Ein Großteil dieser Denunziationen erfolgte vermutlich, um sich selbst präventiv gegen eine Bestrafung aufgrund des genannten Befehls abzusichern. Zumindest deuten die überlieferten Fälle darauf hin. Sie trennten die jeweilige Dorfgemeinschaft noch weit über das Kriegsende hinaus in Anhänger und Gegner des Nationalsozialismus, bis hin zu den Genossenschaftsgründungen der fünfziger Jahre.<sup>27</sup>

Die „ehemaligen“ Eliten: Lehrer, Gutsinspektor, Ortsbauernführer und Bürgermeister bildeten z. T. neben Kleinbauern die Bodenreformkommission in den Dörfern und garantierten damit eher Kontinuität als Brüche in der ländlichen Gesellschaft der unmittelbaren Nachkriegszeit. Auch für die Niederlausitzer Dörfer läßt die Aktenlage den Schluß zu, daß zumindest bei der Verteilung des enteigneten Landes „unter dem Deckmantel einer radikal-demokratischen Maßnahme“ überkommene Partikularinteressen verfolgt wurden.<sup>28</sup>

Die sozialen Folgen der Bodenreform fielen in den Untersuchungsdörfern stärker ins Gewicht als die agrarstrukturellen Auswirkungen, da es aufgrund der geringen Flächenausstattung der enteigneten Güter (maximal 194 ha LN) zu keinen gravierenden Verschiebungen in der klein- und mittelbäuerlichen Agrarstruktur, aber zu nachhaltigen Veränderungen in der demographischen Zusammensetzung der Bevölkerung (Alter, Geschlecht, Familiengröße und -struktur, soziale Herkunft) kam. Die tradierten Lebenswelten der altbäuerlichen Bevölkerung wurden von diesen Verwerfungen der unmittelbaren Nachkriegszeit nicht grundlegend verändert. Dazu mag insbesondere die Tatsache beigetragen haben, daß der Anteil der „Umsiedler“ auch in den ehemaligen Gutsdörfern im Vergleich zu ande-

- 
- 24 Dazu auch Jonathan Osmond, Kontinuität und Konflikt in der Landwirtschaft der DDR zur Zeit der Bodenreform und der Vergenossenschaftlichung, 1945–1961, in: Richard Bessel/Ralph Jessen (Hg.), *Die Grenzen der Diktatur. Staat und Gesellschaft in der DDR*, Göttingen 1996, S. 137–169.
- 25 Dagegen beschreibt Spix sehr detailliert das massive Vorgehen gegen „Naziaktivisten“ am Beispiel der Prignitz, welches vielfach den Intentionen selbst der KPD-Führung entgegenlief. Häufig sahen die Bodenreformkommissionen bereits in der Funktion eines Kassenwarts der NSDAP oder Ortsbauernführers, selbst in der Flucht beim Einzug der Roten Armee ausreichenden Grund für eine Enteignung. Vgl. Boris Spix, *Die Bodenreform in Brandenburg 1945-47. Konstruktion einer Gesellschaft am Beispiel der Kreise West- und Ostprignitz (Zeitgeschichte – Zeitverständnis, Bd. 2)*, Münster 1997, S. 50ff.
- 26 Meldung des Bürgermeisters der Gemeinde an den Landrat vom 3. Januar 1946, KA Forst, RdG, 1059.
- 27 Es handelt sich um den Befehl „Über die Verantwortung von Sabotage und Diversionsakten“, erlassen am 3.12.1945 vom obersten Chef der SMAD, Marschall Schukow. Vgl. Schreiben des Landrates an alle Bürgermeister der Gemeinden vom 21.12.1945, KA Forst, RdG, 1059.
- 28 Christoph Kleßmann/Georg Wagner (Hg.), *Das gesplante Land – Leben in Deutschland 1945 bis 1990. Texte und Dokumente zur Sozialgeschichte*, München 1993, S. 159.

ren Regionen der DDR vergleichsweise gering war: 24 Prozent der Landempfinger waren landlose Bauern, 15 Prozent landarme Bauern, 53 Prozent Landarbeiter bzw. Arbeiter und nur 7 Prozent „Umsiedler“.<sup>29</sup> Das entsprach nur rd. der Hälfte des durchschnittlichen Anteils der „Umsiedler“ an den Neubauern in der SBZ/DDR.

### 3. Verlauf der Kollektivierung

#### a) „Halte Dich fern von den Kommunisten“ – Distanz als Konzept (1952 bis Ende 1956)

Als im Sommer des Jahres 1952 die Instrukteure der Kreisleitung der SED in den Neiß- und Walddörfern auftauchten, um den Beschluß der 2. Parteikonferenz vom 12.7.1952 zur Bildung von LPG umzusetzen, stießen sie bei den Bauern „auf taube Ohren“, wie ein Instrukteursbericht vermerkt.<sup>30</sup> Die Bauern verfügten durchaus über Erfahrungen in der Gemeinschaftsarbeit. In der unmittelbaren Nachkriegszeit waren vor allem Bestell- und Erntearbeiten auf Anordnung der Besatzungsmacht zur Sicherung der Erträge gemeinsam durchgeführt worden.<sup>31</sup> Auch die von der SED-Führung in den Folgejahren initiierten Kampagnen zielten ebenso wie in der Industrie nicht nur auf die Erhöhung der Produktion, sondern auch auf die Überwindung des Konkurrenzdenkens zwischen den Bauern. Nachbarschaftshilfe, zumeist zwischen etwa gleichstarken Betrieben oder in Form der Kompensation von Handarbeit gegen Zugkraft bzw. Maschinenarbeit zwischen Betrieben unterschiedlicher Wirtschaftsstärke, war weit verbreitet. Daß für die Bauern dabei „richtiges Arbeiten“ in traditionellen Bindungen wichtig war, deutet Friedhelm Gorisch<sup>32</sup> im Interview an: *„Ja, mit den een Bauern haben wir uns geholfen. Die waren och een bißchen reichlichere Leute. Wir haben das mit flottem Arbeiten wieder wettgemacht, was er eene Person vielleicht mehr hatte. Ne Oma oder so. Mit jeden kann man och nicht zusammenarbeiten.[...] Es gibt so viele Drückeberger, nich wahr, das ist so. [...] Ja, mit den da oben hat sich 's einigermaßen gemacht. Kartoffeln denn, er hat geholfen abfahren, aber ausschütten, ausschütten muß ich se alleene. Der hat och die erschten Jahre bei uns immer noch gedroschen, weil wir keene Dreschmaschine hatten, weil uns alles abgebrannt war. Und dadurch hat sich das so ergeben.“* In jedem Fall dieser bäuerlichen Gemeinschaftsarbeit

29 Informationsmaterial zum 10. Tag der Bodenreform der Stadt Forst vom 27.8.1955, KA Forst, RdK/LW, 2519.

30 Protokoll der LPG-Beiratssitzung vom 24.3.1953, KA Forst, RdK/LW, 2519.

31 Vgl. Rundschreiben des Landrates des Kreises Forst an alle Bürgermeister vom 28.11.1945, KA Forst, RdG, 1059.

32 Herr Gorisch, in den dreißiger Jahren als Hoferbe in einer wirtschaftsstarken Altbauernfamilie geboren, erlebt als Kind und Jugendlicher, wie sein „unpolitischer“ Vater als Bürgermeister zum Eintritt in die NSDAP gedrängt und 1945 nach einer Denunziation aus der Nachbarschaft deshalb von der SMAD verhaftet wird. Daß die Anzeige aus einer kommunistisch orientierten, wirtschaftsschwachen Familie kommt, verstärkt die latent vorhandene Abneigung seiner Herkunftsfamilie gegen die „arbeitsscheuen, armen Kommunisten“. Sie wird von ihm auf die SED übertragen und begründet auch seine stets distanzierte Haltung gegenüber der LPG, die er bis zum Ende der DDR beibehält.

hatte bisher das Prinzip der Wahlfreiheit des Partners gegolten. Unter der Leitung eines anderen, womöglich aus der „alten Dorfarmut“, zu arbeiten, bedeutete im Selbstverständnis der Bauern einen sozialen Absturz auf die Stufe des Landarbeiters. Sie waren nicht bereit, ihre Eigenständigkeit aufzugeben, so wie Herr Gorisch betont: *„Nutzfläche hatten wa so knapp 12 Hektar, im Durchschnitt haben wir hier 21, der schlech'te Boden vielleicht aus dem Kreis Forst. Ja, wir hab'n och gelebt. Für mich stand fest, ich bleibe auf'm Hof.“*

Die Gründe, weshalb in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre im Untersuchungsgebiet keine LPG entstanden, sind vielfältig und teilweise ausgesprochen banal. Zum einen drangen die Nachrichten aus dem fernen Berlin nur langsam in die infrastrukturell wenig erschlossenen Dörfer vor. Telefone waren nicht einmal in den Gemeindebüros vorhanden und nur wenige Bauern hatten eine Zeitung abonniert.<sup>33</sup> Noch weit in die fünfziger Jahre hinein wurde deshalb in den Dorfwirtschaftsplänen festgelegt: *„Im Gemeindebüro liegen zu jeder Tageszeit die Tagespresse und Fachzeitschriften aus.“*<sup>34</sup> Auch die Bauernstuben der VdgB waren allen Dorfbewohnern zugänglich zu machen, da in ihnen oftmals der einzige Radioapparat des Dorfes existierte. Zudem waren die sandigen Straßen schlecht befahrbar und es fehlte häufig an einsatzbereiten Fahrzeugen, um die Dörfer zu erreichen, wie der oben zitierte Instrukteursbericht gleichfalls anmerkt. So erinnert auch Friedhelm Gorisch die ersten Jahre nach 1952 in seinem Dorf in Bezug auf die LPG-Werbung als relativ ruhig: *„Jo, uns hat man in Ruhe gelassen, hier ist man nich groß gekommen. Es wurde zwar immer Propaganda gemacht und so, aber sonst nischt.“*

Zum anderen wirkten sich die Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz, vor allem die Neuerungen im Verwaltungs- und Justizwesen, welche darauf zielten, die sozialistische Staatsmacht zu festigen, zumindest kurzfristig hemmend auf die Bildung von LPG aus. Im Zuge der Verwaltungsreform wurden 1952 aus dem Land Brandenburg die Bezirke Frankfurt/Oder, Potsdam und Cottbus (zu letzterem gehörte der Kreis Forst/Lausitz) gebildet. Die im Vergleich zu anderen Kreisen relativ moderaten Werbungsaktionen für LPG sind vermutlich auch dieser verwaltungsmäßigen Neugliederung geschuldet: Die Kräfte der Kreisleitung der SED waren anderweitig gebunden. Der Kreis Forst war erst durch Verordnung der Landesverwaltung Mark Brandenburg mit Wirkung vom 1. April 1946 aus Teilen der ehemaligen Altkreise Sorau, Guben und Cottbus gebildet worden.<sup>35</sup> Eine Neugliederung bereits sechs Jahre später mußte bei den damaligen politischen und infrastrukturellen Gegebenheiten unter den verantwortlichen Parteifunktionären und Mitarbeitern des Staatsapparates zwangsläufig Verunsicherung hervorrufen, zumal mit der Zuordnung einer Stadt und acht neuer Dörfer<sup>36</sup> am Südrand nicht nur die Wirtschaftskraft des Kreises (v. a. Glasindustrie und Kohlegruben) gestärkt wurde. Mit dieser Neugliederung verschlechterten sich die natürlichen Standortbedingungen der landwirtschaftlichen Produktion des Kreises Forst/L. insgesamt. Ertragsarme Sandböden kamen

---

33 Die erste Ausgabe der Lausitzer Rundschau, des Organs der Bezirksleitung der SED, erschien am Freitag, dem 15.8.1952. Die Herausgabe dieser Zeitung, die sich zur meistgelesenen Tageszeitung auch in den Untersuchungsdörfern entwickeln sollte, erfolgte im Zusammenhang mit der Konstituierung des Bezirkstages und -rates Cottbus am 11.8.1952.

34 Vgl. Dorfwirtschafts- bzw. -arbeitsplan der Gemeinde P. 1954, S. 1 und 1957, S. 2, KA Forst, RdG, 1063 und 1064.

35 GBl. I, 1952, Nr. 99, S. 613ff.

36 Siegfried Münzer, Die Entwicklung der sozialistischen Landwirtschaft im Kreis Spremberg – Ausdruck der erfolgreichen Agrarpolitik der SED, Abschnitt I, 1945–1951, Spremberg 1980, S. 38.

hinzu, während es im „Altkreis“ bedeutend günstigere Anbaubedingungen gab.<sup>37</sup> So dokumentieren die aus nahezu allen Dörfern des Kreises überlieferten Berichte zu den Aktivitäten der Jahre 1952/53 nicht nur die Hilflosigkeit vieler Bürgermeister und VdGB-Vorsitzenden, die in der Frage der Genossenschaftsgründung immer wieder Hilfe vom Kreis anfordern, die aber in J. bitte nicht am Freitag kommen solle, denn „da findet sich das Kino für unsere Gemeinde ein, wo jeder gerne hin geht“.<sup>38</sup> Diese Stimmungsberichte verweisen auch auf das häufigste Gegenargument der Bauern, „erst einmal eine rentable LPG“ sehen zu wollen, und ihren Zweifel am Nutzen sowjetischer Erfahrungen: „Denn es erschien keinem glaubhaft, daß die dort befindlichen Lehmhütten nun verschwunden sind“.<sup>39</sup>

Als ausschlaggebend für das zurückhaltende Agieren der Funktionäre des Partei- und Staatsapparates erwies sich auch die harsche Kritik, die bereits in der zweiten Ausgabe der „Lausitzer Rundschau“ an deren Vorgehen im Zusammenhang mit den LPG-Gründungen geübt wurde. Insbesondere die Kreisdelegiertenkonferenz der SED am 9./10. August 1952, die Vorschläge für das Umsetzen der Beschlüsse der 2. Parteikonferenz erarbeiten sollte, wurde neben dem Kreis Guben als negatives Beispiel für den Bezirk zitiert. Im Mittelpunkt der Kritik standen Referat und Entschließung, die nicht „mit allem Nachdruck auf die unbedingte Wahrung des Prinzips der Freiwilligkeit beim Eintritt in die Produktionsgenossenschaft“ hingewiesen hatten. Die Einbringung der Ernte und vorfristige Ablieferung standen im Vordergrund der praktischen Agrarpolitik; die Unterstützung der Produktionsgenossenschaften sollte keinesfalls zur Vernachlässigung „des Bündnisses der Arbeiterklasse mit den individuell produzierenden werktätigen Einzelbauern führen“. Die Parteidokumente hatten auch nicht den geringsten Zweifel daran zu lassen, „daß die Partei jede Verletzung dieses Grundprinzips mit strengsten Maßnahmen ahnden wird“.<sup>40</sup> Diese Drohung gegen zu eifrige Genossenschaftsgründer resultierte auch aus der Unsicherheit der Parteiführung. Sie hatte keine praktikablen Lösungen für die Probleme der auf Drängen der sowjetischen Hegemonialmacht ausgerufenen „Vergenossenschaftlichung“.<sup>41</sup>

Hinzu kam die noch immer labile Situation an der Ostgrenze der DDR, die Sensibilität in der Durchsetzung der Beschlüsse der SED-Führung verlangte. Mehrheitlich glaubte die Bevölkerung der Region – nicht nur die ansässig gewordenen Vertriebenen – nicht an die Endgültigkeit dieser Grenzziehung. Vor allem die Neubauern hatten sich hier angesiedelt in der Hoffnung auf eine mögliche Rückkehr, wie Lene Konschak<sup>42</sup> die Beweggründe ihres

37 Information Nr. 21–VD 06/26/65, in: Statistische Monatsberichte, Staatliche Zentralverwaltung für Statistik beim Ministerrat der DDR, Bezirksstelle Cottbus (Im folgenden zitiert als SZVS, BS Cottbus).

38 Stimmungsbericht vom 25.2.1953, KA Forst, RdK/LW, 4843.

39 Protokoll der Bauernversammlung vom 15.5.1953, KA Forst, RdK/LW, 4843.

40 Vgl. „Kreisdelegiertenkonferenzen in Guben und Forst zur II. Parteikonferenz weisen Mängel auf“, Lausitzer Rundschau (im folgenden als LR zitiert), 16.8.1952, S. 2.

41 Vgl. Michael F. Scholz, Bauernopfer der deutschen Frage. Der Kommunist Kurt Vieweg im Dschungel der Geheimdienste, Berlin 1997, S. 152.

42 Frau Konschak wurde als Tochter eines Waldarbeiters 1925 im Dorf geboren. Ihr Pflichtjahr absolviert sie auf einem Hof in einem Nachbarort, dessen Erbe bereits gefallen ist. Sie soll die Wirtschaft bekommen, die Nachkriegswirren verhindern das. Nach der Heirat übernimmt sie mit ihrem Mann, dessen Familie aus einem Dorf jenseits der Neiße vertrieben wurde bzw. aus Polen in die BRD ausreisen durfte, eine Neubauernsiedlung in ihrem Heimatdorf, die sie bis zum LPG-Eintritt im Herbst 1959 zu einer leistungsfähigen Wirtschaft aufbauen. Nach dem LPG-Beitritt 1959 arbeiten beide sehr engagiert im Rinderstall der Genossenschaft.

(1986 verstorbenen) Ehemannes im Interview schildert: *„Ja, der war davon nich abzubringen. Der wor eben uffgewachsen in der Landwirtschaft. Die hatten ja 'ne über 200 Morgen große Wirtschaft und een Haufen fremde Leute noch zum Arbeiten. Der sollte ja och zu Hause alles kriegen, das hob ich ja noch hier, die Schreiben, daß er alleiniger Erbe uff die Wirtschaft war. Denn er hat sich eingebildet, das geht noch mal nach Hause, über die Neiße eben, nich. Das hat er sich i-m-m-e-r eingebildet.“* Obwohl die Debatte über eine mögliche Rückkehr oder auch nur Abfindung für den ehemaligen Besitz in der DDR offiziell ein Tabu war, wurden diese Hoffnungen in informellen Gesprächen immer wieder thematisiert. Sie hielten viele „Umsiedler“ von einer Ausreise in die BRD ab – trotz der dort zu erwartenden Entschädigungszahlungen.

Vor allem die Altbauern ignorierten den Beschluß der SED-Führung zur „Vergenossenschaftlichung“, welche die Landwirtschaft und die ländliche Gesellschaft der DDR über Jahrzehnte am nachhaltigsten verändern sollte. Das ausgeprägte Eigentümerdenken in der kargen Gegend war durch die besonderen Erschwernisse beim Wiederaufbau in der Nachkriegszeit verstärkt worden. Getragen von einem tief verwurzelten Grundmißtrauen gegen „die Kommunisten“ als Vertreter der „Habenichtse“ aus unter- und nichtbäuerlichen Schichten, mischten sich in dieser ablehnenden Haltung politische und wirtschaftliche Motive. Nicht erst die SED galt ihnen als Synonym für „Kommunisten“. Dieses Bild formte sich auch aus eigenen Erfahrungen der Kriegsjahre bzw. Gefangenschaft in der Sowjetunion und unter der SMAD-Herrschaft in der Nachkriegszeit. „Kommunisten“, das waren die von der SMAD eingesetzten Bürgermeister und die Landwirtschaftsfunktionäre, die den Bauern die Sollverpflichtungen auferlegten, die für viele tatsächlich nicht erfüllbar waren. Die Tatsache, daß die eingesetzten Instruktoren aus dem Arbeitermilieu kamen, nur über geringe landwirtschaftliche Kenntnisse verfügten und Mitglieder der SED waren, erhärtete die Vorurteile der Bauern gegenüber den LPG: *„Also der beste Lehrmeister war mein Vater und ich meine, es trifft vieles zu, was er gesagt hat. Die Kommunisten, sagt er, die wollten früher nich arbeiten, die wolln heute nicht. Ick hab och keen Kommunisten kennengelernt, der och gearbeitet hat oder der arbeitet. Die arbeiten alle nich gern, sagt er. Die habn ja früher schon Wahlpropaganda gemacht, in die dreißiger Jahre oder noch früher. Da komm se an in Lumpen, aber haben nie gedacht, daß wenn eener was hat, daß sich der das erarbeitet hat. Daran habn die nich gedacht. Und wenn man die ganze Sache verfolgt, denn war dies ja och so gewesen. Andersch könn die gar nich gedacht habn. Denn Honecker war ja och Dachdecker gewesen. Aber dem hat's ja am meisten in die Bude geregnet. Aber, meent er, laß bloß die Finger davon. ‚Halte Dich fern von den Kommunisten‘.“* Friedhelm Gorisch nutzt hier die Erfahrungen mit den Kommunisten der „Weimarer Zeit“ als Folie für seine Reflexion über die SED und DDR. Seine Ausführungen betonen gleichzeitig die kulturelle Schranke innerhalb der Dörfer, zwischen Dörflern und Städten und, unausgesprochen, aber aus dem erzählerischen Kontext ersichtlich, auch zwischen Deutschen und Russen. Dieses tief sitzende Vorurteil war bestimmend für die Einstellung des größten Teils der Bauern in den von mir untersuchten Dörfern während der Kollektivierungsphase von 1952 bis Mitte der sechziger Jahre: Was von den Kommunisten kam, konnte einfach nicht gut sein!<sup>43</sup> Obwohl seit 1945 immer wieder Gerüchte über eine Zwangskollektivierung der Landwirtschaft auftauchten, schien den Bauern doch die Bodenreform mit ihrem in den

---

43 Die Bodenreform, auch ein Werk der „Kommunisten“, wurde diesen von vielen Bauern aufgrund der lokalen Verhältnisse und der Beteiligung alteingesessener Funktionsträger nicht negativ zugeschrieben.

Übereignungsurkunden festgeschriebenen Grundsatz „Der Grundbesitz soll sich in unserer deutschen Heimat auf feste, gesunde und produktive Bauernwirtschaften stützen, die Privateigentum ihres Besitzers sind“ eine dauerhafte Perspektive zu eröffnen. Für diese Sicht sprach nach ihrer Meinung auch die Tatsache, daß Alt- wie Neubauern die Möglichkeiten erhalten hatten, ihre Betriebe mittels langfristiger Pachtverträge mit den Gemeinden über Bodenreformland zu arrondieren und aufzustocken. Beide Gruppen nutzten dieses Angebot, teilweise mit einer Zupacht von drei und vier verschiedenen Flurstücken.<sup>44</sup> Nicht selten geschah das auf Kosten (der ständig steigenden Zahl) wirtschaftsschwacher Bauern, insbesondere Neubauern. Viele aus dieser Gruppe befanden sich in einer so desolaten wirtschaftlichen Situation, daß sie Wege zur Betriebsaufgabe in der einen oder anderen Form finden mußten.<sup>45</sup>

Auch die Umgestaltung des traditionellen ländlichen Genossenschaftswesens durch die Parteiführung wurde von den Bauern in seiner Zielrichtung nicht durchschaut bzw. mehr oder weniger unbewußt unterlaufen. Die SED orientierte oder ließ weiterhin orientieren auf die „Kraft der gegenseitigen Hilfe“. Sie versuchte, die VdgB (BHG) als Steuerungsinstrument intensiver in die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft einzubinden. Trotz des zu diesem Zeitpunkt in der personellen Besetzung und dem zentralistischen Aufbau bereits an den Interessen des Staates ausgerichteten landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens war die Beteiligung an der Basis der nach Auflösung der Raiffeisengenossenschaften nun dominierenden VdgB (BHG) weiterhin durch die traditionellen bäuerlichen Eliten bestimmt. Die auf stärkere Kontrolle abzielende, im Zuge der Verwaltungsreform in der DDR ausgeweitete Hierarchisierung in und zwischen den Staats- und Wirtschaftsorganen verkehrte sich dadurch auf den unteren Ebenen im ländlichen Raum oft in ihr Gegenteil. Alle Kandidaten der zu besetzenden Ämter, auch Wahlfunktionen, innerhalb der Dörfer bedurften weiterhin der Zustimmung des jeweiligen „Organs“ auf Kreisebene. Das neue System sicherte aber nicht nur den Zugriff von oben nach unten, sondern bot auch den eingessenen Bauern vielfältige Möglichkeiten des Agierens. Diese übernahmen Funktionen in der VdgB und den Gemeindeämtern – entgegen den Intentionen der Parteiführung.<sup>46</sup> Letztendlich ging es darum, die Machtbefugnisse von „alten“ Bürgermeister und Gemeinderäten zu beschneiden, oder wenigstens zu kanalisieren, da diese immer noch die Ortsorganisationen der Bauernpartei (DBD), die VdgB-Vorstände und Dorfplankommissionen, Gemeinderäte und Bürgermeisterämter kontrollierten. An der Basis verstand sich die VdgB weiterhin als bäuerliche Standesorganisation. In ihr ließen sich Interessen wenn nicht durchsetzen, so doch artikulieren. Die Mitarbeit war also für alle Bauern opportun.

In der wirtschaftlichen Entwicklung ist ein weiterer Grund für die zunächst durchgängige Ablehnung der LPG zu sehen. Die Mehrzahl der Altbauern hatte ihre Höfe wieder aufgebaut. Auch ein Teil der Neubauern führte inzwischen gefestigte Wirtschaften. Das

---

44 Noch im November 1959 (!) schlug der Rat einer Gemeinde in einem Schreiben an die Abteilung Bodenrecht und Bodenordnung des RdK vor, vier Einzelbauern für die abgelaufenen Pachtverträge neue auszustellen. Vgl. Kreisarchiv Forst, Bestand Rat für Landwirtschaft und Nahrungsgüterwirtschaft (im folgenden zitiert als KA Forst/RLN), 5631 I.

45 Zu der Situation insbesondere der „Umsiedler“ vgl. Michael Schwartz, Vom „Flüchtling“ zum Neubürger. Vertriebenenintegration als gesellschaftspolitisches Problem der deutschen Nachkriegsgesellschaft, in: TRANSODRA, Deutsch-Polnisches Informationsbulletin 10/11, 1994, S. 26–39.

46 Schreiben der Abt. Finanzen des Rates des Kreises Forst an den Rat der Gemeinde vom 10.8.1953, KA Forst, RdK/LW, 1073.

Agrarpreissystem ermöglichte ihnen über die Ablieferung „freier Spitzen“ die Bildung von finanziellen Rücklagen, die zumeist in den Ausbau und die technische Ausstattung der Betriebe investiert wurden, so wie bei Familie Gorisch: *„Ich sag's ehrlich, wir hatt'n keen Geld. Denn des war alles weg, was wa vorher hatten. Wir habn 'nen Mähbinder gekoft, wir haben Dreschmaschinen, wir habn alles wieder gehabt soweit. Wir habn ja nur immer, hier habn was reingesteckt, um ne Erleichterung zu habn. Wir habn weder Geld [Herr Gorisch meint Kredite und Fördermittel] oder sonst was gesehen, wir mußten alles aus eigener Tasche bezahlen. Alles. Die Scheune wurde gebaut 50, ja und die habn wir bis 1960 dreimal eingedeckt, dreimal neue Dachziegel gekoft, weil se nischt getogt haben. Die erschten habn war vielleicht 'nen Jahr oben gehabt.“*

Die im Zusammenhang mit dem ersten Fünfjahrplan (1951) für Wirtschaften über zehn Hektar Nutzfläche verkündeten Normerhöhungen trafen vor allem Betriebe mit ungünstigen Bodenklassen unverhältnismäßig hart.<sup>47</sup> Da das Ablieferungssoll progressiv steigend an die Betriebsgröße gekoppelt und für die tierische Pflichtablieferung seit 1950 auch an die Nutzfläche gebunden war, benachteiligte es die Niederlausitzer Bauern mit ihren vorwiegend leichten Sandböden überproportional. Deshalb stand in den Folgejahren die „Soll-erfüllung“ im Mittelpunkt individueller und kollektiver Strategien, mit denen die für diese Region als wirtschaftsstark geltenden Bauern ihre Selbstbehauptung gegenüber den Ansprüchen der Staats- und Parteiführung zu sichern suchten. Diesen Zusammenhang problematisiert auch Traugott Mettke<sup>48</sup> im Interview: *„Wir waren als einzige im Dorf über zehn Hektar und damals wurde ja denn des Soll differenziert innerhalb dieser Hektarklasse. Die 'n bissel besseren Boden hatten oder die mehr hatten, die dicht an der nächsten Grenze waren, die mußten 'n Hektar mehr abliefern und die anderen weniger. Wir waren als einzige und da gab's denn keine Differenzierung, wir mußten des bringen, was auf 'n Hektar angesagt war, und des war hart gewesen, denn wir hatten alles schlechten Boden, alles Sandboden, der gute liegt drüben in Polen, über der Neiße. Jedenfalls hatten wir durch unser hohes Soll und den schlechten Boden nich so viel. Bis, na, bis Oktober hatte man voll mit seiner Sollarbeit, wenn's alles gut ging konnte man im November, Dezember damals wie 's denn hieß die Freispitzen verkoofen, an Milch oder och Fleisch.“* Trotzdem sahen diese Bauern ihre Zukunft keineswegs in einer genossenschaftlich betriebenen Landwirtschaft.<sup>49</sup>

---

47 Der seit Ende 1952 von der Parteiführung forcierte „Kampf gegen die Großbauern“, der zeitweise auf die Mittelbauern ausgedehnt worden war, betraf nur die wenigen Betriebe mit etwas über zehn Hektar LN. Soweit sie nicht selbst mit Technik ausgestattet waren, hatten sie auch weiterhin legal Anspruch auf die Leistungen der MAS bzw. MTS. Der geringe Anteil an familienfremden Arbeitskräften ließ auch die Maßnahmen zum Abzug bzw. zur Abwerbung mittels überhöhter Lohnzahlungen verpuffen. Der 17. Juni 1953 fand in den sieben Dörfern ebenfalls kaum Resonanz, jedenfalls decken sich in diesem Punkt Aktenlage und Aussagen der Interviewpartner.

48 Traugott Mettke wird 1930 als Hoferbe des wirtschaftsstärksten Altbauern in einem Neißedorf geboren. Die Familie beschäftigt einen Kutscher und eine Magd, so daß er von der Landarbeit zum Teil frei ist. Der Vater ermöglicht ihm eine solide Ausbildung: Als einziger Bauernsohn besucht er die Mittelschule und absolviert später auch eine agrarwirtschaftliche Lehre und ein Studium. Die Autorität, die die Familie seit Generationen im Dorf besitzt, kann sie auch nach 1945 erhalten, zunächst durch den raschen Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft und indem sie bei der im Frühjahr 1960 unvermeidlichen LPG-Gründung die Initiative mit übernimmt.

49 Vgl. dazu auch die Aussagen von Bernhard Grünert, in: Rosemarie Sachse u. a. (Hg.), *Früchte des Bündnisses. Werden und Wachsen der sozialistischen Landwirtschaft der DDR*, Berlin (O.) 1980, S. 86.

Anschaulich schildert das Friedhelm Gorisch auf die Frage, ob er einen LPG-Beitritt erwogen hätte: „*Nee, daran hab ich nich gedacht. Ich hab immer gedacht, das Ding mußte halten solange wie es geht. Ich hab gar nich andersch gedacht, ich hab nur gedacht, hier mußte, hier mußte was draus machen.*“ Daß dieser bescheidene Aufschwung nur durch eine oft gnadenlose Selbstausbeutung getragen wurde, entsprach ihrem Selbstverständnis als Bauern. Eine Interviewpartnerin berichtet z. B., daß die Nachbarin den Mist mit der Schubkarre auf das etwa zwei Kilometer entfernte Feld fahren mußte, weil die Pferde geschont werden sollten.<sup>50</sup> Der Anteil dieser hier als wirtschaftsstark geltenden Agrarbetriebe lag bei etwa einem Drittel. In den Altbauerndörfern war er nicht höher als in den ehemaligen Gutsdörfern, glaubt man den überlieferten Steuerbescheiden der Gemeinden.<sup>51</sup>

Eine zweite Gruppe bildeten die Bauern, deren Leistungskraft durchaus die Erfüllung des Ablieferungssolls gestattet hätte, die mit ihrer sprichwörtlichen „Bauernschläue“ aber in Ablehnung der SED-Vorgaben ihren Ablieferungsverpflichtungen nicht oder nur schleppend bzw. nach Androhung von Strafmaßnahmen nachkamen. Mit ihrer Protesthaltung gerieten diese Bauern seit dem Frühjahr 1953<sup>52</sup> zwischen die offiziellen Forderungen der Staatsmacht und das Eigeninteresse der bäuerlichen Funktionsträger im Dorf. Letztere hatten sowohl strikte Sparmaßnahmen und Kontingentierung von Material als auch das unnachgiebig geforderte Eintreiben ausstehender Zahlungen an Steuern, Gebühren und Bodenreformbeiträgen im Auftrag der Staatsmacht durchzusetzen,<sup>53</sup> was zu neuen Spannungen in den Gemeinden führte und neue Konfliktlinien schuf, ohne jedoch die existierenden Beziehungsgefüge grundlegend zu verändern.

In den Folgejahren häuften sich Repressionsmaßnahmen gegenüber den ablieferungsunwilligen Bauern insbesondere in den Dörfern, in denen noch keine LPG existierten, obwohl der IV. Parteitag der SED im April 1954 mit seiner Orientierung auf die bloße Festigung der bereits existierenden LPG auch den Niederlausitzer Bauern eine Atempause im Kampf gegen den LPG-Beitritt verschaffte.<sup>54</sup> Die vom Kreis angeordneten oder auch von Funktionsträgern in den Dörfern selbst angeforderten Kontrollen dieser Bauern durch die Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises nahmen zu. Nichteinhaltung des Viehhalteplanes, Fahrlässigkeit im Umgang mit Technik, dem Boden und dem Vieh sowie Böswilligkeit wurden zumeist als Ursachen für die Sollrückstände konstatiert, jedoch ohne daß dies entscheidende Wirkung entfaltete. Diese Kontrollfunktion des Staates lief zunächst ins Leere, wenn die Bauern auf „Abmahnungen“ nicht reagierten: „N. wurde mehrmals ermahnt, durch den Bürgermeister, Erfassungsinspekteur, VEAB-Erfasser und andere. Er wurde mehrmals von der Gemeindevertretung und dem Erfassungsaktiv vorgeladen und auf die Pflichten gegenüber dem Staat hingewiesen“, heißt es in einem Protokoll. In einem

50 Dabei handelt es sich um eine alteingesessene, mittelbäuerliche Familie, die erst 1960 mit zwei Familien des Bauerndorfes eine LPG Typ I gründete. Den im Gruppeninterview anwesenden Frauen aus dem gleichen Dorf und der gleichen sozialen Schicht war diese Einstellung augenscheinlich ganz vertraut.

51 Steuerkartei der Gemeinden, 1945 bis 1960, KA Forst, RdG, 1074.

52 Am 2. März 1953 erließ das Justizministerium die Rundverfügung Nr. 4/53, in der ein strengeres Vorgehen gegen „Großbauern“ in Strafverfahren gefordert wurde. Die Auslegung, wer in der Region als „Großbauer“ zu gelten habe, war bei den mitunter bis zu fünfzig, sechzig Hektar großen Betrieben mit einem Waldanteil von rd. drei Viertel der Nutzfläche, durchaus variabel.

53 Schreiben des Rates des Kreises an den Rat der Gemeinde vom 27.3.1953, KA Forst, RdG, 1073.

54 Protokoll der Verhandlungen des IV. Parteitages der SED, 30.3. bis 6.4.1954, Bd. II., hg. v. ZK d. SED, Berlin (O.) 1954,

anderen Fall weigert sich ein Altbauer, Vieh einzustallen, um sein Soll zu erfüllen: „Z. hat wohl versprochen, alles zu tun, aber bis heute ist es beim Versprechen geblieben.“ Der Beschuldigte, ein Nebenerwerbsbauer, entzieht sich den Verpflichtungen, indem er „als Straßenbauarbeiter arbeitet und Frau Z. bei anderen Bauern arbeiten geht, während ihre eigene Wirtschaft vernachlässigt wird“, wie der Bericht feststellt. Da die Familie nach dem Wiederaufbau der kriegszerstörten Wirtschaft jetzt in „geordneten Verhältnissen“ lebt, wird vorgeschlagen, den Bauern wegen seiner Fahrlässigkeit und groben Verletzung der Ablieferungspflicht zu bestrafen. In einem dritten Fall wird die Angelegenheit direkt der Staatsanwaltschaft übergeben. In der Begründung heißt es: „Aufgrund der guten Bodenklasse kann Futtermangel oder dergleichen nicht in Frage kommen.“ Bauer L. wird vom Rat der Stadt, von der Abteilung Landwirtschaft und vom zuständigen Sachbearbeiter vorgeladen. Ohne Erfolg! Aber man hat bei ihm „1947, wo die Menschen mit der Ernährung zu kämpfen hatten, bei einer Durchsuchung 30–40 Ztr. verstecktes Getreide gefunden“, was natürlich auch 1954 strafverschärfend wirkt. Vermutlich nicht zuletzt deshalb, weil es sich bei den „Entdeckern“ von damals und den Erfassern von 1954 um dieselben Personen handelte.

Diese Beispiele ließen sich für die erste Hälfte der fünfziger Jahre beliebig fortführen. Bis auf wenige Ausnahmen sahen die Strafmaßnahmen nur „empfindliche Geldzahlungen“ vor. Eine Enteignung innerhalb dieser Bauerngruppe ist nicht überliefert.<sup>55</sup> Das moderate Vorgehen der Verantwortlichen spricht nicht unbedingt für ihre Langmut. Es ist vielmehr ein Indiz für die Fragilität der staatlichen Autorität und das Angewiesensein der SED sowohl auf die Loyalität als auch auf die Erträge dieser Bauern. Nichterfüllung des Solls bedeutete ja nicht automatisch Wirtschaftsschwäche. Die Agrarprodukte kamen über Eigenbedarf und, noch öfter, den Schwarzmarkt bzw. über illegale Tauschgeschäfte der Volkswirtschaft zugute.<sup>56</sup> Häufig war den Bauern die Sicherung der technischen Ausstattung ihrer Wirtschaften nur auf diesem unsicheren Wege möglich, wie Herr Gorisch erinnert: *„Die Maschinen? Na, die wurden nur über den Schwarzhandel gekoft. Wir hatten ne Dreschmaschine bestellt, die sollte zehntausend Mark kosten. Die habn wir dann aber nich gekricht, das wurde abgeblasen.“* Ein Unrechtsbewußtsein für dieses Handeln konnte sich bei den Bauern offensichtlich nicht ausprägen, da andauernde Mangelwirtschaft und die Unverhältnismäßigkeit des Preisgefüges im Agrarsektor viele Varianten an „Eigeninitiative“ erforderten, um den staatlichen Vorgaben gerecht zu werden.

Die Angst der Funktionäre vor Autoritätseinbrüchen bei den Bauern und die Vorgaben „von oben“ zur Sicherung der Agrarproduktion bildeten den Hintergrund für das mitunter rigide Vorgehen gegen eine dritte Gruppe von Bauern. Das waren diejenigen, deren Wirtschaftsgröße bzw. -fähigkeiten tatsächlich nicht ausreichten, um ihren Ablieferungsverpflichtungen gegenüber dem Staat nachzukommen. Häufig wurde gegenüber diesen Bauern jedoch Nachsicht geübt. In einem Bericht heißt es: „Er selbst ist sehr arbeitsam, doch die Familienverhältnisse sind nicht die besten, es fehlen auch Arbeitskräfte. Eine ernstliche Verwarnung wäre angebracht.“ In einem anderen Fall werden „4 Morgen schlechten Bodens, wo bei trockenem Wetter alles vertrocknet und bei Regen alles feucht ist“, ebenso

---

55 Die Grenzen waren den Beteiligten sicher auch bewußt, erhielten doch die Bauern aus devastierten Betrieben seit dem 1. Mai 1953 laut einer Verordnung des Ministerrates keine Lebensmittelkarten mehr. Vgl. GBl. I, Nr. 48, 14.4.1953, S. 543.

56 Alle Fakten in den Ausführungen zum Komplex „ablieferungsunwillige Bauern“ basieren auf einer von der Abt. Erfassung und Aufkauf beim Rat des Kreises Forst/L. erstellten Analyse „Zur Erfüllung der Pflichtablieferung in den Gemeinden“ vom 14.11.1954, KA Forst, RdK/LW, 2519.

wie ein verendetes Zwei-Zentner-Schwein, welches für die Ablieferung bestimmt war, als Entschuldigung für Soll-Rückstände von den Erfassern akzeptiert. Weiter heißt es in dem eben zitierten Bericht: „Zum Teil liegt hier schlechte Wirtschaftsführung vor. Eine Böswilligkeit ist H. nicht nachzuweisen.“ Trotzdem soll er, wohl wegen der erzieherischen Wirkung im Dorf, eine Verwarnung aufgrund seiner Ablieferungsrückstände erhalten.<sup>57</sup>

Auch diese Bauern sahen in der Einzelwirtschaft die Sicherung ihrer Existenzgrundlage. Darunter waren besonders alte Bauern, deren Söhne im Krieg gefallen waren oder deren Kinder eine Arbeit außerhalb der Landwirtschaft aufgenommen hatten, sowie viele alleinstehende ältere Frauen, die kaum noch in der Lage waren, ihre Hofstellen ordnungsgemäß zu versorgen. Sie verweigerten sich hartnäckig dem „Schritt vom Ich zum Wir“ aus der Einsicht heraus, daß jede noch so miese Wirtschaft zumindest ein eigenes Dach über den Kopf und etwas zu essen bot.

Eine Vielzahl der beschriebenen Kontrollen tauchen in den seit Herbst 1952 von allen Abteilungen der Kreisverwaltung zu führenden „Beschwerdebüchern“ auf. Jede aufgenommene Kritik war sorgfältig und schnell zu bearbeiten und auszuwerten, um „das Vertrauen der Bevölkerung in die Staatsmacht zu stärken“.<sup>58</sup> Viele Meldungen erfolgten durch das Kreisamt der Volkspolizei. Den aktuellen Hintergrund dafür bildete das im Oktober 1952 verabschiedete „Gesetz zum Schutze des Volkseigentums und anderen gesellschaftlichen Eigentums“ mit seinem sehr weit gefaßten Rechts- und Eigentumsverständnis.<sup>59</sup> Den besonderen rechtlichen Status bestimmter Wirtschaftsbereiche, darunter der „sozialistischen Landwirtschaft“, zu sichern, war unter anderem Aufgabe der Deutschen Volkspolizei.<sup>60</sup> Die Nähe der polizeilichen Meldungen zum dörflichen Alltag lassen vermuten, daß es sich um die ersten Ergebnisse des neuinstallierten ABV-Systems auf dem Lande handelt.<sup>61</sup> Bis zum Sommer 1953 stiegen diese Eintragungen im Beschwerdebuch deutlich an. Da keine Großbauern vorhanden waren, gegen die man vorgehen sollte, konzentrierten sich die „klassenkämpferischen“ Aktivitäten auf Alt- und Neubauern gleichermaßen. Sie lassen erst mit Beginn des „Neuen Kurses“ etwas nach. Überwiegend werden auch hier Sollrückstände, unsachgemäße Unterbringung und hungerndes Vieh genannt: „Bei Neubauer R. soll das Vieh verhungern. Das Pferd muß trotzdem schwer arbeiten“, ferner schlechte Wirtschaftsführung: „Ausgabe von Erbsen als Futtermittel“ und illegale Geschäfte: „kein Saatgut für die Frühjahrsbestellung vorhanden. Außerdem wird von B. alles Bewegliche aus der Wirtschaft verkauft.“ Nur selten erfolgen Informationen über die eigentlichen Aufgaben der Volkspolizei, der „Dingfestmachung des Klassegegners“: Im Januar 1953 findet Bauer M. „in der Weizenkleie, welche im Dezember 1952 gekauft wurde, 4 Metallstücke“.<sup>62</sup>

Parallel zu den steigenden Kontrollen entwickelten die Bauern aller Schichten individuelle und kollektive Strategien, um ihr Eigeninteresse zu sichern. Anhand der Beschwerde-

---

57 Beschwerdebuch 1953 der Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises, KA Forst, RdK/LW, 2571.

58 Bearbeitung von Beschwerden durch die Verwaltung. Schreiben des Organisations-Instruktors des Rates des Kreises an alle Abteilungen vom 23.9.1952, KA Forst, RdK/LW, 2571.

59 GBl. 1952, Nr. 140, S. 982.

60 Vgl. den Beitrag Lindenberger in diesem Band.

61 Auffällig ist, daß ansonsten der ABV weder in den Akten der Gemeinde- bzw. Kreisarchive noch in den Reflexionen der Interviewpartner eine Rolle spielt. Nachfragen lassen den Schluß zu, daß er in den von mir untersuchten Dörfern durch Einheirat in die ländliche Gesellschaft integriert und damit als Projektionsfläche für die Bauern „unsichtbar“ war.

62 Beschwerdebuch 1953, KA Forst, RdK/LW, 2571.

bücher läßt sich verfolgen, wie Bauern ihr Recht nicht nur einzeln bei vermeintlicher oder tatsächlicher Übervorteilung durch den Staat einforderten. Z. B. gibt es Einsprüche gegen die Aufteilung von Wiesen, Sollveranlagungen, Flurbereinigungen und Grundbucheintragen, nichteingehaltene Zusagen beim Umtausch schlechter Saatkartoffeln, Pfändungen von Umsiedlerkrediten durch das Finanzamt und ausstehende Einkommen an Naturalien in den ersten LPG des Kreises. Gleichzeitig wenden sich ganze Gemeinden, d. h. ihre Vertreter, mit dieser frühen Form der „Eingabe“ an die Staatsmacht: In einem Fall sind „bei der Ernte 1952 von der MAS [...] zwei Binder aus der Gemeinde G. benutzt und heruntergewirtschaftet worden und die MAS weigert sich, diese zu reparieren.“ Eine andere Gemeinde erhebt Einspruch gegen das Gemüseanbau-Soll, weil es zu hoch und der Boden für das geplante Gemüse nicht geeignet ist. Einzelbauern und Gemeinden wenden sich mit ihren Beschwerden auch direkt an das Ministerium für Land- und Forstwirtschaft oder die Präsidialkanzlei in Berlin, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen. Mit dem Auftauchen der ABV in der ländlichen Gesellschaft beginnen auch die Versuche, diese für die eigenen Zwecke zu instrumentalisieren. Sie treten als „Beschwerdemelder“ und damit als Vermittler zwischen den Bauern und der „Obrigkeit“ auf: So führt eine Gemeinde mittels der DVP Beschwerde wegen zu geringer Zuteilung an Superphosphat, und der Pflanzenschutzbeauftragte eines Dorfes fordert auf dem gleichen Wege eine gerechtere Bezahlung. Die Bauern versuchen auch, wirtschaftspolitische Entscheidungen der Kreisebene zu beeinflussen, wenn diese für das Gemeinwohl des eigenen Dorfes von Belang sind. So erheben die VdgB-Mitglieder einer Gemeinde Einspruch gegen die Neuvergabe einer Neubauernwirtschaft: „Die Siedlung ist bisher von den Eltern des K. nachlässig bearbeitet worden, soll jetzt an G. verpachtet werden, dadurch würde aber auch nichts geändert in bezug auf Bearbeitung. Die VdgB ist gegen die Vergabe.“<sup>63</sup> In allen Fällen geht es um die Wahrung wirtschaftlicher Interessen – im weitesten Sinn. Dabei werden sozial-hierarchische Konstellationen in und zwischen den Dörfern natürlich tangiert. Politisiert werden diese Angelegenheiten erst durch die SED und ihr Dogma des Klassenkampfes auf dem Lande. Die Bauern suchen ihre Selbstbehauptung zu sichern, indem sie die von der SED-Führung vorgegebenen Instrumentarien und Prozeduren, mit denen eigentlich ihr „Mitmachen“ eingefordert wird, für die eigenen Interessen umnutzen.

Dieses Ausbalancieren von herrschaftlicher Kontrolle und bäuerlicher Interessenwahrnehmung wurde vor allem dort gestört, wo Bauern aus demselben Dorf als Funktionsträger eingzugreifen hatten. Immer wieder wird deshalb als Begründung für die Strafvorschläge nach den Hofkontrollen angeführt, daß „durch die schlechte Ablieferungsmoral der Wirtschaft der gute Stand in der Ablieferung der Gemeinde herabgedrückt wird und eine Bestrafung auch dem Wunsche des Bürgermeisters, der Gemeindevertretung, dem Gemeinderat und dem Erfassungsaktiv entsprechen [würde].“ Zieht man in Betracht, daß bei diesen Vorschlägen überkommene innerdörfliche Rivalitäten und Ressentiments von Alt- gegen Neubauern bzw. neuer „kommunistischer“ Lokalgrößen gegen „Ehemalige“ eine Rolle spielten, so ist doch offensichtlich, daß das in der Landwirtschaft eingerichtete Erfassungssystem selbst für die weitere Ausdifferenzierung der dörflichen Gesellschaft sorgte. Sozialer Druck und wirtschaftliche sowie finanzielle Interessen überlagerten sich in dieser Zeit. Dabei wurden die von der SED-Führung unter Einfluß der sowjetischen Hegemonialmacht vorgenommenen häufigen agrarpolitischen Kurswechsel auf der lokalen Ebene nur sehr

---

63 Ebd.

vage wahrgenommen. Jedenfalls bieten weder die Aktenlage noch die Regionalpresse oder die Interviews Anhaltspunkte dafür. Die Bürgermeister erhielten rein formal Prämien für den Erfüllungsstand des Ablieferungsolls ihrer Gemeinde. Sie hatten also kein Interesse daran, die Prämien mit dem Erfassungskollektiv zu teilen. Andererseits waren sie es, die bei Nichterfüllung zuerst in der Presse am Pranger standen. Die 1954 eingeführte und in der „*Lausitzer Rundschau*“ regelmäßig veröffentlichte Verleihung der „*Roten Laterne*“ an die Gemeinde mit der schlechtesten Erfassung „spornte die Bürgermeister an“, wie der Rat des Kreises feststellte. Bürgermeister und Gemeinderäte weigerten sich in diesem Zusammenhang jedoch, einen Beschluß umzusetzen, der vorsah, in allen Gemeinden Tafeln mit den Namen der schlechtesten Ablieferer anzubringen. Auch die geplante Einrichtung von Solltauschzentralen in jedem Dorf unter der Ägide der VdgB scheiterte am Widerstand der Bauern.<sup>64</sup> Hier erweist sich, daß die informellen Beziehungsnetze noch so intakt waren, daß sie sich gegen die als Zumutungen empfundenen Eingriffe des Staates in die dörfliche Lebenswelt erfolgreich wehren konnten. Die bäuerliche (Zweck-)Gemeinschaft setzte der „*Durchherrschaft*“ des Dorfes zu dieser Zeit noch deutliche Grenzen.

In dieselbe Richtung wirkte die während des Nationalsozialismus und unter der sowjetischen Besatzungsmacht erfahrene politische Überformung der ländlichen Gesellschaft, die der Dorfbevölkerung sowohl das Befolgen der verordneten Pflichten als auch das Nutzenziehen aus den vielfältigen Arrangements mit der „*Staatsmacht*“, insbesondere mit ihren vermittelnden Vertretern im Dorf, nahelegte – ohne daß sie dadurch zu den für eine erfolgreiche Agrarpolitik der SED erwünschten „*zufriedenen Bauern*“ geworden wären. Insgesamt drängt sich der Eindruck auf, daß die führenden Bauern der Dörfer den Vorgaben und Wünschen der SED soweit wie möglich entgegenkamen, um damit ein „*Äquivalent*“ für den verweigerten LPG-Eintritt anzubieten und letztendlich die Genossenschaft im Dorf zu verhindern.

Waren die Versuche der regionalen Vertreter des Partei- und Staatsapparates, die Bauern des Kreises Forst zur Bildung von Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften zu bewegen, auch nicht sehr intensiv, so überrascht doch die Hartnäckigkeit, mit der sich die Bauern nahezu geschlossen gegen diese Forderung stellten. Zwar „*fanden [sich] damals werktätige Einzelbauern, die als Pioniere der Großflächenbearbeitung ans Werk gingen und die ersten LPG des Kreises Forst bildeten*“ – wie die „*Lausitzer Rundschau*“ berichtete; bis zum Ende des Jahres 1952 wurden jedoch nur in vier Dörfern LPG gegründet.<sup>65</sup> Bildung und Zusammensetzung dieser Genossenschaften entsprachen den aus der Literatur bekannten Topoi: Wirtschaftsschwache Bauern schlossen sich auf „*Anregung*“ und unter Anleitung von Parteifunktionären zu einer Genossenschaft zusammen. Nebenerwerbsbauern gehörten kaum zu den ersten LPG-Mitgliedern. Aus den gewählten Namen ist ersichtlich, daß es sich um LPG Typ III handelt bzw. daß auf den Übergang zu diesem Typ optiert wird.<sup>66</sup>

In den untersuchten Dörfern waren die Initiativen der SED nur in einem Altbauerndorf erfolgreich. Ende März 1953 bildeten vier Familien eine LPG mit neun Mitgliedern, die 33

---

64 Vgl. Schreiben der Abteilung Erfassung und Aufkauf des Rates des Kreises an die Plankommission des Kreises, Analyse des Volkswirtschaftsplanes vom 2.7.1954, Forst, RdK/LW, 3972 I.

65 Vgl. „*Fünf Jahre LPG*“, LR vom 20.07.1957, S. 7.

66 Zum Zusammenhang von LPG-Typ und -Namen vgl. Friedrich Redlich, Zur Gründung und Entwicklung landwirtschaftlicher Produktionsgenossenschaften im Bezirk Cottbus, dargestellt in Verbindung mit Fragen der Namensgebung, in: *Niederlausitzer Studien* Nr. 8 (1974), S. 71–87.

Hektar bewirtschafteten.<sup>67</sup> Einen Eindruck davon, wer diesen frühen LPG beitrug und wie nachhaltig diese zur Belastung für die Dorfgemeinschaft wurden, wie neue Verletzungen auf alte Aversionen stießen, vermittelt die Antwort von Herrn Gorisch auf meine Frage, wer Mitte der fünfziger Jahre dieser Genossenschaft beigetreten sei:

*F. G.: Muß ich die Namen alle sagen?*

*D. L.: Nein, sagen Sie mir nur etwas zur Leistungsstärke der Wirtschaften.*

*F. G.: „Ja ick sag det gleich, da waren alles Wirtschaften, die denn nicht so (äh) so gängig waren, nicht wahr, det ist so. Wer ist denn schon als erster rein gegangen? Ich denk immer noch, wenn unsre sind denn durchs Dorf gefahren mit dem Kraftfutter, was se gekricht hab'n. Na ja, und da hat man sich schon een bißchen deprimiert gefühlt, irgendwie, so was vergißt man eben nich. Die sind och nischt geworden. Und denn, wie se vom Langner de Schweine mit der Luftpumpe offgepumpt hab'n zum Abliefern, das hat alles nich geglückt.“*

Damit fand die soeben begonnene „sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft“ im Kreis für mehrere Jahre ihren Abschluß. Dem politisch z. T. gewollten Trend der Stagnation in der Genossenschaftsbewegung folgend, entstand in den Jahren bis Ende 1956 auch im Untersuchungsgebiet keine neue LPG. Nur drei weitere Bauern schlossen sich einer existierenden Genossenschaft an. Die traditionellen dörflichen Hierarchien bewiesen ihre Beharrungskraft. Sozialer Druck, wirtschaftliche Abhängigkeiten untereinander und Prestigedenken hinderten auch Bauern, denen genossenschaftliches Arbeiten eventuell einen Ausweg aus ihrer wirtschaftlichen Not geboten hätte, an einem Beitritt. So wendet sich der VdGB-Vorsitzende eines in die Kreisstadt eingemeindeten Dorfes mit einem hohen Neubauernanteil „individuell“, d. h. heimlich, an den Leiter der zuständigen Abteilung Landwirtschaft mit der Frage „ob nicht die Möglichkeit bestände, [...] eine LPG zu gründen, weil ein Teil Interessenten vorhanden wären, die sich jedoch in öffentlichen Bauernversammlungen mit dieser Frage nicht herausgetrauen“.<sup>68</sup> Diese Bauern waren aber nicht die bevorzugte Zielgruppe der SED und wurden demzufolge auch nicht besonders umworben. Das Genossenschaftsmodell als Alternative zur einzelbäuerlichen Wirtschaft konnte der Masse der Bauern nur über gut wirtschaftende LPG nahegebracht werden. Deshalb hielten die regionalen Vertreter der SED-Führung vorerst im Untersuchungsgebiet am Postulat der Freiwilligkeit des LPG-Beitritts, welches von der SED-Spitze vorrangig aus den im sogenannten „Leninschen Genossenschaftsplan“ zusammengefaßten Schriften W. I. Lenins zu Agrarfragen abgeleitet wurde, fest. Daß auf die freiwillige Zusammenarbeit in den ersten Jahren von beiden Seiten Wert gelegt wurde, beweisen die Protokolle der regelmäßigen LPG-Beiratssitzungen des Kreises, an denen alle LPG-Vorsitzenden und Vertreter der VdGB, MTS und der Abt. Landwirtschaft teilnahmen. Zu den von ihnen getroffenen Festlegungen gehörte die mehrfach angewandte Weisung: „Mitglieder, die auf die Anweisungen des Vorsitzenden nicht achten und sich der Entwicklung der LPG entgegenstellen, müssen mit ihrer ganzen Fläche aus der LPG ausgeschlossen werden.“<sup>69</sup>

Auch an der Arbeitsweise der Partei- und Staatsorgane wurde selbstbewußt Kritik geübt, ebenso an einer als unpassend empfundenen Rede des Ratsvorsitzenden auf der Kreisbauernkonferenz im Jahre 1954. Nach Meinung der anwesenden Bauern ließ diese jegliches

67 Vgl. Produktionsplan der LPG für das Jahr 1953, KA Forst, RdK/LW, 4837.

68 Schreiben des Leiters der Abteilung Landwirtschaft beim Rat der Stadt Forst an das Sachgebiet LPG beim RdK vom 25.2.1953, KA Forst, RdK/LW, 4838.

69 Protokoll der LPG-Beiratssitzung vom 18.11.54. S.1, KA Forst, RdK/LW, 2519.

Verständnis für die Probleme der Landwirtschaft vermissen.<sup>70</sup> Die Vertreter von Partei und Staatsmacht konzentrierten ihre Arbeit in den Folgejahren auf die in den Dörfern des alten Kreisgebietes bereits bestehenden Genossenschaften, die günstigere naturräumliche und infrastrukturelle Bedingungen und damit bessere Erfolgsaussichten für die weitere Kollektivierung boten.

b) „In Richtung Kolchose“ – die Schwachen und die Starken  
(Ende 1956 bis Anfang 1959)

Die Agrarpolitik der SED hatte während der ersten Hälfte der fünfziger Jahre zu einer weiteren wirtschaftlichen und sozialen Ausdifferenzierung der Bauernschaft geführt. Maßnahmen, welche der Entwicklung der Landwirtschaft dienen sollten<sup>71</sup> und die auf deren engere Einbindung in das zentralistische Planungssystem der DDR sowie auf die Nivellierung der ländlichen Bevölkerung abzielten, liefen in ihren Ergebnissen vielfach den Intentionen der Parteiführung zuwider. Sie kamen nicht, wie vorgesehen, wirtschaftsschwächeren Bauern, sondern leistungsfähigen Bauern zugute, die ihre tradierte Stellung im Dorf ausnutzten, um den eigenen Betrieb auszubauen. „Hängebetriebe“ gerieten so immer stärker in Schwierigkeiten, was bei einem Teil dieser Bauern den Wunsch nach Betriebsabgabe verstärkte.

Anhaltende Landflucht und stagnierende Produktionsentwicklung in der Landwirtschaft veranlaßten die SED-Führung daher in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre, ihre Politik der relativen Freiwilligkeit bei der Kollektivierung aufzugeben. Ausgelöst von der 3. Parteikonferenz im März 1956 optierte die SED unmißverständlich auf die „sozialistische Perspektive in der Landwirtschaft“. Die von den „Hardlinern“ um Ulbricht vertretene Auffassung einer ausschließlich auf „sozialistischem Eigentum“ basierenden agrarstrukturellen Entwicklung setzte sich durch.<sup>72</sup> Mit dem vom V. Parteitag der SED im Juli 1958 gefaßten Beschluß zur vollständigen sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft wurden vorerst auch offiziell die internen agrarpolitischen Auseinandersetzungen beendet. Wie massiv die Parteiführung die Kollektivierung nunmehr betrieb, verdeutlicht die steigende Anzahl der LPG in der DDR: Von Ende 1956 bis Ende 1958 stieg sie von 6 281 auf 9 637. Der Anteil der genossenschaftlichen Nutzfläche erhöhte sich im gleichen Zeitraum von unter 25 Prozent auf 37 Prozent der LN. Die veränderten Intentionen der SED – Zielgruppe waren

---

70 Ebd.

71 Vgl. Beschluß des Ministerrates der DDR zu den Maßnahmen und Empfehlungen der 4. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG, GBl. I, 1956, Nr. 11, S. 97ff.

72 Damit war Kurt Viewegs am Institut für Agrarökonomik der DAL erarbeitetes Agrarprogramm, mit dem er ein langsames Tempo der Kollektivierung, vielgestaltige Formen des Übergangs zum Sozialismus in der Landwirtschaft und den grundsätzlich freiwilligen Beitritt der Bauern zu Genossenschaften forderte, endgültig gescheitert. Er konnte es, politisch schon unter starkem Druck, im Februar 1957 letztmalig zur Diskussion stellen. Vgl. Michael F. Scholz, Bauernopfer, S. 152. Nicht nur seine programmatischen Ideen, auch seine Name wurden bis zum Ende der DDR aus der offiziellen Historiographie getilgt. Selbst in der zweiten Auflage (1959) des „Handbuch des Genossenschaftsbauern“, einem Standardwerk, an dessen Ausarbeitung er maßgeblich beteiligt war, wird er verschwiegen.

seit Oktober 1957 auch offiziell die wirtschaftsstarken Mittelbauern<sup>73</sup> – kommen in der Verschiebung des Anteils der LPG-Typen zum Ausdruck. Gehörten 1956 nur 16,3 Prozent der LPG zu Typ I und 83,7 Prozent zu Typ III, waren es Ende 1958 bereits 33,9 bzw. 66,1 Prozent.<sup>74</sup> Die soziale Zusammensetzung der LPG-Mitglieder veränderte sich in diesen Jahren deutlich: Der Anteil der Einzelbauern bis 20 Hektar stieg von rund 37 auf über 47 Prozent. Die Abkehr von einer die Großbauern diffamierenden Politik spiegelt sich in deren wachsendem Anteil von 0,8 auf 3,6 Prozent wieder. Dagegen ging der Anteil ehemaliger Landarbeiter von der Hälfte der Genossenschaftsmitglieder auf ein Drittel zurück. Der Anteil der Industriearbeiter und der übrigen Mitglieder lag bei 9,4 bzw. 6,2 Prozent und blieb damit in etwa konstant.<sup>75</sup> Altbauern waren mit knapp 16 Prozent vertreten.<sup>76</sup>

Auch die Bauern des Kreises Forst/Lausitz sahen sich mit dem erneuten Kurswechsel der SED-Agrarpolitik konfrontiert. Er löste im Untersuchungsgebiet eine soziale Dynamik aus, die weit in die sechziger Jahre hineinreichen sollte. Erst der allmähliche Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Arbeit konsolidierte die ländliche Gesellschaft wieder etwas. Die Bauern entwickelten aus ihrer jeweiligen wirtschaftlichen Situation heraus sehr differenzierte Strategien im Umgang mit den verstärkten Kollektivierungsbestrebungen der SED. Die Dauerkonfrontation über Ablieferungsverpflichtungen wurde nun überlagert von Auseinandersetzungen um Betriebsaufgaben bzw. Devastierungen und die Weiterbewirtschaftung des Bodens in „Örtlich geleiteten Landwirtschaftsbetrieben“ (ÖLB), zu deren Bewirtschaftung die Gemeinden per Gesetz verpflichtet waren. Obwohl der Bestand an diesen Flächen im Kreis vergleichsweise gering blieb (Ende 1956 gab es 67 ha ÖLB-Flächen im Kreis, zwei Jahre später waren es 122 ha, bei einer Gesamt-LN von knapp 10 000 ha),<sup>77</sup> rückte dieser Konflikt zunehmend in den Mittelpunkt des Ringens um Anerkennung und Ablehnung der Legitimität der SED-Herrschaft in der ländlichen Gesellschaft.<sup>78</sup>

Für einen Teil der Bauern (Alt- wie Neubauern gleichermaßen)<sup>79</sup> hatte sich die wirtschaftliche Situation zu Beginn der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre so drastisch verschlechtert, daß sie kaum mehr in der Lage waren, ihre Betriebe selbständig weiterzuführen. Bauernhöfe verwahrlosten, da die Besitzer sie wegen ihres fortgeschrittenen Alters, Krankheit oder einfach Desinteresse und unzureichender Kenntnisse mitunter schon seit Jahren nicht richtig bearbeiteten. Ein typischer Fall und zugleich Ausdruck bäuerlicher „Schlitzohrigkeit“ ist Emma Müller, deren Antrag auf Landabgabe im Sommer 1957 vom Rat der Gemeinde unterstützt wird, da ein ärztliches Attest vorliegt. In dem Schreiben der

73 Die 33. Tagung des ZK der SED, die vom 16. bis 19.10.1957 stattfand, beschloß u. a. die Förderung der von diesen Bauern eher akzeptierten LPG Typ I.

74 Rosemarie Sachse u. a. (Hg.), *Früchte*, S. 129.

75 Vgl. Beschluß des Ministerrates der DDR zu den Maßnahmen und Empfehlungen der 4. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG, GBl. I, 1956, Nr. 11, S. 97ff.

76 Berechnung nach einem Schreiben der Abteilung Landwirtschaft beim ZK der SED an Karl Schirdewan vom 7.9.1956, SAPMO-BArch IV 2/7/364.

77 Angaben nach dem Statistischen Monatsbericht des Bezirkes Cottbus, 1960, Seite 37 und der Analyse zur Jahresendabrechnung der LPG vom 15.1.1957, S. 12, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

78 Trotz des geringen Flächenumfangs an ÖLB waren in der ausgeprägt klein- und mittelbäuerlichen Region sehr viele Bauern in diesen Konflikt involviert, was die Bedeutung der Auseinandersetzungen für beide Seiten erklärt.

79 Dagegen verweisen Bauerkämpfer u. a. auf die deutlich schlechtere Situation der Neubauern im DDR-Maßstab. Vgl. Beiträge in: *Bauerkämpfer* (Hg.), „Junkerland“.

Gemeindevertretung heißt es: „Die Flächen von 2,6 ha sollen vorübergehend in ÖLB übernommen werden. Der Mann ist seit 9 Jahren Rentner, und zu 80% in TBC-Heilstätten. Sie selbst z. Z. nur für leichte Arbeiten geeignet. Die Eheleute möchten das Land später wieder selbst bewirtschaften.“<sup>80</sup> Dem Antrag wird erst im Oktober (!) stattgegeben, mit dem Hinweis „[...] nur, bis die Eheleute wieder gesund sind“. Jedem war klar, daß das Ehepaar Müller nie wieder in der Lage sein würde, das Land zu bearbeiten. Aber alle, das Ehepaar selbst, der Arzt, die Gemeindevertreter, bis hin zu den Entscheidungsträgern beim Rat des Kreises, beteiligten sich an diesem Spielchen.

Vor allem Neubauern versuchten ihre Probleme auf diese Weise zu lösen. Zunächst fanden sich auch andere Bauern und auch teilweise LPG, die das aufgegebenes Land auf Pachtbasis weiterbewirtschafteten, da mit der Übernahme dieser Flächen eine Reduzierung der Pflichtablieferung verbunden war. Je nach dem Zustand des aufgegebenen Landes konnten mehrjährige Sollbefreiungen bis zu 100 Prozent für pflanzliche und tierische Produkte in Anspruch genommen werden. Vorausgesetzt, man verfügte über ausreichende Arbeitskräfte, war es also lukrativ, solche Flächen zu bewirtschaften. Dazu kamen staatliche Zuschüsse in Höhe von etwa 100,-DM pro Hektar. Diese mußten entsprechend der Vorgaben des Rates des Kreises anteilmäßig für Produktionsmittel (maximal 25 Prozent) und bodenverbessernde Maßnahmen, Schädlingsbekämpfung sowie MTS-Arbeiten eingesetzt werden, was eine bevorzugte Belieferung mit diesen knappen Mitteln zur Folge hatte.<sup>81</sup> Ein Teil der überlieferten „Anträge auf Übernahme landwirtschaftlicher Flächen in ÖLB“ (so die korrekte Bezeichnung) vermittelt dann auch den Eindruck, daß potentielle Interessenten im Gemeinderat bei der Abfassung mitwirkten: „Der Betrieb (7 ha LN, 5 ha Wald und 3 ha sonst.) ist seit Jahren sehr schlecht und seit 3 Jahren gar nicht bearbeitet. Es sind einige Jahre notwendig, um bei ordentlicher Bearbeitung die Flächen wieder ertragsfähig zu machen.“<sup>82</sup> Auf diese Weise festigten bäuerliche Eliten häufig ihre Stellung innerhalb des Dorfes und gegenüber der Staatsmacht.

Eine zweite Gruppe, wirtschaftsschwache Altbauern, zumeist Kleinbauern, darunter viele alleinstehende Bäuerinnen, sträubte sich zumeist gegen eine Hofabgabe. Sozialer Druck innerhalb der Dorfgemeinschaft und ein tief verwurzeltes Eigentümerbewußtsein ließen sie teilweise bis zum offensichtlichen Ruin an der Wirtschaft festhalten. Sie konnten davon ausgehen, daß die staatlichen Stellen die Zwangsverpachtung nur selten anordneten, da sich für tatsächlich vernachlässigte Flächen kein Interessent finden ließ. Das Verfahren zog sich mitunter über mehrere Jahre hin. Für das Untersuchungsgebiet ist nur ein Fall belegt. Eine Sieben-Hektar-Wirtschaft wird auf Antrag der Gemeinde zwangsverpachtet und gleichzeitig in ÖLB überführt, da „Frau K. seit Jahren nicht mehr in der Lage ist, ihren Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachzukommen.“<sup>83</sup>

Der drohenden Zwangsverpachtung entzogen sich nur Jüngere und das auch sehr selten durch „Republikflucht“. Ein Beispiel dafür ist Waltraud Derno. An ihrer Vier-Hektar-Wirtschaft zeigte niemand Interesse, denn „eine Aussprache mit werktätigen Bauern, die

80 Antrag des RdG an den RdK, Abt. Landwirtschaft, vom 26.7.1957, KA Forst, RdK/Fachorgan Land- und Nahrungsgüterwirtschaft (im folgenden zitiert als FO LuN) 5653.

81 Eine Vielzahl von Beispielen sind in der Akte „ÖLB“ belegt. Sie enthält Festlegungen und den Schriftwechsel zwischen dem RdK, Abt. LW/ÖLB und den Räten der Gemeinden sowie mit den Bauern des Kreises von 1956 bis 1963, KA Forst, RdK/Fo LuN, 5653.

82 Schreiben des RdG an die Abt. Bodenrecht des RdK vom 11.12. 1959, KA Forst, RdK/FO LuN, 5653.

83 Schreiben des RdK, Abt. LW an den RdG vom 3.11. 1960, KA Forst, RdK/ FO LuN, 5653.

in der Nähe ihre Wirtschaften haben, hat ergeben, daß eine Übernahme einzelner Flächen abgelehnt wird mit der Begründung, daß seit 1945 keine richtige Bodenbearbeitung und Düngung durchgeführt wurde“, wie der Bericht des Rates der Gemeinde vermerkt.<sup>84</sup> Auf Grund der ausbleibenden Erträge war der Kreis immer wieder der Kritik übergeordneter Dienststellen ausgesetzt, was wiederum den Druck auf betroffene Bauern verstärkte. Jetzt erst wirkten sich die demographischen Verschiebungen der Nachkriegsjahre deutlich aus. Zum Teil zogen sich solche Auseinandersetzungen um die Bewirtschaftung des Bodens zwischen Eigentümern und staatlichen Stellen über Jahre hin. So wurde ein Eigentümer, der längst in Berlin wohnte und einen Teil des Landes veräußert hatte, immer wieder aufgefordert, sich „um die völlig verqueckte Brache zu kümmern“ und „einen Pächter oder Käufer zu finden.“ Natürlich hatten diese Aufforderungen keinen Erfolg. Die Wirtschaft wurde 1959 völlig aufgelöst und die Flächen der inzwischen gegründeten LPG übertragen.<sup>85</sup>

Die Anträge auf Landabgabe wegen Krankheit nahmen so zu, daß sich das zuständige Referat der Abteilung Landwirtschaft gezwungen sah, die Genehmigungspraxis zu verändern und Gutachten vom Kreisarzt über die vorliegenden Gesundheitsatteste anzufordern. Wie schwierig solche Entscheidungen mitunter waren, belegt die Akte des Ehepaares M., er Jahrgang 1889, sie 1897. In der Bescheinigung des Kreisarztes heißt es: „Herr M. legte ein fachärztliches Gutachten [...] vor, nach welchem er ein Emphysem, eine muskuläre Herzinsuffizienz mit Herzerweiterung habe, die Lunge jedoch sonst frei wäre. Der Genannte ist mittelkräftig und kann landwirtschaftliche Arbeiten verrichten. Er erscheint jedoch nicht in der Lage, ohne jede Hilfe den z. Zt. von ihm verwalteten Betrieb in einem Umfang von 20 Morgen allein zu bearbeiten. Eine Verringerung dieses Betriebes um mindestens die Hälfte erscheint erforderlich.“<sup>86</sup> Wie gut sich die Ärzte in der Landarbeit auskannten!

Auch die Gemeinden sperrten sich zunehmend gegen die Übernahme aufgegebener und devastierter Höfe, da sie für die Bewirtschaftung und das Ablieferungssoll des in den Bodenfonds zurückfallenden Landes verantwortlich waren, aber nicht über die notwendigen Arbeitskräfte verfügten. Landarbeiter gab es nicht in ausreichendem Maße. Junge Leute wurden entweder in den Familienbetrieben gebraucht oder verließen das Dorf. Beweggründe dafür waren die Aussicht auf besseren Verdienst, leichtere Arbeit und eine Berufsausbildung, die auf den elterlichen Höfen oft verweigert wurde, weil die ständige Präsenz der Arbeitskraft wichtiger war. Ein Interviewpartner beschreibt die weitverbreitete Haltung der Jugendlichen: *„Immer nur schnell, schnell. Früh um viere bin ich los. Erst zur Lehre, später hab' ich dann gearbeitet in P. Und dann nach Schluß gleich zurück. Vatter stand schon da und wartete. Und wehe, du kam'st mal 'nen bißchen später. Da war nicht mal Zeit zum Essen – manchmal. Gleich off's Feld oder was eben so war. Und wenn andere weggegangen sind, Wochenende und so, nischt war. Immer nur die Wirtschaft. Da hab ich ma och weggemacht.“*<sup>87</sup> In vielen Fällen gehörte der Weggang der Kinder aber zu einer

---

84 Schreiben RdG an RdK, Abt. LW vom 7.11.1957, KA Forst, RdK/FO LuN, 5653.

85 Schriftwechsel zwischen der Abt. LW/ÖLB beim RdK und dem RdG 1956 bis 1959, KA Forst, RdK/FO LuN, 5653.

86 Kreisärztliche Bescheinigung vom 13.7.1957, KA Forst, RdK/FO LuN 5653 B.

87 Herr Balzke ist Jahrgang 1944 und der jüngste von drei Geschwistern auf einem Altbauernhof. Da er als Stiefsohn nicht als Hoferbe in Frage kommt, nimmt er mit 14 Jahren eine Lehre als Schlosser in einem Nachbardorf auf. Nach Abschluß der Ausbildung verläßt er ebenso wie vor ihm sein älterer Stiefbruder (der eigentliche Hoferbe) und seine Schwester die elterliche Wirtschaft, um gegen den Willen der Eltern in seinem Beruf zu arbeiten.

kollektiv-familiären Strategie. Eltern drängten darauf, weil sie sich davon den sozialen Aufstieg ihrer Kinder versprachen, wie Lene Kenschak über ihre neun Kinder berichtet: „Das sind gerade die Jungen, die weggemacht sind. Unsere ja och bald alle. Haben wa se och geraten, damals. Nu, und die komm' och nich wieder zurück. Wie Ursel in de Schule ging, [Anfang der fünfziger Jahre] da war'n über 400 Einwohner hier und jetzt sind wohl noch über 100. Die Jungen sind alle fort.“<sup>88</sup> Die in den Interviews zum Ausdruck kommende Ambivalenz von Bauernstolz und Verachtung der Industriearbeit einerseits und Suche nach sozialem Aufstieg außerhalb des bäuerlichen Milieus andererseits zieht sich als Konfliktlinie durch alle Dörfer und führt mitunter (besonders ausgeprägt in der Aufbau-generation, weniger in der Gründer- und Enkelgeneration) zu gravierenden Brüchen in den Lebens- und Berufsbiographien.

In dieser Situation berührten sich die Interessen der wirtschaftsschwachen Bauern und die Intentionen der SED zur „sozialistischen Umgestaltung der Landwirtschaft“ auch in den Dörfern der Untersuchungsregion. Die Kreisleitung intensivierte ihre Bemühungen zur Genossenschaftsgründung. Damit bot sich diesen Bauern in zwei ehemaligen Gutsdörfern ein Ausweg mit einer weiteren Perspektive in der Landwirtschaft. Im Oktober 1956 entstand die LPG Typ I „7. Oktober“ mit acht Mitgliedern und 29 Hektar LN. Im Nachbardorf wurde im Juni 1957 „zu Ehren der Wahlen“, wie es in der „Lausitzer Rundschau“ vom 20.7.1957 hieß, die LPG Typ I „Neues Leben“ mit sechs Mitgliedern und 21 Hektar LN gebildet.<sup>89</sup>

Was waren das für Genossenschaften? Beide können als Beispiel für die verbreiteten Muster genossenschaftlicher Zusammenschlüsse gelten. Die im Oktober 1956 gegründete LPG entstand aus einem umgewandelten ÖLB und dessen Landarbeitern. Nur wenige Bauern des Dorfes schlossen sich in den Folgejahren der Genossenschaft an. Bei diesen spielten zumeist schon wirtschaftliche Erwägungen eine Rolle, die übrigens auch die Haltung der Bauern in der bereits seit 1953 existierenden LPG Typ I dominierte, wie die „Lausitzer Rundschau“ im Herbst 1958 kritisch anmerkt: „Seit Jahren hat sich diese LPG aber nicht vergrößert, was auch nicht allzusehr verwundert, denn die Genossenschaftsbauern arbeiten noch nach einzelbäuerlichen Methoden.“<sup>90</sup> Das für LPG-Mitglieder reduzierte Ablieferungssoll gestattete ihnen zusätzliche Erlöse aus „freien Spitzen“ in der Viehwirtschaft, ebenso die Veranlagung<sup>91</sup> in der pflanzlichen Produktion. Mit der gemeinschaftlichen Feldbearbeitung konnten nicht nur die Leistungen der MTS und VdgB (BHG) zu günstigen Tarifen genutzt werden, auch die Lieferung kontingentierter Dünge- und Pflanzenschutzmittel sowie von hochwertigem Saat- und Pflanzgut, von Technik und Baumaterial erfolgte bevorzugt. Über diese kollektiven Vergünstigungen für LPG hinaus konnten Steuerermässi-

88 Frau Kenschak erinnert den Einwohnerrückgang des Dorfes stark übertrieben. Dennoch kommen aus dieser Generation die ersten größeren Gruppen, die nicht nur täglich in die umliegenden Industriestandorte auspendelten oder den großen Migrationsbewegungen in die im Aufbau befindlichen Zentren der Schwerindustrie folgten, sondern die sich endgültig für eine Übersiedlung in die Bundesrepublik entschieden. Hierbei kam es zur Abwanderung ganzer Freundesgruppen. Der eventuell notwendig werdende Eintritt in eine Genossenschaft, der von den meisten Bauern mit einer Enteignung gleichgesetzt wurde, spielte bei diesen Entscheidungen aber noch eine untergeordnete Rolle.

89 Damit existierten insgesamt acht LPG im Kreis Forst, die 10 % der LN bewirtschafteten. Berechnungen nach dem Statistischen Jahrbuch des Bezirkes Cottbus 1956, S. 75ff.

90 „Ich will die LPG stärken“, LR vom 31.7.1958, S. 5.

91 Unter „Veranlagung“ ist die Festsetzung der Höhe der staatlich festgelegten Pflichtablieferung an pflanzlichen und tierischen Produkten zu verstehen.

gungen, zinsgünstige Kredite, der Erlaß noch nicht gezahlter Kaufpreistraten für das Bodenreformland, Befreiung von den Ablieferungsverpflichtungen bei den persönlichen Hauswirtschaften und eine bevorzugte Ausbildung der Kinder an Schulen und Universitäten in Anspruch genommen werden.

Die Bildung der zweiten LPG im Juni 1957 ist weit typischer für die Entstehung von Genossenschaften zu dieser Zeit und symptomatisch für die im Bezirk Cottbus 1957 angelegte Kampagne, mit der die Beschlüsse der SED-Führung zur Entwicklung der Landwirtschaft umgesetzt werden sollten. Bereits im Frühjahr 1957 erarbeitete die Bezirksleitung Cottbus der SED aufgrund des sehr geringen Anteils des genossenschaftlichen Sektors in der Region einen Plan, auf dessen Basis Funktionäre der Partei und des Staatsapparates begannen, die Bildung von LPG zu forcieren. Die rüden Methoden, mit denen dabei vorgegangen wurde, lösten Proteste aus. Bauern beschwerten sich bei den jeweils übergeordneten Leitungen, sogar die Regionalpresse ging darauf ein. Die SED-Spitze sah sich gezwungen, zu reagieren. Auf der 2. Tagung des ZK der SED im September 1958 wurden die im Bezirk angewandten Methoden nachdrücklich kritisiert.<sup>92</sup> Die von der Partei angestrebte beschleunigte Kollektivierung wurde mit diesem Vorgehen in keinem Kreis des Bezirkes Cottbus erreicht. Im Kreis Forst „überzeugten“ Mitarbeiter vom Rat des Kreises und der Kreisleitung der SED während dieser Kampagne zwei Nebenerwerbslandwirte mit ihren Ehepartnern. Einer davon, der potentielle LPG-Vorsitzende, war Parteimitglied und arbeitete bei der MTS. Er erhielt den Parteauftrag, zwei weitere Neubauern für die genossenschaftliche Arbeit zu gewinnen. Am 24. Juni 1957 erfolgte die LPG-Gründung. Unter Anleitung der Instruktoren erarbeiteten die Genossenschaftsmitglieder Satzung und Statut und wählten den Vorsitzenden. Auf dem Erntefest am 29. September überreichte ein Vertreter des Rates des Kreises die überprüften Statuten. Nach ähnlichem Schema liefen die meisten LPG-Gründungen in den Jahren bis zum Frühjahr 1960 ab. Auch wenn sich Bauern nicht durch politischen Druck, sondern aus individuellen wirtschaftlichen Zwängen zur LPG-Bildung bzw. zum Beitritt entschlossen, erfolgte dies stets mittels direkter Einflußnahme von Funktionären.

Neben den Landarbeitern und wirtschaftsschwachen Neu- und Altbauern bildeten die im Rahmen der im Oktober 1956 initiierten Aktion „Industriearbeiter aufs Land“ gewonnenen Arbeitskräfte eine weitere Gruppe der frühen LPG-Mitglieder. Die Vorstellungen der Parteiführung, mittels zusätzlicher Agronomen, Zootechniker und qualifizierter Industriearbeiter<sup>93</sup> nicht nur die Produktionsentwicklung zu beschleunigen, sondern auch ihren politischen Einfluß in den Dörfern zu erhöhen und überkommene Traditionsmilieus aufzubrechen, scheiterten häufig an mangelnder Bereitschaft oder fehlenden Kenntnissen der Delegierten.<sup>94</sup> Andererseits konnte die SED über den Einsatz neuer Bürgermeister oder MTS-Leiter auf diesem Weg auch in den Dörfern, in denen bisher keine Parteigruppe und keine LPG existierten, Fuß fassen. Im Kreis Forst, der als Industriekreis gleichzeitig für den weitaus stärker landwirtschaftlich geprägten Kreis Luckau Industriearbeiter anzuwerben hatte, wurden 77 dieser „Kader“ eingesetzt. Allein im Laufe des Jahres 1957 verließen 25 von ihnen wieder die Dörfer. Offiziell hieß es, sie seien mit dem geringeren Verdienst und

92 Neues Deutschland, Sonderbeilage vom 20.9.1958, S. 29.

93 Vgl. Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR über die Delegation von Agronomen, Zootechnikern und qualifizierten Industriearbeitern in die LPG vom 4.10.1956, Vorlage der Abt. LW/Ref. Planung für den Vorsitzenden des Rates des Kreises Forst vom 14.3.1957, KA-Forst, RdK/LW, 3761.

94 Protokoll der Sitzung der Kreiskommission „Industriearbeiter aufs Land“ vom 24.6.1958, S. 1, ebd.

den schlechteren Wohnverhältnissen nicht einverstanden gewesen.<sup>95</sup> Darüber hinaus werden die Ablehnung, die ihnen von seiten der Bauern entgegenschlug, und die schwierigen Arbeitsverhältnisse zu diesem Entschluß beigetragen haben.

Die Gemeinderäte reagierten zumeist umgehend auf diesen Versuch der SED, ihren Einfluß im Dorf mittels der Implantation einer neuen sozialen Schicht zu vergrößern. Sie entwickelten eine Strategie, diese Aktion der Partei für ihre eigenen Bedürfnisse auszunutzen. Als „Industriearbeiter“ wurden z. B. Nachtwachen für ein Kinderheim und die dringend benötigte Krankenschwester angeworben. Viele „Industriearbeiter“ kamen bereits aus einem landwirtschaftlichen Umfeld, sogar aus den Dörfern selbst, arbeiteten jedoch in den umliegenden Kohlegruben und Tuchwerken, der Wismut AG, bei der DVP und der Grenzpolizei. Besonders umworben wurden Handwerker: Maurer, Zimmerleute und Tischler. Sie übernahmen verlassene Wirtschaften für die LPG und erhielten die Möglichkeit, eine individuelle Hauswirtschaft einzurichten. Die Spannweite ihrer Biographien reicht vom „Kollegen Willi K., geboren 1920, verheiratet, vier Kinder, der von 1947 bis 1956 als Bergmann im BKW ‚Conrad‘ tätig war. Seine gezeigten Leistungen waren dort vorbildlich. Anlässlich der Volkswahlen verpflichtete er sich, der LPG ‚Neues Leben‘ beizutreten, und in seiner Tätigkeit als LPG-Bauer ist er vorbildlich“, bis zu „Gerhard T., Jg. 1928, Tischler, 1945–50 Melker bei westdeutschen Großbauern, 1951–54 Fremdenlegion (illegal abgesondert), 2 Jahre Zuchthaus nach Artikel 6 der DDR-Verfassung, Häuer im Steinkohlenrevier Oelsnitz, jetzt im Rinderstall der LPG“.<sup>96</sup>

Die Verpflichtung, aufs Land zu gehen, galt für mindestens zwei Jahre. Dafür konnte ihnen eine einmalige Unterstützung, die sie bei vorzeitigem Ausscheiden zurückzahlen mußten, gewährt werden. Und diese „einmaligen Entschädigungen“ in beträchtlicher Höhe (bis zu 1 200,-DM) bildeten ebenso wie die befristete Zahlung eines Lohnausgleichs den Anreiz für viele, dem Aufruf der SED zu folgen. Aber auch hierauf hatten die ortsansässigen Bauern indirekt Einflußmöglichkeiten, denn das Geld gab es nur auf Antrag. Dieser war über die jeweilige LPG an eine extra gebildete Kommission „Industriearbeiter aufs Land“ beim Kreis zu stellen. Da die Kommission im Frühjahr 1957 zu dem Schluß kam, daß „ein großer Teil seine Tätigkeit vorbildlich ausübt, wogegen ein anderer Personenkreis nur auf die einmalige Unterstützung ausgeht und späterhin seine Arbeit dort aufgibt“, erfolgte die Auszahlung nur noch nach Anhörung der LPG-Vorsitzenden und in Raten. Dabei spielten nicht nur Arbeitsleistung und Arbeitsdisziplin, wie immer wieder betont wurde, sondern auch das – im Sinne der Partei positive wie negative – Vorleben der Antragsteller eine entscheidende Rolle. Indirekt nutzten die Vertreter der Bauernschaft diese Chance, ihre in den hohen Ablieferungsverpflichtungen und der politischen Bevormundung begründeten Aversionen gegen die „Staatsmacht“ auszuleben: „Trotzdem er als Abschnittsbevollmächtigter bei der VP beschäftigt war, ist seine jetzige Tätigkeit als Traktorist nicht besonders. Der Kollege B. zeigt nicht immer eine gute Arbeitsweise und vergißt oft durch Trinkereien, seinen Arbeiten pflichtbewußt nachzukommen.“<sup>97</sup> Der Antrag für den neuen Bürgermeister wird dagegen befürwortet: „Vordem war er als Bergmann in der Grube ‚Conrad‘ tätig. Er wurde dort mehrmals ausgezeichnet. Zuletzt als Aktivist.“<sup>98</sup> Dieser Kandidat wird, obwohl

---

95 Analyse der Jahresabrechnung der LPG der Abt. Landwirtschaft des Rates des Kreises vom 15.1.1957, S. 1f., KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

96 Protokoll der Kommissionssitzung vom 21.10.1957, KA Forst, RdK/LW, 3761.

97 Protokoll der Kommissionssitzung vom 24.11.57, S.2, KA Forst, RdK/LW 3761.

98 Protokoll der Kommissionssitzung vom 9.5.1958, KA Forst, RdK/LW, 3761.

er die Parteiinteressen gegenüber den Bauern vertreten soll, auf die „andere Seite“ gezogen. Auch tradierte Geschlechterrollen wurden „bedient“: Höchstbeträge erhielten grundsätzlich nur Männer, auch wenn Frauen „zur vollsten Zufriedenheit“ und Männer nur „gut“ arbeiteten. Leistungsstarke LPG gingen mit ihren Anträgen viel kritischer um als schwache Genossenschaften, deren Anträge den Eindruck vermitteln, daß sie das staatliche Geld um jeden Preis „abfassen“ wollten: „Nachdem die Kommission den Antrag für Kollegen H. mehrmals zurückstellte, wurde seitens der LPG eine neue Beurteilung an uns eingereicht.“<sup>99</sup>

Auch soziale Gründe wie ein Brandschaden oder die erst kürzlich erfolgte Übersiedlung aus Polen wurden akzeptiert. In den meisten Fällen jedoch orientierte sich die Kommission an einem vorgeblich strengen Arbeitsethos: „Z. Zt. bestehen noch große Mängel in der Arbeitsdisziplin. Es kann daher nicht verantwortet werden, daß bei einer solchen Disziplinlosigkeit Staatsgelder verausgabt werden“, heißt es im Juli 1957 in einem ablehnenden Bescheid und in einem anderen, zustimmenden: „Seine Arbeiten sind vorbildlich. Nicht nur, dass er im Schweinestall seine Tätigkeit ausübt, hat er zusätzlich im Rinderstall Futterkrippen und dergleichen aus eigener Initiative gebaut.“<sup>100</sup> Vertreter der Genossenschaften, zumeist deren Vorsitzende, entschieden damit nicht nur über Gewährung und Höhe der Auszahlung, sondern in der kleinräumigen ländlichen Lebenswelt auch über Integration oder Ausgrenzung der Neuankömmlinge. Sie pickten sich die Rosinen aus dem „Industriearbeiter-aufs-Land“-Programm. Gut ausgebildete Vertreter dieser Gruppe mit einer in langjähriger Industriearbeit anerzogenen Arbeitsdisziplin trugen zur Professionalisierung der Landarbeit und zur wirtschaftlichen Festigung der LPG bei. Viele von ihnen etablierten sich in den Dörfern. Das waren vor allem jüngere Männer, die gemeinsam mit den Soldaten des 1956 neu eingerichteten Flugplatzes in die traditionellen Heiratskreise „einbrachen“. In den sechziger Jahren stiegen sie in den Kooperationsgemeinschaften<sup>101</sup> zu Funktionsträgern auf und trugen ein Element geographischer und sozialer Mobilität in die auf Konstanz ausgerichtete ländliche Gesellschaft hinein.

Die Masse der Bauern verweigerte sich weiterhin dem LPG-Beitritt. Der politischen und wirtschaftlichen Stagnation im Bereich der Landwirtschaft versuchte die Parteiführung seit dem Sommer 1958 mit einer Reihe neuer Gesetze und Verordnungen, die auf die Förderung der „Vergenossenschaftlichung“ gerichtet waren, zu begegnen. Konkrete Weisungen für ein modifiziertes Vorgehen erreichten die Kreisleitung am 24. Juni 1958, vermittelt über eine Arbeitstagung beim Bezirk: „Es ist besonders wichtig, daß die aufgestellten Brigaden, welche ihre Arbeit für die Erweiterung des sozialistischen Sektors bereits aufnehmen, zu gleicher Zeit sich auch aktiv um die bestehenden LPG kümmern müssen“.<sup>102</sup> Damit waren die in den Dörfern offiziell unter der Ägide der Nationalen Front agierenden „Aufklärungsbrigaden“ oft überfordert, da die gleichzeitige Agitation von LPG-Mitgliedern und Einzelbauern nicht in das verinnerlichte Freund-Feind-Schema paßte. Diese Brigaden

---

99 Ebd., S. 3.

100 Protokoll der Kommissionssitzung vom 22.7.57 und vom 24.11.57, S. 3, KA Forst, RdK/LW, 3761.

101 Der Zusammenschluß der LPG in Kooperationsgemeinschaften bzw. Kooperationsverbänden, in denen die LPG formal ihre Eigenständigkeit behielten, sollte der weiteren Einbindung der Genossenschaften in das zentrale Planungs- und Leitungssystem der DDR dienen. Bereits im Februar 1965 erklärte die SED auf der 8. Tagung ihres ZK „Kooperationsbeziehungen“ zum Hauptweg der künftigen Agrarentwicklung.

102 Information zur Arbeitstagung beim Rat des Bezirkes Cottbus, Protokoll vom 24.6.1958, S. 1, KA Forst, RdK/LW, 3761.

bestanden aus Parteikadern der SED und DBD, Vertretern der VdgB und FDJ sowie Industriebetrieben der Region. Ihnen oblag es, die politischen Auseinandersetzungen zur Gewinnung der „werktätigen Einzelbauern“ öffentlich zu führen. Die Aktionen waren mit den Ortsausschüssen der Nationalen Front, dem demokratischen Block, den örtlichen staatlichen Organen und den Patenbetrieben, also Ortsansässigen, zu koordinieren. Viele Mitarbeiter beim Rat des Kreises scheuten die Teilnahme an den Einsätzen, da sie deshalb selbst in ihrem sozialen Umfeld stigmatisiert wurden. Der Stellvertreter für Landwirtschaft des Ratsvorsitzenden zieht nach den ersten Monaten also eine negative Bilanz: „Diese unbedingt notwendige Maßnahme stieß von Anfang an auf Unverständnis und Widerstand bei einem großen Teil der Mitarbeiter des Rates des Kreises. Die Folge davon war, daß dieser im Rat gefaßte Beschluß anfangs nur ungenügend verwirklicht wurde. Durchgeführte Kontrollen ergaben, daß viele Kollegen, anstatt in ihren Gemeinden zu sein, am Schreibtisch arbeiteten.“<sup>103</sup> Erst im Spätsommer des Jahres 1958 läuft die Arbeit der Brigaden kontinuierlich an. Sie hielten sich für längere Zeit in den ihnen zugeteilten Dörfern auf und agitierten nicht nur für die LPG, sondern halfen den Einzelbauern auch bei den landwirtschaftlichen Arbeiten. In Bauernversammlungen boten sie Hilfe bei Problemen mit staatlichen Stellen und bei Versorgungsengpässen an; Schreiben der Bauern an Ämter und Behörden aus dieser Zeit sind offensichtlich von ihnen verfaßt.

Das auf diese Weise entstandene Vertrauensverhältnis sollte gezielt für die wirtschaftliche Festigung der LPG genutzt werden, „indem in erster Linie solche werktätigen Einzelbauern geworben werden, welche bisher ihre Verpflichtungen vorbildlich gegenüber unserem Arbeiter-und-Bauern-Staat erfüllten“.<sup>104</sup> In den Dörfern, in denen bereits eine LPG existierte, hatten die „Aufklärungsbrigaden“ auch teilweise Erfolg. Immer wieder vermeldet die Regionalpresse im Sommer und Herbst 1958 den Beitritt von einzelnen bekannten Bauern, wie Herrn G., der erklärt: „Ich bin nicht in die LPG eingetreten, weil mir das Wasser bis zum Halse stand, sondern weil meine Wirtschaft in Ordnung ist und ich die LPG stärken will.“<sup>105</sup> Diesem Schritt waren aber Dutzende von „Ausprachen“ vorausgegangen. Auch die Auseinandersetzungen im Dorf wurden ständig in der Presse thematisiert. Die „Lausitzer Rundschau“ schreibt in demselben Artikel: „Der Bauer Keitel berichtete uns, daß er von einem anderen Bauern durch den Ausspruch ‚Na was, du bist auch schon Anwärter‘ verärgert wurde. Es kann gemeint sein, wie es will, jedoch wird dadurch das Neue nicht gefördert, und wir erklären unmißverständlich, daß in Zukunft niemand ungeschoren bleibt, der durch solche schädliche Einflüsse den Aufbau des Sozialismus hemmt. Jeder soll wissen: Das Rad der Geschichte dreht sich vorwärts und wird von der Arbeiterklasse getrieben. Es ist nicht aufzuhalten, auch nicht durch Sprecher des Alten, längst Überholten.“<sup>106</sup>

Dadurch, daß der LPG-Eintritt oder dessen Verweigerung keine individuelle, auf das Dorf bezogene Entscheidung der Bauern blieb, sondern von der Kreisleitung der SED sofort in einen öffentlichen Raum gestellt und mit der „Weltlage“ verquickt wurde, verfestigte sich bei der eigentlichen Zielgruppe die Abwehrhaltung: „*Des machen wa' nich. Wir machen*

---

103 Bericht über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Forst in Auswertung der Beschlüsse des V. Parteitages und der IV. Bezirksdelegiertenkonferenz vom 11.8.1958, S. 2, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

104 „Ich will die LPG stärken“, LR vom 31.7.1958, 7. Jg., Nr. 229, S. 5.

105 Ebd.

106 Ebd.

*alleene weiter!*“, wie es Herr Mettke formuliert. Auch die indirekten Drohungen, wie in dem zitierten Artikel, trugen dazu bei, daß die Bauern versuchten, über eine demonstrativ auf ausgezeichnete Wirtschaftsführung und Sollablieferung gerichtete Haltung ihre Eigenständigkeit zu sichern, wie Friedhelm Gorisch: „*Ich hab immer so gedacht, als die ganzen Werbungen war'n: du mußt sehen, daß de immer besser bist wie die andern. Vielleicht kommst de doch drumrum, um nich in die LPG reinzukommn, daß se dir nicht so treten. Aber das war eben een verfehlted Denken. Ich kann aber och nicht sagn, daß se hier bei uns damals war'n*“. Gute Arbeit galt also nicht nur im Wertekanon der SED-Führung, sondern unter den sich rapide verändernden Bedingungen auch im Selbstverständnis der Bauern noch immer als Grundlage ihrer sozialen und wirtschaftlichen Stellung.<sup>107</sup>

Gravierende Mängel konnten auch von den Aufklärungsbrigaden im Dorf nicht abgeschafft werden. Die instabile wirtschaftliche Situation der LPG verbesserte sich nicht grundlegend und ihre ohnehin geringe Akzeptanz bei der Masse der Bauern sank weiter. Traugott Mettke überträgt diese weitverbreitete Haltung der Bauern im Interview bereits auf den Beginn der Kollektivierung: „*Wir hab'n schon damals gesagt, als des losging mit den Genossenschaften, da hab'n wa gesagt, dis Ding geht in Richtung Kolchose.*“ Er meint damit nicht nur die Herrschaftspraktiken der ungeliebten „Kommunisten“, sondern zugleich den Verlust an vertrauten Symbolen und Orientierungen und die dadurch ausgelöste Verunsicherung der Bauern unter der sowjetischen Besatzungsmacht, die zu einer Überfremdung des Alltäglichen geführt hatte – und dagegen mußte man sich auch fünfzehn Jahre später natürlich wehren!

Ebenso wie gute Altbauern stellten sich wirtschaftsstarke Neubauern gegen die LPG. Sie hatten eine besondere Motivation, an ihrer Einzelwirtschaft festzuhalten, wie es einer von ihnen beschreibt: „Nach der Zerschlagung des Faschismus kam ich mit meiner Familie hierher. Durch die Bodenreform erhielt ich sechs Hektar Land und vier Hektar Wald. Im Jahre 1947 erhielt ich einen Neusiedlerkredit, wodurch ich mir ein Wohnhaus mit Stallung und eine Scheune aufbauen konnte“. Interessant an dieser Schilderung ist sowohl, daß die „Lausitzer Rundschau“ diesem kollektivierungsunwilligen Bauern die Gelegenheit bot, seine Position darzulegen, als auch, wie der Bauer die Diktion der SED ganz bewußt für die Wahrung seiner einzelbäuerlichen Identität einsetzt: „Wenn auch der Anfang schwer war, so wußte ich doch, jetzt habe ich eigenes Land, auf dem ich zum Wohle meiner Familie und zum Wohle des ganzen Volkes schaffen kann. Nach 1945 habe ich mir jetzt fünf Rinder, drei Läufer und eine Zuchtsau, die uns zehn Ferkel brachte, angeschafft. Ich kann nur sagen, das, was ich heute bin, und alles, was ich bis heute erworben habe, verdanke ich unserer Arbeiter-und-Bauern-Regierung. Dies möchte ich der Arbeiterklasse danken, indem ich immer Pünktlich [!] als Bauer mein Abgabesoll erfülle.“<sup>108</sup>

Auch Nebenerwerbsbauern mit leistungsfähigen Wirtschaften waren den Argumenten der Brigademitglieder nicht zugänglich. Sie waren im dörflichen Milieu verwurzelt, aber selten bereit, durch einen LPG-Beitritt ihren besser bezahlten Arbeitsplatz in der Industrie zu verlieren. Letzteres Argument wurde von der Partei heftig dementiert. In der Praxis gab es jedoch genügend Beispiele, daß man ländliche Industriearbeiter zur Aufgabe des Berufes zu

107 Siehe auch Martin Kohli, Die DDR als Arbeitsgesellschaft? Arbeit, Lebenslauf und soziale Differenzierung, in: Hartmut Kaelble/ u. a. (Hg.), Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S. 31–61, hier S. 38.

108 „Für uns gab es nur eine Gesindeordnung“, LR vom 29.08.1955, S. 4. Der Neubauer war 1945 aus Schlesien vertrieben worden. Er hatte dort 28 Jahre als Schweizer auf einem Gut gearbeitet.

zwingen versuchte, weil in den LPG Arbeitskräfte fehlten. Auch an einem Beitritt der Vollerwerbsbauern hatten die Nebenerwerbsbauern kein Interesse, da sie auf deren Maschinenhilfe bei der Bearbeitung ihrer eigenen Kleinflächen angewiesen waren. Andererseits stellten sie in Arbeitsspitzen den Vollerwerbsbauern ihre Handarbeitskraft und die ihrer Familienangehörigen zur Verfügung. Nur die Fortführung dieser informellen Arbeitsgemeinschaften ermöglichte es beiden Gruppen, sich weiterhin dem Druck zum LPG-Beitritt zu entziehen.

Wirtschaftliche, sozial-hierarchische und politische Motive mischten sich bei den Bauern in ihrer Verweigerungshaltung gegenüber der LPG zumeist in Abhängigkeit von den sich wandelnden Ansprüchen, welche die Agrarpolitik der SED an sie stellte. Die bestehenden Genossenschaften benötigten umfangreiche Unterstützungen, viele ihrer Mitglieder lebten am Rande des Existenzminimums. Das verstärkte die Abneigung der Einzelbauern gegen die LPG und trug zur Spaltung der Dorfgemeinschaften bei.

### c) „Man kann nicht immer gegen den Strom schwimmen“ – LPG-Beitritt aller Bauern (1959 bis Frühjahr 1960)

Die Masse der Bauern hatte der LPG-Werbung standgehalten, aber „'59 wurde's dann massiv, der Druck und Anfang 1960 kam's denn ganz harte“, erinnert sich Herr Mettke. Anzeichen für den von der SED angestrebten schnelleren Abschluß der Kollektivierung, der aber noch immer auf Anfang der sechziger Jahre terminiert war, boten bereits der Beschluß der 6. Konferenz der Vorsitzenden und Aktivisten der LPG über die neuen Musterstatuten im Februar, der Beschluß zur leihweisen Übergabe der MTS-Technik an fortgeschrittene LPG des Typ III im April und das LPG-Gesetz im Juni 1959.<sup>109</sup> Mit diesen Regelungen wurde das in der Parteipropaganda noch immer beibehaltene Prinzip der Freiwilligkeit des Beitritts zu einer Genossenschaft und der Eigenständigkeit der LPG systematisch ausgehöhlt. Besonders deutlich zeigte sich diese Entwicklung in dem veränderten Umgang mit den Musterstatuten. 1952 durften die Genossenschaftsbauern ihr Statut auf der Grundlage eben dieser Musterstatuten noch selbständig verfassen. Abweichende Formulierungen mußten nur im Gründungsprotokoll vermerkt werden.<sup>110</sup> Nunmehr wurden die neuen Musterstatuten im LPG-Gesetz für verbindlich erklärt.<sup>111</sup> Von den Einzelbauern wurden diese Veränderungen jedoch kaum wahrgenommen und nicht als Ankündigung einer erneuten Initiative der „Vergenossenschaftlichung“ gedeutet. Friedhelm Gorisch berichtet zum Beispiel, daß er zu diesem Zeitpunkt noch eine teure Dreschmaschine „organisiert“ und kauft – wenige Monate später wird er LPG-Mitglied sein.

Der Druck zum LPG-Beitritt wurde für die Bauern auf einer anderen Ebene spürbarer: Erstens in der deutlichen personellen Aufstockung der „Aufklärungsbrigaden“, zweitens in den zunehmenden Pressekampagnen gegen beitragsunwillige Bauern und drittens in den

---

109 Die Maßnahmen sollten der „Festigung der innergenossenschaftlichen Demokratie und des Verhältnisses der Mitglieder zu ihrer LPG sowie der Stärkung der genossenschaftlichen Wirtschaft“ dienen, womit die SED selbst die drei Problembereiche ihrer Agrarpolitik benannte. Die entsprechenden Gesetze wurden am 9. April 1959 vom Präsidium des Ministerrates beschlossen. Vgl. GBl. I, 1959, Nr. 26, S. 333f. und Nr. 27, S. 362ff., GBl. I, Nr. 36, S. 577ff.

110 Vgl. GBl. I, Nr. 108 vom 14.8.1952, S. 713ff.

111 Vgl. GBl. I, Nr. 26 vom 30.4.1959, S. 333ff.

sich häufenden persönlichen Bedrohungen, Zwangsentzignungen und Verhaftungen. Ersteres ging auf den Beschluß der 6. LPG-Konferenz zurück, demzufolge die Räte der Bezirke und Kreise bis zum Jahr 1963 in der gesamten DDR rund 1 600 Kader aus den Genossenschaften, 10 000 FDJler und 10 000 weitere Industriearbeiter einzusetzen hatten, um „wirtschaftsschwache LPG zu festigen“. Allein 600 dieser „Aufklärer“ waren im Bezirk Cottbus rund um die Uhr im Einsatz.<sup>112</sup> Im Kreis Forst hatten die Ende 1958 für ihren mangelhaften Einsatz kritisierten Brigaden endlich die Arbeit aufgenommen. Wie sie von den arrivierten Altbauern wahrgenommen wurden, beschreibt Herr Gorisch: *„Ja, die sind von eenem zum andern geloofen, die warn den ganzen Tag in P. und in R. Ick sag ja, een Abend war'n se mal hier. Die Betriebe haben se doch geschickt, einfache Leute. Da war eener vielleicht dabei, der se angeführt hat, ich hab' se nich gekannt. Da waren Leute dabei, aus'm Glaswerk [Patenbetrieb des Dorfes], die da aus russischer Gefangenschaft kamen. Na, die sind aus Angst mitgelofen, damit se nich wieder abgeschoben werden nach Rußland.“*

Die Brigaden stießen vor allem in den Altbauerndörfern nicht nur auf individuelle Ablehnung der Einzelbauern, sondern auch auf kollektive Strategien der Resistenz. Gemeindevertretungen verweigerten der „sozialistischen Umgestaltung“ geschlossen die Unterstützung. In dem schon zitierten Bericht zur sozialistischen Umgestaltung im Kreis wird festgestellt: *„Dort weigerten sich die Gemeindevertreter, die auf der Grundlage der [geplanten] sozialistischen Entwicklung ihrer Gemeinden erarbeiteten Kennziffern in den Volkswirtschaftsplan aufzunehmen. Sie vertreten dabei die Meinung, heute haben wir noch keine LPG, und ob wir Ende 1959 eine haben, ist noch sehr fraglich.“*<sup>113</sup> Weiter heißt es: *„In diesen Gemeinden wird es besonders notwendig sein, den Einzelbauern die sozialistische Perspektive eingehend zu erläutern.“* Was man unter „eingehenden Erläuterungen“ zu verstehen hatte, wird deutlich ausgesprochen: *„Bei allen Diskussionen mit werktätigen Einzelbauern ist diesen klar zu sagen, daß der Bauer, der ohne Sozialismus weiter arbeiten will, auch keine Unterstützung durch die MTS, den sozialistischen Betrieb der Landwirtschaft, erwarten kann.“* Die Bauern sahen sich wieder Vertretern aus dem nichtbäuerlichen Milieu gegenüber, die über keine ausreichenden Kenntnisse der dörflichen Lebens- und Arbeitsweise verfügten. Aufgrund dieser Unkenntnis kam es häufig zu „überspitzten“ Aktionen. In deren Folge glitt den „Aufklärern“ oft das Heft aus der Hand: Die Bauern beugten sich zwar dem Druck und traten einer LPG bei, aber welcher, das bestimmten sie selbst.

Zunächst blieben die leistungsfähigsten Wirtschaften, laut Traugott Mettke, von den Attacken verschont: *„Denn haben'se die Leute angeprangert, die denn nich ja gesagt haben, oder wo se eben gedacht haben: ,na mit denen können wir's machen'. Mit allen konnten se's ja nicht“,* da der Kreis auf die Erträge derjenigen Bauern, die stets über dem Durchschnitt aller Betriebe lagen, angewiesen war. Ähnlich gelagert sind die Erinnerungen von Friedhelm Gorisch: *„Jo, uns hat man in Ruhe gelassen. Aber, naja uns hat man in dem Sinne gekniet, weil man keen Kunstdünger gekrieht hat, es gab keene Futtermittel. Wir wollt'n ebend produzieren. Das haben wir ja nicht gekricht.“*

112 Vgl. Christel Nehrig, in: Industriearbeiter im dörflichen Milieu. Eine Studie zur Sozialgeschichte der Niederlausitzer Nebenerwerbsbauern von 1945–1965, in: Peter Hübner (Hg.), Niederlausitzer Industriearbeiter 1935 bis 1970. Studien zur Sozialgeschichte (Zeithistorische Studien, Bd. 7), Berlin 1995, S. 167–191, hier S.190.

113 Bericht des Stellvertreters des Vorsitzenden des RdK über die sozialistische Umgestaltung der Landwirtschaft im Kreis Forst vom 11.8.1958, S.2, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

Anders verhielt es sich bei den Bauern, die auch über leistungsfähige Wirtschaften verfügten, aber nicht zu den dörflichen Eliten zählten, insbesondere Neubauern. Hier glich das Vorgehen der Agitatoren in allen Dörfern dem folgenden Beispiel: Da die „Überzeugungsarbeit“ nicht den gewünschten Erfolg gebracht hatte, unterbreiteten der (von der SED delegierte) neue Bürgermeister und der verantwortliche Mitarbeiter des Patenbetriebes, eines Glaswerks, den Vorschlag, für einen genau abgegrenzten Arbeitsbereich Brigaden zu bilden. Auf diese Weise entstanden neun feste Brigaden mit jeweils einem Gemeindevertreter und drei Mitgliedern des Patenbetriebes, die ständig mit den drei gleichen einzelbäuerlichen Betrieben über „Gegenwartsprobleme und Probleme der sozialistischen Umgestaltung“ diskutierten, also zwölf Agitatoren pro Einzelbauer! Ziel dieser Methode war, wie keineswegs zynisch gemeint angemerkt wurde, „die Schaffung eines besseren Vertrauensverhältnisses zwischen der Brigade und den jeweiligen landwirtschaftlichen Betrieben“.<sup>114</sup> Das in der Presse publizierte Vorgehen wurde von den Bauern auch der anderen Dörfer als Drohung verstanden. In Einzelfällen gaben Bauern dem Druck nach und unterschrieben die Eintrittserklärung. Wie weit dabei offizielle Propaganda und Realität auseinanderklafften, belegt das Beispiel der Familie Konschak. Über Herrn Konschak berichtet die „Lausitzer Rundschau“ am 30.9.1959: „Einzelbauer Konschak aus P. war an diesem Sonntag Gast der Genossenschaftsbauern. Er war noch keine Stunde wieder zu Hause, da hatte er sich endgültig für den Aufbau des Sozialismus auf dem Lande entschieden, zu Ehren des Geburtstages unserer Republik. Er und seine Frau stellten den Antrag auf Aufnahme in die LPG. Die Genossenschaftsbauern nahmen diese Entscheidung mit Beifall zur Kenntnis“.<sup>115</sup> Ganz anders stellt sich der Beitritt in der persönlichen Erinnerung von Frau Konschak dar: *„Die haben uns doch regelrecht reingetrieben in die LPG. Weil se gesogt hab'n, die müssen alle in die LPG, des gibt's so einzeln nich mehr. Und [...] weil se uns wer weeiß was versprochen hab'n, da hab'n wir ja och wirklich gedacht, das geht alles berguff. Da kam'n die Einschreiber, die sind zu jedem gegangen. Ach, ganz paar, und der Bürgermeister ging och noch immer mit. Und da wurde geredt. Und denn wurden se ins Büro hinbestellt hier im Kulturraum bei der Gemeinde. Und da muß't'n se denn alle unterschreib'n. Da wurde unterschrieb'n. Mensch, sogt er, [der Ehemann] globst de, da zieh'n se de Türklinke ab. Ich mußte erscht unterschreiben.“*

Die von Frau Konschak erwähnten „Versprechungen“ wurden von beiden Seiten zum Untermauern des eigenen Standpunktes eingesetzt. Die Agitatoren glaubten, damit die Bauern zu gewinnen, diese wiederum, ihre Ablehnung begründen zu können. In Bauernversammlungen und Einzelgesprächen gaben die von ihr als „Einschreiber“ bezeichneten Mitglieder der „Aufklärungsbrigaden“ – mehr unbedarft als demagogisch – haltlose Versprechungen zur künftigen technischen Ausstattung der LPG. Auf Veranstaltungen des DFD suchten sie unter den Landfrauen mit Hinweisen auf arbeitsfreie Wochenenden und den Achtstundentag Verbündete, die in den Familien auf LPG-Eintritt drängen sollten. Selbst die Schulen wurden in die Werbungsaktionen einbezogen. Die Tochter von Frau Konschak erinnert sich an die Agitation des Lehrers, daß sie, wenn ihre Eltern Genossenschaftsbauern wären, *„nicht nur am Sonnabend, sondern jeden Tag Bockwurst essen könnten“*. Das beweist tatsächlich Gespür für die geheimen Wünsche der Niederlausitzer Dorfbevölkerung! Wenn die Einzelbauern überhaupt an Versammlungen und Einzelgesprächen

114 „In P. sucht man nach neuen Wegen“, LR vom 6.10.1959, 8. Jg., Nr. 234, S. 5.

115 „Bauer K. entschied sich richtig“, LR vom 30.9.1959, S. 5

teilnahmen, verwiesen sie, wie bereits in den Vorjahren, immer wieder auf die schlechte wirtschaftliche Situation der existierenden LPG und den Mangel an allgemeinen Versorgungsleistungen, die alle Versprechungen illusorisch erscheinen ließen. In einem Bericht der Kreisleitung heißt es dazu: „Es waren kaum Bauern da, aber viele NVA-Teilnehmer. Die Bauern kritisieren die schlechten Straßenverhältnisse, die MTS zerfährt die Wege und es sei klar, daß die Bauern verärgert sind und ihr Getreidesoll nur schleppend erfüllen“. Auch die fehlende Telefonverbindung in die Kreisstadt oder die kaputte Straßenbeleuchtung wurden als Argument gegen einen LPG-Beitritt eingesetzt.<sup>116</sup>

Die verbliebenen Einzelbauern, noch rund zwei Drittel, wehrten sich mit Viehverkäufen, Scheingeschäften und anderen, von der Staatsmacht als illegal verfolgten Praktiken gegen den drohenden, als Enteignung empfundenen LPG-Beitritt. Der Rat des Kreises reagierte mit restriktivem Vorgehen. Im gesamten Untersuchungsgebiet häuften sich in der Endphase der Kollektivierung Ordnungsstrafverfahren. Auch bisher als Bagatelldelikte angesehene „Vergehen“ wurden nun kriminalisiert und öffentlich gemacht. Es kam jedoch nicht zu massenhaften Zwangsenteignungen oder Verhaftungen. Einzelfälle genügten, um den Bauern der Region klarzumachen, wie rigoros die Partei an ihrem Entschluß zur raschen „Vergenossenschaftlichung“ festhielt. Im Fall des Bauern R. beließ man es nicht bei Drohungen. Auslöser war ein „falsch“ geliefertes Schwein, wie aus dem Antrag zur Zwangsenteignung an die Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Kreises hervorgeht: „Der Erfasser, Kollege W., erfaßte am 7.11. ein Schwein von 150 kg, mit der Auflage, dasselbe am 8.11. zur Ablieferung zu bringen. Die Kontrolle ergab, daß R. aber ein Schwein von ca. 87 kg ablieferte und das [andere] Schwein selbst schlachtete.“ Dieses Vergehen wurde nun zum Anlaß genommen, den Staatsanwalt einzuschalten und R., der seit Jahren trotz wiederholter Vorladungen und Kontrollen seine Ablieferungsverpflichtungen nicht erfüllte, „eine Ordnungsstrafe von 500,- DM aufzuerlegen, ihm die Aberkennung der Bodenreformfläche von S. R. [dem Vater] auszusprechen und beim Altbesitz die Zwangsverpachtung vorzunehmen“.<sup>117</sup> Verfolgt man den Vorgang in den Akten, wird klar, daß an R. ein Exempel statuiert werden sollte, da er sich auch öffentlich immer wieder gegen die Genossenschaften, Staat und Partei geäußert hatte. Das detaillierte Protokoll über die versuchte „Sicherstellung“ des bereits geschlachteten corpus delicti gibt Auskunft über Denkweise und Selbstbewußtsein dieser Bauern. R. wird mit den Worten zitiert: „Den Wisch könnt ihr Euch an den Hut stecken. Ich bin berechtigt ein Schwein zu schlachten, und auch welches ich will“. Als die Erfasserin zum Ausdruck bringt, daß er Staatsangestellte vor sich habe, verlangt der Sohn des R.: „Wenn ihr uns kein Lebensrecht hier geben wollt, so gebt uns einen Auswanderungsschein nach dem Westen, damit wir hier noch alles verkaufen und dann auswandern können, oder hängt uns alle auf.“ Frau R. fügt hinzu: „das kleine Schwein ist doch gut für die Leute in der Stadt, wir brauchen aber Speck.“ Unbeabsichtigt verrät das Protokoll aber auch das Ausmaß der Kollusionen, in die Bauern, andere dörfliche Schichten und Vertreter der Staatsmacht verstrickt waren. R. äußert in seiner Wut: „Geht doch zu eure Gönner, wo ihr euch durchfreßt und holt dort die Schweine raus, es ist nur Schikane von Euch beiden. Wenn ich dich eingeladen hätte und gesagt hätte bringe dir einen großen Rucksack mit, dann wäre bestimmt alles gut gegangen.“ Dieses Zitat verweist auf die gängigen Praktiken, mit denen sich die Bauern unliebsame Kontrolleure fernhielten und die

116 Bericht über eine Wählerversammlung am 22. Oktober 1959, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

117 Antrag der zuständigen Gemeinde an den Rat des Kreises vom 23.11.1959, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

Kontrolleure um des eigenen Vorteils willen gegen die Interessen ihres „Dienstherren“, der Staatsmacht, handelten. Als die Erfasser einige Stunden später zum zweiten Mal, diesmal in VP-Begleitung, anrücken, finden sie das Gehöft verschlossen. Sie müssen sich gewaltsam Einlaß verschaffen. Zu diesem Zweck wird der ansässige Schlossermeister hinzugezogen. Aber auch R. hat sich mit Verstärkung, dem Fleischermeister, eingeschlossen! Die Aufforderung, nun endlich das Schwein herauszugeben, quittiert er mit „Nur über meine Leiche“. Gegen 17.30 Uhr gelingt es endlich, den Raum, in dem das bewußte Schwein versteckt wurde, aufzubrechen, aber nur unter Mithilfe des ABV: „Die Familie R. war während dieses Vorgangs von Seiten der VP in ihrer Wohnung eingeschlossen, so daß es keine größeren Auseinandersetzungen geben konnte.“<sup>118</sup> Gleichzeitig fehlte es im Dorf nicht an Kräften, die die herrschende Ideologie für sich zu instrumentalisieren wußten. Ein Mieter von R. informiert die stellvertretende Leiterin der Abteilung Landwirtschaft: „Diese Schreiben und Einsprüche, die R. an Euch usw. sendet, werden nicht allein von R. ausgearbeitet, sondern der Tierarzt Dr. K. aus D. arbeitet alles für ihn aus. Er ist sehr oft bei R., um Besuch abzustatten.“<sup>119</sup>

Die Auseinandersetzungen spitzten sich nicht nur zwischen den Bauern und Vertretern der „Obrigkeit“, sondern auch zwischen LPG-Mitgliedern und Einzelbauern und innerhalb der Familien zu. Anlaß für „Grabenkämpfe“ gaben die beträchtlichen Prämien, welche LPG und deren einzelne Mitglieder für eingebrachtes Vieh erhielten. Letzteres war übrigens der Anstoß dafür, daß die LPG „Neues Leben“ zum Typ III übergang und eine genossenschaftliche Viehhaltung aufbaute. Der Vorsitzende des Rates des Kreises übergab der Genossenschaft auf der Vollversammlung im Herbst 1959 als Staatsprämie 10 000,-DM. Einzelne Mitglieder erhielten bis zu 2 445,- DM für ihr eingebrachtes Vieh.<sup>120</sup> Außerdem hatte der MTS-Bereich einen Rinder(offen)stall für das erste vollgenossenschaftliche Dorf des Kreises ausgelobt. Und den wollten sich die LPG-Mitglieder doch nicht wegen der Zögerer in ihrem Dorf entgehen lassen. Hinzu kam „Sozialneid“ bei denjenigen, die als Einzelbauern aufgegeben hatten und nun auch den Verbliebenen keine selbständige Existenz gönnten. Diese Tendenz macht auch das oben zitierte „Protokoll über die Abverfügung eines Schweins“ zum Fall R. transparent: Einwohner des Dorfes äußern sich gegenüber den Erfassern positiv, daß „endlich von Seiten des Staatsapparates doch mal bei R. eingegriffen [wird], denn uns alle lacht R. bis zum heutigen Tag nur aus, daß er mit seiner Frechheit immer durchgekommen ist.“ Zu der in diesem Verhalten aufscheinenden Spaltung der Dorfgemeinschaften trug die sozialistische Rechtspraxis der Abstrafung nach Klassenzugehörigkeit und politischem Wohlverhalten bzw. Läuterung bei.<sup>121</sup> Bauern, die sich für ähnliche Delikte wie R. zu verantworten hatten, wurde die Strafe ganz oder teilweise erlassen, wenn sie LPG-Mitglieder waren oder sich zum Eintritt bereit erklärten. In Kenntnis dieser Tatsache verkauften eine Reihe von Bauern Vieh und Geräte, schlachteten „schwarz“ oder trieben illegalen Tauschhandel, da ihnen schlimmstenfalls der sowieso unvermeidbare LPG-Beitritt drohte: Der Beschluß des Rates einer Gemeinde zum Beispiel, den Bauern Sch. mit einer Ordnungsstrafe von 150,- DM zu belegen, weil er gegen die gesetzlichen Bestimmungen über den Handel mit Zucht- und Nutzvieh verstoßen hatte, was der ABV,

---

118 „Protokoll über die Abverfügung eines geschlachteten Schweines ...“ vom 11.11.1959, S. 1ff., KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

119 Ergänzung des Protokolls vom 16.11.1959, KA Forst/RdK/LW, 3972 I.

120 Vgl. Bericht über eine Wählerversammlung vom 22.10.1959, KA Forst/ RdK/LW, 3972 I.

121 Ausführlich dazu im Beitrag von Thomas Lindenberger.

der den Vorgang ermittelte, bestätigt, ist unter anderem damit begründet, daß „auch aus Gründen der Autorität der Staatsmacht die Maßnahme erforderlich [sei]“. Auf Veranlassung des Rates des Kreises wird – nach Rücksprache mit dem Bürgermeister – dieser Beschluß zurückgezogen, da „Sch. Genossenschaftsbauer geworden ist“.<sup>122</sup>

Nur in sehr wenigen Fällen wurden Bauern direkt mit dem Stigma des „Klassenfeindes“ belegt. Unter dem Vorwand, sie hätten Waffen versteckt, fanden bei zwei Altbauern, die sich wiederholt öffentlich gegen die LPG ausgesprochen und die Legitimität der „führenden Rolle der SED“ in Zweifel gezogen hatten, Haussuchungen statt. Hella Keitel, die Ehefrau des einen, berichtet über das im Dorf noch ungewöhnliche Ereignis: *„Kam doch die Polizei och noch hier. Ham' se oben off'n Boden die Betten auseinandergerissen, ham' se im Kleiderschrank alles durchgewühlt und im Schweinestall. Konnt ich ja zumachen, hätt' ich noch mehr Schweine drinne. (Lacht) Waffen ham' se gesucht.“* Waffen werden hier nicht gefunden; die hat ein anderer Bauer im Nachbardorf in seinem Backofen versteckt. Aber dieser Vorwand wird von den „Ordnungshütern“ ausgiebig genutzt, um den Bauern Keitel zu disziplinieren. *„Die Dielung ham' se offgebrochen, den Offleger rausgerissen, ah, da haste 'ne Wut im Bauche, das sag' ich Dir.“* Die Polizei kommt ein zweites Mal und verhaftet Erwin Keitel erneut und einen anwesenden Bauern mit, nachts um halb zwölf. Diesmal hat er das „Schlesierlied“ gesungen. Diese Vorfälle genügen nicht, um die Bauern des Altbauerndorfes restlos einzuschüchtern. Insbesondere Keitel äußert sich weiterhin, wenn auch vorsichtiger, gegen die Politik der SED. Jetzt werden auch innerdörfliche Konflikte zwischen LPG-Mitgliedern und Einzelbauern von den Vertretern der Staatsmacht ausgenutzt, um unter einem Vorwand gegen die beitragsunwilligen Bauern vorzugehen. Die Konfliktkonstellation ist ziemlich verworren: Ein Polizist, Verwandter eines im Dorf eingehirateten LPG-Mitglieds, berichtet den Mitarbeitern der Kreisdienststelle des MfS von den politischen Gesprächen und zieht als Zeugen einen weiteren Genossenschaftsbauern hinzu. Dieser ist eigentlich mit Keitel befreundet und wird später alles bestreiten. Nach einem Verhör in den Diensträumen des MfS unterschreibt er jedoch zunächst eine Zeugenaussage, auf deren Grundlage Erwin Keitel erneut verhaftet wird, diesmal von der „Staatssicherheit“: *„So, und denn een Frühmorgens, Erwin haut drüben Gras, fährt 'n Auto vor. ‚Sind Sie Herr Keitel?‘ Ja. Hat er das Gras fertig gehauen, denn muß er sich waschen; ich hab' ihm noch Schnieten gemacht. Ham'sen mitgenommen, früh...“* An „preußische“ Ordnung gewöhnt, beruhigt dieses Vorgehen, vor allem die Anordnung, sich zu waschen, Frau Keitel etwas. Aus der Nachbarschaft erfährt sie in diesen Stunden keine Unterstützung. Das Dorf hält den Atem an und wartet, ob Erwin Keitel zurückkommen wird. Sie wendet Heu, damit vergeht die Zeit: *„Abend um halb sieben kam er nach Hause. Da ham'sen bis oben an die Autobahn gebracht, denn kam er geloofen. Da ham'sen dahinten verhört nach Strich und Faden, aber wie. Und Abend kam er an, den durfteste nicht anreden. Der ging roff in's Bette. Wir hab'n nischt gesagt. Ich bin zum Teich und hab' mein Heu zusammen gemacht. Denn hat er uns des wortwörtlich erzählt.“* Der Tag in den Händen des MfS macht Herrn Keitel weder zu einem loyalen Staatsbürger noch bewegt er ihn zum LPG-Beitritt, aber im Dorf wird er, kaum merkbar vorerst, isoliert. Eine Reihe wirtschaftsschwacher Bauern befreit sich vom sozialen Druck im Dorf und schließt sich der bereits bestehenden LPG Typ I im Nachbarort an. Die Phalanx der LPG-Gegner ist

---

122 Schreiben des Bürgermeisters der Gemeinde D. an den RdK, Abt. E. u. A., vom 18.12.1959, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

damit aufgebrochen. Der Freund, dessen „Geständnis“ Erwin Keitel vorgelegt wurde, beteuert unter Tränen, daß er nichts ausgesagt habe, aber „*Erwin hat M. nicht mehr angeguckt*“, bekräftigt Frau Keitel noch dreißig Jahre nach diesen Ereignissen.<sup>123</sup>

Die Auseinandersetzungen wegen des LPG-Beitritts wurden bis in die Familien hineingetragen und brachten Generationen wie Geschlechter gegeneinander auf. Ältere Betriebsinhaber fürchteten um ihr Altenteil und leisteten passiven Widerstand, indem sie die Betriebsübergabe an ihre beitriftswilligen Kinder verzögerten oder die Wirtschaft denjenigen versprachen, die bereit waren, auf dem Hof zu bleiben. In ihren Befürchtungen sahen sie sich von den bestehenden LPG bestätigt, die wiederholt Aufnahmeanträge von Bauern ablehnten, deren Altenteilverpflichtungen sie hätten übernehmen müssen.<sup>124</sup> Kinder der Hofbesitzer wollten ihr Erbe bei einem LPG-Beitritt der Eltern nicht verlieren und ihre erbberechtigten Geschwister, die auf die Auszahlung ihrer Erbteile bestanden, stellten sich gleichfalls gegen die Genossenschaft. Auch die Jugendlichen, die bereits LPG-Mitglied waren, erhielten nur sehr wenig Geld, da das spezifische Vergütungssystem der LPG auf einer monatlichen Vorschußzahlung und einer „Jahresendausschüttung“ basierte. Diejenigen, die noch im Haushalt der Eltern wohnten, waren von Krankengeldzahlungen ausgeschlossen und bei Erkrankung ebenso wie in der Einzelwirtschaft „auf die Gnade und Barmherzigkeit ihrer Eltern angewiesen“, wie eine Analyse zum Stand der LPG bereits 1957 vermerkte.<sup>125</sup> Bis Ende 1959 hatte sich daran kaum etwas geändert. Frauen dagegen hofften, in den LPG doch etwas Erleichterung von der schweren landwirtschaftlichen Arbeit zu finden. Sie waren es auch, die sich den neuen Methoden zur Mitgliedergewinnung besonders ausgesetzt sahen. Ökonomischer Druck wurde seit Ende 1959 nicht nur über die eingeschränkten Bezugsmöglichkeiten für Wirtschaftsgüter, sondern verstärkt über den Versorgungssektor mit „Waren des täglichen Bedarfs“ ausgeübt. Die Leiter der Konsumverkaufsstellen in den Dörfern hatten die Anweisung, daß bestimmte, besonders nachgefragte oder rare Artikel nur an LPG-Mitglieder und deren Familienangehörige abzugeben waren. Für den Eintritt in die Genossenschaft bot man den Bauern als Prämie Gutscheine für Mangelwaren wie Wolle, Schuhe und Fahrräder an. Die meisten Frauen sahen sich bei einer Annäherung an die Genossenschaften jedoch der hartnäckigen Ablehnung der Ehemänner gegenüber, wenn auch nicht jeder Versuch so dramatisch endete wie der von Hella Keitel: „*In die LPG? Ich durfte doch nich. Die andern hier hab'n schon LPG gemacht, die warn schon alle drinne. Und die haben och hier schon gebaut. Da stand mal Kaltschmidts Ursel und meente: ‚Hella komm mal her‘. Naja, ich bin hingegangen – und hab' een*

---

123 Herr Keitel ist Jahrgang 1915 und als einziger Sohn Hoferbe eines der wirtschaftsstärksten Bauern in seinem Heimatdorf. Die Familie stellte zeitweise auch den Gemeindevorsteher des Ortes. Sein Vater verstirbt in den dreißiger Jahren, so daß er sehr jung die Wirtschaft übernimmt und heiratet. Bereits 1939 wird Erwin Keitel eingezogen. Als er aus der Kriegsgefangenschaft zurückkehrt, findet er die Wirtschaft (das Dorf lag in der Hauptkampfzone an der Neiße) stark zerstört. Seine Frau ist tot; der kleine Sohn wird von seiner Mutter erzogen. Mit Härte gegen sich selbst (er heiratet nicht seine langjährige Freundin, sondern seine ebenfalls verwitwete Schwägerin, die zwei Kinder aus erster Ehe als Arbeitskräfte mitbringt) und die neue Familie, baut er den Hof wieder auf. Er ist einer der drei Bauern in diesem Dorf, die den Abschluß der „Vergenossenschaftlichung“ des gesamten Kreises verzögern. Pro forma bilden sie als Letzte eine LPG Typ I. Bis zu seinem Tod Ende der sechziger Jahre wirtschaftet er mit seiner Frau praktisch allein weiter.

124 Diese Zahlungen mußte letztendlich der Rat des Kreises für die LPG übernehmen, welche ÖLB ohne dazugehörige Arbeitskräfte bewirtschafteten.

125 Analyse der Abt. LPG beim Rat des Kreises Forst vom 15.1.1957, S. 1f., KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

*mitgetutelt, een Schnaps oder zwee. Na, ich muß losmachen. Bin losgefahren. Da kommt meen Mann vorbei mit dem Pferdewagen und Mist oben und Ursel sagt zu ihm: ‚Erwin, bleib och noch‘nen bißchen bei uns, Hella is noch nich lange fort.‘ Der die Pferde hingestellt, meine Liebe. Der kam mit der Peitsche hinter mir her und brüllt: ‚Weeß lange, was de vorhast. Du willst in die LPG gehen? Ist er mit der Peitsche hinter mir her, mit der Peitsche. Ich bin fortgerannt, Der hat mir eingeheeßen nach Strich und Faden. Mit der Peitsche immer off‘n Kopp geschlagen. Immer off‘n Kopp.‘<sup>126</sup>*

Nach dem Beispiel der Rostocker Losung „De Appel is rieb!“ versuchte die SED Anfang 1960 mit der Konzentration aller Kräfte in den Dörfern den Abschluß der Kollektivierung zu erzwingen. Innerhalb von sechs Wochen entstanden im Kreis Forst 21 neue LPG Typ I, der Anteil der genossenschaftlich bewirtschafteten Fläche stieg auf 73 Prozent. Bereits am 9. März waren 25 von 34 Dörfern des Kreises vollgenossenschaftlich, darunter auch die Dörfer des Untersuchungsgebietes. Das „vereinte Wirken“ von SED und LPG-Mitgliedern hatte übrigens, wie oben angedeutet, alle Bauern in P. rechtzeitig zum Eintritt in die Genossenschaft veranlaßt, um als erstes vollgenossenschaftliches Dorf des Kreises die Siegpriämie, den Rinderstall, zu erhalten. Bereits am 18. Februar 1960 konnte die „Lausitzer Rundschau“ diese Meldung verbreiten. Als der Bezirk Cottbus am 29. März 1960 den Vollzug der „Vergenossenschaftlichung“ meldete, waren auch alle Bauern aus dem Untersuchungsgebiet, zumindest formal, Mitglied einer LPG.

Kein Bauer verließ hier in diesen letzten Wochen seine Wirtschaft. Die meisten traten in die Genossenschaften ein, weil sie weder ihre Heimat noch ihren Besitz aufgeben wollten. Aber auch zum Abschluß der Kollektivierung war das Verhalten der Bauern sehr differenziert und stärker von ihrer sozialen Herkunft und ihrer Stellung in der dörflichen Hierarchie bestimmt als von den Bestrebungen der Partei vor Ort. „Man sieht ja, wo es langgeht. Eines Tages kommt es so und so. Man kann nicht gegen den Strom schwimmen.“<sup>127</sup> Auf diese Art begründeten die letzten Einzelbauern im Februar und März 1960 ihren Schritt in die Genossenschaft. Die Mehrzahl nutzte die vorhandenen Freiräume, die die unterschiedlichen LPG-Typen boten. Rund die Hälfte der 2 500 LPG-Mitglieder des Kreises hatte sich in LPG Typ I zusammengeschlossen. 55 Prozent aller Genossenschaftsbauern waren Frauen,

---

126 Hella Keitel, Jahrgang 1921, hat nie eine Ausbildung absolviert. Mit sechzehn heiratet sie im Nachbardorf in eine Wirtschaft ein. Ihr Mann, sechzehn Jahre älter, Sonderführer bei der SS, wird 1945 von der SMAD verhaftet und kommt in einem Lager bei Smolensk um. Der Schwiegervater treibt sie und die beiden Kinder aus dem Haus. Sie findet Aufnahme in der Familie ihres Schwagers, dessen Frau (ihre Schwester) bereits tot ist. Der Schwager ist über Jahre mit einer anderen Frau liiert, heiratet dann aber Hella, da sie und ihre Kinder als Arbeitskräfte für den Hof wichtiger sind. Ihr Mann gründet im März 1960 mit zwei anderen Bauern eine LPG Typ I, in der jeder für sich allein weiterarbeitet. Ende der sechziger Jahre verstirbt der Mann bei einem Unfall. Jetzt weigert sich die LPG Typ III, Frau Keitel aufzunehmen. Sie erzwingt über den Rat des Kreises ihren Beitritt. Für die inzwischen hohen Inventarbeiträge und die Auszahlung der Erbschaft an ihren Stiefsohn muß sie sich verschulden. Sie arbeitet zunächst „auf dem Feld“ im Nachbarort. Später betreut sie bis zu ihrer Rente etwa fünfzig Färsen der Genossenschaft in den Ställen auf ihrem Hof. Nach 1990 erhält sie von der in eine Agrargenossenschaft umgewandelten LPG ihr Land und eingebrachte Inventarbeiträge zurück. Das Land verpachtet sie zunächst an einen Wiedereinrichter und verkauft es Mitte der neunziger Jahre. Mit ihrem Dasein ist sie jetzt sehr zufrieden, nur „Bäuerin würde sie nie wieder werden“, wenn sie über ihr Leben nachdenkt.

127 „Man kann nicht gegen den Strom schwimmen“, LR vom 18.2.1960, S. 7.

allerdings nur fünf (!) Jugendliche unter 18 Jahren.<sup>128</sup> In den Altbauerndörfern bestanden manche Genossenschaften nur aus zwei, drei befreundeten oder verwandten Familien. Sie gründeten ihre LPG zumeist in eigener Regie und arbeiteten de facto als Einzelbauern weiter. Zu diesen Bauern gehörte auch die Familie von Friedhelm Gorisch. Er steht für diejenigen Altbauern, die sich einem Engagement für die LPG bis zum Ende der DDR verweigerten: *„Ich wollte och nie irgendwie 'ne leitende Stellung annehmen. Hätt' ich nie gemacht, in diesem System. Und heute wär ich zu alt dazu“*, faßt er resigniert sein Leben zusammen. Als distanzierter Beobachter arbeitete er bis zu seinem verordneten Vorruhestand Anfang der neunziger Jahre im Rinderstall der jeweils aktuellen Konfiguration einer „Genossenschaft“

Die Mehrdeutigkeit des Abschlusses der Kollektivierung kommt auch darin zum Ausdruck, wie die Bauern mit dem Akt des Eintritts in die Genossenschaft umgingen. Hatten sich Bauern für die LPG Typ III entschieden, fanden Festveranstaltungen in der Gemeinde statt. Sie wurden vom Bürgermeister, der Genossenschaft, den Patenbrigaden aus der Industrie und den Aufklärungsbrigaden gemeinsam organisiert. Nach Festansprachen und Kulturprogramm, so berichtet ein Volkskorrespondent über die Gründungsversammlung einer LPG Typ III, *„begann dann der gemütliche Teil mit einem Festessen, dazu gab es das nötige Freibier und auch ein Likörchen. Für Stimmung sorgte die Kapelle Schallschmidt. Eine kleine Tombola mit Preisen vom Glaswerk Döbern gehörte ebenfalls zu diesem gemütlichen Abend. Die Brigademitglieder schwenkten die Frauen der LPG und umgekehrt die LPG-Bauern die Frauen der Arbeiter vom Glaswerk. Es wurde getanzt und gesungen bis zum frühen Morgen.“*

Dagegen waren Gründungsversammlungen im Typ I eher durch Sachfragen gekennzeichnet. Traugott Mettke, dessen Biographie sich ab diesem Zeitpunkt von der des Friedhelm Gorisch deutlich unterscheiden wird, schildert sie als Akt der Selbständigkeit der größeren Bauern des Ortes, denen er auch die Schutzfunktion für die Übrigen gegen den Staat und seine Autoritäten zuweist. Dabei bleiben – wie im gesamten Interview – die Vertreter von Partei und Staat stets anonym: *„Bis sich denn einige zusammengetan ham, von den größeren Bauern hier. [...] Und die ham gesagt: ‚Nu müssen wa, entweder so oder wir gehn alle kaputt. Wir schalten die einfach aus und machen jetzt alleene 'ne LPG. Nich das eener sich noch 'ne goldne Nase von denen verdient!‘ Ich weeiß nich, wieviel Mann das angefangen ham, jedenfalls weeiß ich noch, bei uns hier war so genau des Dorf drin. Ham sich also alle getroffen und ham gesagt: ‚Wie machen wir's also nu und so. Und nun machen wir LPG‘. Des war glob' ich mit Wirkung vom 1. Februar 1960. Ja, am 1. Februar 60 bin ich in die LPG eingetreten, da war ich dreißig! Und ... tjo und denn ging's los. Nu hat aber damals ja noch jeder sein's gemacht, nich.“* Daß eine LPG vom Typ I gegründet wird, ist für Herrn Mettke so selbstverständlich, daß er erst auf Nachfrage davon berichtet. Ganz bewußt entschieden sich die Bauern für diesen Typ, der rechtlich auf die gemeinsame Feldbestellung beschränkt war und ihnen wirtschaftlich und politisch größere Freiheit einräumte.<sup>129</sup> Indem die SED-Führung – auch gegen die Einflußnahme der Sowjetunion – das Angebot der drei LPG-Typen aufrechterhielt, bot sie den nunmehrigen Genossenschafts-

128 Berechnungen nach dem Statistischen Monatsbericht des Bezirkes Cottbus, Teil III, Dezember 1961, Nr. 42, S. 37.

129 Die Haupteinnahmen der Bauern des Typ I brachte nach wie vor die individuelle Tierproduktion. Alle Leitungsfunktionen wurden im Typ I zumeist mit Bauern aus dem Dorf besetzt, während im Typ III häufig delegierte SED-Mitglieder, Industriearbeiter und Funktionäre die Leitung übernahmen.

mitgliedern die Möglichkeit, ihr Selbstverständnis als „Bauer“ in die LPG hinein mitzunehmen. Zugleich enthielt es das indirekte Eingeständnis, daß die von der Partei intendierte, bereits mit der Bodenreform eingeleitete „Durchherrschaft“ der ländlichen Gesellschaft auch mit dem formalen Abschluß der Kollektivierung „auf Grund der besonderen Bindung des Bauern an seinen Betrieb“ nicht zu realisieren war.<sup>130</sup>

d) „Die schnelle Umgestaltung fordert ihren Tribut“ – LPG-Mitglied oder Genossenschaftsbauer? (Die frühen sechziger Jahre)

Am 25. April 1960 bestätigte die Volkskammer der DDR auf ihrer 11. Tagung die Regierungserklärung zum „freiwilligen Zusammenschluß aller Bauern in LPG“. Damit versuchte die Parteiführung den von ihr enthusiastisch als „sozialistischer Frühling“ gefeierten formalen Abschluß der Kollektivierung im nachhinein offiziell zu legitimieren. Zu diesem Zeitpunkt hatte sie aber weder ihre Absicht der Konstruktion einer neuen ländlichen Gesellschaft verwirklichen können, noch war der von ihr konstatierte „vollständige Übergang aller Bauern zur genossenschaftlichen Produktion“ in den Dörfern Realität. Die SED befand sich auf dem platten Land in dem Dilemma, die von ihr reklamierte fortschrittliche Gesellschaftsordnung entweder mit repressivem Vorgehen gegen diejenigen Bauern, die die genossenschaftliche Arbeit weiterhin verweigerten, durchzusetzen oder ihnen mehr Autonomie in ihrem Handeln zuzugestehen. Ersteres bedeutete absehbar sowohl Loyalitätsverlust als auch Versorgungsprobleme, zweiteres Aufgabe des umfassenden Steuerungs- und Regelungsanspruchs der Partei selbst.

Mit dem LPG-Beitritt der Bauern sahen sich die Vertreter von Partei und Regierung plötzlich mit neuen Anforderungen und Mangelsituationen konfrontiert. Mitarbeiter des Rates des Kreises klagten, daß die schnelle Umgestaltung wegen fehlender Formulare verzögert und die Betriebspläne für die 36 Typ I und 11 Typ III im Kreis nicht termingerecht bestätigt werden könnten.<sup>131</sup> Bürgermeister beschwerten sich über den bürokratischen Aufwand und „daß die Zahl der geforderten Berichte bisher noch nicht weniger geworden ist“.<sup>132</sup> Bauern nahmen die zahlreichen Versprechungen ernst und verlangten z. B., weil eine zugesagte Kälberabnahme nicht reibungslos erfolgte, die „Regierung sollte nicht Gesetze herausgeben, die sich nicht verwirklichen lassen.“<sup>133</sup> Dort, wo die Forderungen nicht die Zuständigkeit der Kreisebene betrafen, aber deren Interessen berührten, wurden sie auch öffentlich gemacht. Mitunter legte man eigene Vorstellungen, an die Adresse des Bezirkes oder der Parteiführung gerichtet, auch den Bauern in den Mund. Ein Beispiel für dieses Vorgehen ist der Artikel in der „Lausitzer Rundschau“ vom 16.4.1960 über einen „Streifzug“ durch die vollgenossenschaftlichen Dörfer. Er thematisiert den miserablen Zustand der

---

130 Zu den theoretischen Grundlagen der Kollektivierungsvorstellungen und ihrer Umsetzung sei auf die immer noch sehr informative Arbeit von Klaus Dreessen, *Die Bedeutung der Landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften für die DDR*, Tübingen 1973, verwiesen.

131 „Schnelle sozialistische Umgestaltung fordert Tribut“. Kurzinformation der Abt. LW an den Rat des Kreises vom 4.4.1960, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

132 Auch wenn man bei diesen Berichten berücksichtigt, daß diejenigen, die sie abfaßten, eigene Interessen verfolgten, standen sie doch unter dem Druck, den die Praxis des ständigen Rückversicherns und damit der Nachkontrolle indirekt bewirkte. Sie hatten sich also weitgehend an Fakten zu halten. Situationsbericht der Abt. LW des RdK vom 9.5.1960, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

133 Ebd.

Verbindungsstraßen, einen Umstand, der das genossenschaftliche Wirtschaften natürlich behinderte. Dem Kreis fehlten jedoch die Mittel für den Straßenbau. Ein Bauer erklärt unumwunden: „Jetzt sind wir Genossenschaftsbauern, jetzt wollen wir auch mehr vom kulturellen Leben haben, aber alles scheitert an der Straße. Die Kinoapparate holen die Grenzer schon mit einem Pferdegespann; aber das Kulturleben besteht nicht nur aus Kino. Wir würden gern mal nach D. ins ‚Haus des Friedens‘ fahren, aber das ist nur einige Monate im Jahr möglich.“<sup>134</sup>

Vollgenossenschaftlichkeit, das bedeutete im Frühjahr 1960 (neben den VEG und MTS) aber weiterhin eine differenzierte Agrarstruktur und eine Vielzahl von Betriebsformen und Arbeitsweisen, in denen nicht nur Residualformen bäuerlichen Eigen-Sinns überlebt hatten: Sicher existierten schon seit den fünfziger Jahren die Mustergenossenschaften des Typ III, eine davon auch im Kreis Forst, in denen technische Ausstattung, „gute genossenschaftliche Arbeit“, politische Konformität, aber auch demokratische Mitbestimmung im Vorstand und soziale Betreuung der Mitglieder unter der Leitung eines Vorsitzenden, „der früh der Erste und abends der Letzte [ist] und aufgrund seiner umfangreichen fachlichen Kenntnisse in der Lage ist, jederzeit den Mitgliedern Anleitung und Hilfe für ihre Arbeit zu geben“,<sup>135</sup> vorhanden waren, wie ein Bericht des Rates des Kreises über die LPG W. beschreibt. Typischer waren aber auch unter den elf LPG Typ III des Kreises die „Problemgenossenschaften“, in denen sich ehemalige Landarbeiter, Kleinbauern, wirtschaftschwache Alt- und Neubauern und die delegierten „Industriearbeiter“ zusammengefunden hatten. Sie trugen die Last der ÖLB und wurden zumeist von Vorsitzenden geleitet, welche die SED eingesetzt hatte. Unregelmäßigkeiten in der Arbeit und fachliches Versagen führten nicht nur bei den Leitungskadern, sondern auch auf für den Produktionsprozeß relevanten Positionen, wie Brigadier oder Melker, zu häufigen Ablösungen, Um- oder Neubesetzungen, was bei der dünnen Kaderdecke in der Region eine permanente Rotation auslöste und die Probleme dieser Genossenschaften potenzierte. In der LPG „Neues Leben“ wechselte der Vorsitzende z. B. fast jährlich. Als vierter Vorsitzender tritt im Februar 1962 ein ehemaliger Landmaschinenschlosser und Politoffizier der Grenztruppen an. „Durch die Partei erzogen, übernahm er auch diesen Parteiauftrag“, stellt die „Lausitzer Rundschau“ fest.<sup>136</sup> In dem Artikel werden die Auseinandersetzungen, die er deswegen mit seiner Frau hat, deutlich angesprochen, um ihn auf diesem Wege zum Sympathieträger zu stilisieren. Er löst einen Vorgänger ab, der Vorsitzender, Stellvertreter, Agronom und Brigadier in einer Person war, und der „jetzt froh ist, sich bestimmten fachlichen Dingen besser widmen zu können“. Das war eine der üblichen Umschreibungen der Partei, wenn sie ihren Herrschaftsanspruch nicht ausreichend vertreten sah und auf Änderung drängte. In diesen LPG Typ III staute sich nach dem erzwungenen Beitritt der Altbauern ein neues Konfliktpotential auf. In der LPG „Neues Leben“ beispielsweise, pochten die LPG-Gründer auf ihre Vorrechte, während einige der Hinzugekommenen Ansprüche aus ihren besser geleiteten Einzelwirtschaften, dem TBC-frei eingebrachten Vieh und den höheren Inventarbeiträgen ableiteten und sich zum Teil sofort voll für die LPG einsetzten. Andere dieser neuen Mitglieder verweigerten sich der genossenschaftlichen Arbeit und konzentrierten sich auf

---

134 „Gehört-Gesehen-Aufgeschrieben“, LR vom 16.4.1960, S. 7.

135 Das Dorf mußte in den siebziger Jahren dem Braunkohleabbau weichen. Vgl. Bericht des Referates LPG an die Abteilung Landwirtschaft des Rates des Kreises vom 15.1.1957, S. 11, KA Forst, RdK/LW, 3972 I.

136 „Wir sprachen mit Max B.“, LR vom 17.3.1962, S. 7.

ihre eigene Hauswirtschaft. Eine weitere Gruppe, die „Industriearbeiter“ und ins Dorf eingehirateten ehemaligen NVA-Angehörigen, versuchte in dem ihnen suggerierten Bewußtsein, daß sie als „Vorhut der Arbeiterklasse“ zur Sicherung des politischen Führungsanspruchs der SED in das Dorf geschickt worden waren, gleichfalls Partikularinteressen durchzusetzen. Obwohl bis Mitte der sechziger Jahre der Parteieinfluß der SED in allen LPG Typ III des Kreises gesichert werden konnte,<sup>137</sup> blieben sie in ihrer Leistungskraft deutlich hinter den LPG Typ I zurück.<sup>138</sup>

Auch die Bauern in den neugebildeten LPG Typ I verhielten sich sehr unterschiedlich. In Dörfern, die von sehr wenigen wirtschaftsstarken Altbauern dominiert worden waren und in denen die Gruppendynamik bis zum Frühjahr 1960 den LPG-Beitritt einzelner Bauern verhindert hatte, entwickelten sich auch aus der ländlichen Gesellschaft heraus „Kräfte der Selbstorganisation gegen den politischen Bevormundungsanspruch der SED“,<sup>139</sup> die die LPG nach außen vertraten. Sie handelten kurzzeitig entsprechend der oft kolportierten Redewendung dieser Tage: „LPG Typ I – jeder macht Seins“ oder, wie es Traugott Mettke ausdrückt: „*Nun, hat ja noch jeder für sich bestellt, nich*“. Er bezieht sich damit auf das Jahr 1960, indem die Bauern des Dorfes noch selbst bestellt hatten und auch selbst ernteten. Aber schon über das Folgejahr berichtet er: „*Denn war aber schon Typ I so im Gange, nich, so gemeinschaftliche Feldbewirtschaftung. Die Wiesen hatten wa noch selber, bloß des Acker und da ham wa denn so gemacht, wie's im Buche steht,*<sup>140</sup> *genauso ham wir's och gemacht. Die Pferde wurden zusammen und denn ging des los, immer hintereinander gepflügt und gemacht, na denn wurde langsam en' Trecker gekooft und denn wurde 'n Hänger gekooft, und damit, denn 'n Transporter, und denn des Pflügen, des ging denn so een's nach 'n andern.*“ Den Grund für den relativ problemlosen Übergang zum genossenschaftlichen Arbeiten sieht er nicht in der Dominanz der wirtschaftsstarken Bauern, sondern in der Sozialstruktur des Dorfes: „*Hier war's ganze Dorf off eenmal drin, und die ham denn alle wirklich gemeinsam gearbeitet. Hier gab's och keene reichen Bauern. Wir hatten wirklich bloß Sandboden und hier gab's keine Reichen. Des war hier nicht, des war wirklich zum Anfang 'ne ganze Gemeinschaft.*“ Seine Erzählung bringt aber auch zum Ausdruck, wie konsequent die Bauern an dem überkommenen Dorfgefüge festhielten und ihn als potentiellen LPG-Vorsitzenden aufbauten, um sich gegen Interventionen der SED abzusichern: „*Een anderer Bauer war hier LPG-Vorsitzender und mein Vater war zweeter und mit dem een da ist irgendwie was nicht in Ordnung gewesen, der mußte denn offhören. Denn mußte mein Vater des weitermachen, aber der war denn ja och schon älter als ich jetzt. [...] Als die LPG losging, da hat er angefangen noch mal und jedenfalls, denn sah man, des ging denn nicht mehr, und denn hat man mich überzeugt, denn hab ich 's Fernstudium gemacht. Ab '63 denn, und naja ab '66 mußte ich denn, hab' ich denn LPG-Vorsitzenden gemacht.*“ Das Selbstinteresse der Bauern geht bei dieser Gruppe in den Folgejahren mit dem Interesse der Parteiführung an wirtschaftlichem Aufschwung und Modernisierung zusammen. Der

---

137 Vgl. Vorlage Nr. 7/65 der Produktionsleitung des Kreislandwirtschaftsrates über die Jahresendabrechnungen der LPG vom 5.2.1965, S. 3, KA Forst, RdK/Abt. Land- und Nahrungsgüterwirtschaft/Sektor Planung und Finanzen, 737.

138 Finanzanalyse des Kreislandwirtschaftsrates für den Bezirkslandwirtschaftsrat vom 31.12.1966, ebd.

139 Pollack, Widersprüchlichkeit, S. 116.

140 Herr Mettke bezieht sich hier auf den 1982 veröffentlichten Roman von Martin Heller, „Freibier am 27.“ – ein Kalenderblatt, Halle-Leipzig 1982, dessen Schilderungen der Gründung und Frühphase der LPG er hier mit seinen eigenen Erinnerungen vergleicht..

Problemstau kann hier partiell abgebaut und eine vorübergehende Stabilität erreicht werden: „'67 war ich denn mit der Schule fertig, naja und denn ham wa halt immer so weiter gewirtschaftet, und denn hatten wa mittlerweile schon 'n Mähdrescher, und des kam denn immer 'n bischen mehr dazu. Geld hatten wa och, och LPG-mäßig hatten wa Geld, also ich möchte sagen, so unnötig schlecht ist es uns och nicht gegangen, nich, übermäßig.“ Die Stabilität bröckelt erst mit dem Übergang zu Typ III in den siebziger Jahren: „Es hat sich denn mit Typ III 'n bissel zersplittert. [...] Einige Wirtschaften mußten offgeben und offhören, weil's wirklich nicht mehr ging. Nich, hier, wo mit dem Vieh hin. Des hat se' keener abgenommen, jetzt mußten wa och 'ne genossenschaftliche Viehhaltung machen. Des gab denn och schon Probleme mit – jeder hat ja zu Hause zu tun, jetzt sollte des aber och noch gemacht werden. Es hat zwar in die LPG-Kasse 'n bissel Geld gebracht. Ich meene, Geldsorgen hatten wir nicht, und den Einzelnen, wenn se' gearbeitet haben, den ging's och einigermaßen nicht schlechter, möchte ich sagen, als vorher, aber war nicht mehr ganz so frei, aber ansonsten ging's, ich würde sagen allen ging's gleich, mit bissel Differenzen vielleicht.“ Das ist auch der Zeitpunkt, zu dem Bauern wie Herr Mettke von den inzwischen aufgestiegenen Kadern der LPG Typ III in die zweite Reihe abgedrängt werden. Erst zu diesem Zeitpunkt kann die SED ihre mit der Bodenreform eingeleitete De- bzw. Neukonstruktion der ländlichen Gesellschaft durch Beseitigung und Verdrängung der alten und Implantation neuer Führungsgruppen zeitweilig durchsetzen: „Nojo, denn kam '74, sind wa denn och direkt in die LPG Typ III als Typ I-Teil gegangen, weil wa des Vieh noch hatten, und des ham die uns denn so langsam abgenommen,[...] und '76 kam denn die Trennung von Tier- und Planzenproduktion, hier bei uns. Ich hab' denn noch so bissel Brigadier gemacht.“

Der „Normalfall“ in den frühen sechziger Jahren aber waren die LPG Typ I, in denen tatsächlich noch „jeder Seins“ machte – nur den staatlichen Ablieferungsverpflichtungen kam man gemeinsam nach. Diese Bauern entwickelten ein individuelles Selbstinteresse, das ihnen, ohne den Status eines Genossenschaftsbauern praktisch auszufüllen, dennoch die Partizipation am sozialpolitischen Versorgungssystem der DDR sicherte. Noch Ende 1964 vermerkt die bereits zitierte Vorlage der Produktionsleitung des Kreislandwirtschaftsrates zu den Jahresendabrechnungen der LPG: „Viel schwieriger war es in den LPG des Typ I in den Mittelpunkt die Abrechnung der genossenschaftlichen Arbeit [...] zu stellen. Speziell unsere kleinen Genossenschaften, die entsprechend der Betriebsgröße sich nicht zu sozialistischen modernen Betrieben entwickeln können und deren Anschluß an LPG des Typ III (unbedingt kurzfristig) notwendig ist, begnügten sich ausschließlich mit den finanziellen Belangen, ohne die Fragen ihrer Entwicklung in den Mittelpunkt zu stellen.“<sup>141</sup>

Steigende Republikflucht, Landflucht, Abgabeanträge, Eigentumsdelikte und totale Arbeitsverweigerung der Bauern häuften sich nach dem formalen Abschluß der „Vergenossenschaftlichung“ in allen Dörfern. Im Herbst 1960 muß die SED im Kreis Forst in Auswertung eines Sondereinsatzes in neugebildeten LPG Typ I konstatieren: „Die Meinung eines großen Teils der Bauern ist ungefähr so: Unsern Acker habt ihr, nun seht mal zu, wie ihr ihn bearbeiten werdet. Sie sträuben sich mit allen Mitteln, die Felder genossenschaftlich zu bearbeiten und zu bestellen. Sie bestellen aber heimlich ihre eigenen Flächen wieder, so daß ein Flächenaustausch im Augenblick sehr erschwert ist.“<sup>142</sup> Die Vorsitzenden und

141 Vorlage Nr. 7/65 vom 5.2.1965, a. a. O.

142 Abschlußbericht der Abteilung Landwirtschaft, Erfassung und Forstwirtschaft des Rates des Kreises Forst an die Abteilung Landwirtschaft beim Rat des Bezirkes Cottbus über den Sondereinsatz in

Vorstände dieser Genossenschaften versuchten sich mit Argumenten, die auf ihre mangelnde Kenntnis der genossenschaftlichen Arbeit abstellten und die Partei an ihrer empfindlichsten Stelle, der Versorgungslage, trafen, gegen die Aufnahme der Gemeinschaftsarbeit zu wehren: „Wie wir als Einzelbauern arbeiten müssen, das wissen wir. Aber als LPG nicht, dann wird kein Brot da sein.“<sup>143</sup> Um eine Einigung über die Aufnahme der genossenschaftlichen Arbeit zu verhindern, nahmen viele Bauern an den Mitgliederversammlungen nicht teil, so daß diese nicht beschlußfähig waren.

Die „Vollgenossenschaftlichkeit“ hatte auch im Untersuchungsgebiet unbeabsichtigte Folgen. Gerade ältere Bauern ohne Hoferben vollzogen den Eintritt rein formal und stellten anschließend den Antrag auf Aufgabe der Wirtschaft. Mit der Übergabe an die LPG wurde den Gemeinden die Verantwortung für die Bewirtschaftung dieser Flächen abgenommen. Bürgermeister und Gemeindevertreter waren nun eher bereit, entsprechende Begehren zu unterstützen. Damit erhielt diese Tendenz eine neue Dimension. Bei der Kreisverwaltung ging eine Flut von Anträgen ein. Zumeist handelte es sich um über siebzigjährige Antragsteller, aber mitunter war das Motiv zur Landabgabe auch sehr durchsichtig: „Der Landwirt S. ist Invalide und nicht mehr in der Lage, seine Wirtschaft ordnungsgemäß zu bestellen. Außerdem ist er Industriearbeiter.“<sup>144</sup>

Das Problem fehlender Arbeitskräfte für die Bewirtschaftung dieser Felder war aber nur von den Gemeinden in die Genossenschaften verlagert worden. Mit der Reduzierung des Ablieferungssolls für ÖLB-Flächen im Herbst 1960 war den Genossenschaften nicht geholfen. Hinzu kam, daß bereits genehmigte Flächenumwidmungen vom Rat des Bezirkes Cottbus, der in das Genehmigungsverfahren eingebunden war, wieder rückgängig gemacht wurden.<sup>145</sup> Außerdem erneuerte die Abt. Landwirtschaft bei der Abt. Inneres ihre Bitte, Bodenreformland und ÖLB-Wirtschaften nicht in Volkseigentum zu überführen, wie gesetzlich vorgeschrieben, da dieses Verfahren zu umständlich sei. Der benötigte Kreisratsbeschuß wurde dadurch umgangen, daß die Gemeinde im Grundbuch als Verwalter eingetragen wurde.<sup>146</sup> In langwierigen Prozeduren und mit „Bauernschläue“ erzwangen die meisten Bauern dennoch oft die von ihnen gewünschte Entscheidung. In den Dörfern wimmelte es plötzlich von Invaliden! Es gab eine mitunter auf „Naturalwirtschaft“ basierende „Allianz“ mit den Hausärzten, die auch in weniger begründeten Fällen die notwendigen Bescheinigungen ausstellten. In den kleinen Dörfern von höchstens dreihundert Einwohnern war jeder über Lebensweise und Wirtschaftssituation der anderen ausreichend informiert. Die differenziert verlaufende Entwicklung führte in der „LPG-Zeit“ zu sozialen Spannungen, aus denen sich der eine oder andere „Tip“ an die Vertreter der Staatsmacht vor Ort ergab. Atteste über vorliegende Krankheiten wurden zu einem solch probaten Mittel

---

neugebildeten LPG Typ I im Kreis Forst. Abschlußbericht vom 6.10.1960, S. 3, KA Forst, RdK/LW, 4856.

143 Ebd., S. 6.

144 Schreiben des RdK an den RdG zwecks Genehmigung der beantragten Sollreduzierung vom 21.6.1961, KA Forst, FO LuN, 5653.

145 Bei diesen Flächen handelte es sich zumeist um ehemalige Forsten, z. T. mit extrem schlechten Bodenwertzahlen, die gerodet worden waren, um allen Neusiedlern zu Land zu verhelfen. Die strikte Ausrichtung des Bezirkes an den Weisungen aus Berlin verfestigte nicht nur die ablehnende Haltung der betroffenen Bauern, sondern sorgte auch für Unmut in den LPG und unter den Mitarbeitern des Rates des Kreises. Vgl. Bestand ÖLB 1959–1960, KA Forst, FO LuN, 5653.

146 Ebd. Diese Regelung führte nach 1990 zu vielen Problemen bei der Auseinandersetzung über die ehemaligen LPG-Flächen.

zum Ausstieg aus der Landarbeit, daß die zuständigen Dienststellen beim Rat des Kreises wieder den Kreisarzt als Gutachter einschalteten.<sup>147</sup>

Die Verweigerung vieler Bauern gegenüber der genossenschaftlichen Arbeit ging, auch bedingt durch die ungünstige Witterung (in ganz Europa), in den Jahren 1961/62 mit drastisch sinkenden Erträgen einher. Diese Situation barg ein Konfliktpotential, das die angestrebte Stabilität zumindest im ländlichen Raum in Frage zu stellen drohte. Die SED konzentrierte unter Aufbietung auch ihrer „Transmissionsriemen“, der VdgB (BHG), der DBD, der CDU und der FDJ, ihr „Ringeln um gute genossenschaftliche Arbeit“ auf die Risiko-LPG. Um ihre Vorstellungen einer zentral gesteuerten Gesellschaft auch in der Landwirtschaft durchzusetzen, versuchte die Parteiführung über das „Parteiaufgebot“, mit dem in der politischen Arbeit „erfahrene Kader“ in die LPG entsandt wurden, über die Sicherung des Arbeitskräftebedarfs,<sup>148</sup> die bessere Ausstattung mit Technik,<sup>149</sup> die verstärkte Einbindung in das Planungssystem der DDR durch Einführung der Kostenrechnung<sup>150</sup> und über eine Reihe anderer Maßnahmen wie die Umstrukturierung der staatlichen Leitung der Landwirtschaft,<sup>151</sup> die Bauern zur Aufnahme der gemeinschaftlichen Arbeit zu bewegen und die Genossenschaften zu festigen. Auch der Beschluß zur Bildung der Landwirtschaftsräte und ihrer Produktionsleitungen im Februar 1963 war ein Integrationsangebot an die Bauern, die, in diese Gremien gewählt, auf die Entwicklung und Leitung der Landwirtschaft vor Ort Einfluß vor Ort nehmen sollten. Zielsetzungen, die den Intentionen der Partei zum „Ausbalancieren“ ihres Verhältnisses zu den Bauern entsprachen, wurden bereits auf der 14. Tagung des ZK der SED im November 1961 formuliert: „Die gleichmäßige gute Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln erfordert die volle Erfüllung des Planes der landwirtschaftlichen Marktproduktion. Die Hauptfrage für die Lösung dieser Aufgabe und die weitere Erhöhung des Wohlstandes der Bauern ist die Teilnahme aller Genossenschaftsmitglieder an der guten genossenschaftlichen Arbeit. Gute genossenschaftliche Arbeit heißt vor allem, auf der Grundlage des Statuts und mit Hilfe der Brigadearbeit alle Kraft auf die Entwicklung der genossenschaftlichen Wirtschaft zu richten.“<sup>152</sup> Die Schließung der Staatsgrenze am 13. August 1961 und die gesetzlichen Regelungen zur Arbeitskräftelenkung<sup>153</sup> hatten die strukturellen und arbeitsrechtlichen Voraussetzungen dafür geschaffen, die Bauern wieder stärker „an die Scholle“ zu binden.

Diese Maßnahmen griffen dennoch zu kurz. Noch im Oktober 1964 mußte die Produktionsleitung des Kreislandwirtschaftsrates in ihrem Rechenschaftsbericht zum 15. Jahrestag der DDR feststellen, daß viele Bauern die genossenschaftliche Arbeit verweigerten: „Je mehr die Zeit auf die Ernte zuing und die anhaltende Hitzeperiode die ersten Spuren hinterließ, gab es ständig weitere Schwierigkeiten bis zur endgültigen Ablehnung. [...] Die

---

147 KA Forst, RdK/ FO LuN, 5653 B.

148 Am 5. April 1960 war der Aufruf des Zentralrates der FDJ: „10 000 unserer Besten gehen in das vollgenossenschaftliche Dorf“ ergangen.

149 Dazu gehörten besonders die Unterstellung, die Übergabe und der Verkauf der MTS-Technik an die LPG laut Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 15.3.1963.

150 Auf Beschluß des Präsidiums des Ministerrates der DDR vom 19.3.1961.

151 Vgl. GBl. I, 1960, Nr. 26, S. 255f.

152 Protokoll der 14. Tagung des ZK der SED, Berlin 1961, S. 164.

153 Vgl. Verordnung zur Verbesserung der Arbeitskräftelenkung und Berufsberatung, GBl. II, 1961, Nr. 57, S. 34; Gesetz zur Änderung und Ergänzung des Gesetzbuches der Arbeit, GBl. I, 1963, Nr. 4, S. 63.

LPG des Typ I geben uns in dieser Richtung [besonders] viel zu tun.“<sup>154</sup> Rat des Kreises und Kreisleitung der SED hatten in der ersten Hälfte der sechziger Jahre ihre Bemühungen auf die LPG Typ III konzentriert, da diese „noch ein niedriges Produktionsniveau besitzen“. Währenddessen arbeiteten die Bauern der LPG Typ I für ihre eigenen Interessen: „Das drückt sich weniger in Nachlässigkeiten auf dem Feld und im Stall [...], sondern ganz besonders in innergenossenschaftlichen Fragen (Verteilung der Produkte, Abfangen überalterter Betriebe, Stärkung der Fonds) aus.“ In einer Reihe dieser Genossenschaften kommt es nicht nur zur Stagnation, sondern auch zum Rückgang der Produktion. Weit verbreitet war die Einstellung: „Wir arbeiten einige Jahre, dann sind wir alt und dann könnt ihr unseren Betrieb haben.“<sup>155</sup> Es sollte auch im Kreis Forst noch einige Jahre dauern, bis sich tatsächlich alle Bauern, die LPG-Mitglied waren, zur genossenschaftlichen Arbeit bereit fanden.

#### 4. Fazit

Verlauf und Ergebnisse der Kollektivierung in den Niederlausitzer Dörfern verweisen trotz regionaler Besonderheiten auf die Typik dieses Entwicklungsabschnitts im ländlichen Raum der DDR. Insgesamt führte die Bildung von LPG bis Mitte der sechziger Jahre nicht zu der von der SED-Führung angestrebten Nivellierung der ländlichen Gesellschaft. Auch der intendierte Modernisierungsschub für die Landwirtschaft blieb sehr beschränkt. Weder gelang es, den Einfluß traditionaler Führungsgruppen in den Dörfern zu verdrängen noch konnte durch die Implantierung neuer sozialer Schichten der umfassende Herrschaftsanspruch der SED durchgesetzt werden. Insbesondere die Praktiken, mit denen die „Vergenossenschaftlichung“ seit dem Sommer 1959 forciert wurde, wirkten kontraproduktiv. Sie untergruben den Legitimitätsanspruch, auf den sich die Parteiherrschaft gründete, selbst bei parteikonformen Gruppen und führten zu einem weiten Loyalitätsverlust unter der Bauernschaft. In dessen Folge reduzierte sich die Gründung von Genossenschaften häufig auf einen formalen Akt.

Zu den ausgeprägtesten Formen bäuerlicher Resistenz im Untersuchungszeitraum gehörten Landflucht und Hofaufgaben, innerhalb der LPG die totale Verweigerung der gemeinsamen Arbeit im Typ I, während im Typ III mangelnde Arbeitsdisziplin und Diebstahl dominierten. Mit ihrem Verhalten gerieten diese LPG-Gegner aber nicht nur in einen tiefen inneren Zwiespalt; sie verstießen ja permanent gegen ihre Bauernehre. In der kleinräumigen ländlichen Lebenswelt sahen sie sich auch zunehmend mit denjenigen Genossenschaftsmitgliedern in Konfrontation, die sich für die LPG einsetzten, was ganze Dorfgemeinschaften auf Jahre hinaus entzweien sollte.<sup>156</sup> Auch der allmähliche Übergang zur genossenschaftlichen Arbeitsweise konsolidierte weitestgehend bestehende und konstituierte nur partiell neue Interessenlagen in den Dörfern. In jedem Fall waren damit die

---

154 Rechenschaftsbericht der Produktionsleitung vom 3.10.1964, S. 4, KA Forst, Landwirtschaftsrat/Produktionsleitung, 90.

155 Ebd., S. 5.

156 Wobei in beiden Fällen die Ursachen nicht nur der Agrarpolitik der SED anzulasten sind. In welchem Umfang hier die üblichen Urbanisierungstrends moderner Industriegesellschaften wirkten, muß im Rahmen dieses Beitrages offenbleiben.

Voraussetzungen für die andauernden Versuche bäuerlicher Selbstbehauptung gegeben. Dies galt insbesondere dort, wo die Kollektivierung nur Teilbereiche (Feldwirtschaft) erfaßte, in den von LPG Typ I dominierten Dörfern. Die Wirkungsmächtigkeit traditionaler Denk- und Handlungsmuster bestimmte weit über den Eintritt aller Bauern in eine Genossenschaft hinaus die ländlichen Arbeits- und Lebenszusammenhänge.

Entgegen der verbreiteten Auffassung, daß der (formale) LPG-Eintritt unmittelbar mit wirtschaftlicher Enteignung einherging und die Landbevölkerung von heute auf morgen der umfassenden Entmündigung unterworfen war, gehörten auch unter der SED-Herrschaft auf dem platten Land „fortgesetztes Umdeuten“ und nicht „mechanisches Befolgen“ der SED-Vorgaben zu den dominierenden Handlungsmustern.<sup>157</sup> Die Bauern wußten die vorhandenen Freiräume auch als Genossenschaftsmitglieder zu behaupten und suchten diese zu erweitern. Paradoxe Weise trug gerade dieser Behauptungswille, d. h. das Uminterpretieren, Sich-einfügen und – in Grenzen – auch Verwerfen staatlicher Vorgaben und Eingriffe in den ländlichen Alltag, zum Funktionieren des Sozialgebildes „Dorf“ unter den Bedingungen einer modernen Diktatur bei, was dieser – mittelfristig gesehen – zugute kam.

---

157 Alf Lüdtke, Einleitung: Herrschaft als soziale Praxis, in: ders. (Hg.), Herrschaft als soziale Praxis, Historische und sozial-anthropologische Studien, Göttingen 1991, S. 9–63, hier S. 14.